

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,00 RM, monatlich 1,10 RM, einschließlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 RM pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisklasse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 2,00 RM, für das übrige Ausland 3,00 RM pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die halbspaltige Annoncenzeile oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Stellengrüße und Schließstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 11. Januar 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Statt Wahlreform reaktionärer Jugendfang!

Die Thronrede, mit der Herr v. Bethmann Hollweg am Dienstag im Weissen Saale im Namen Wilhelms II. den preussischen Landtag eröffnete, hat folgenden Wortlaut:

„Seine Majestät der Kaiser und König haben mich mit der Eröffnung des Landtags der Monarchie zu beauftragen geruht. Die Vesserung der Staatsfinanzen dauert fort. Im abgelaufenen Rechnungsjahre 1909 haben sich die Einnahmen, und namentlich der bei den Staatseisenbahnen erzielte Reinerüberschuss so günstig entwickelt, daß die Rechnung mit einem weit geringeren Fehlbetrag abgeschlossen hat, als im Etat veranschlagt war. Dank dieser günstigen Entwicklung, die sich im laufenden Etatsjahre fortgesetzt hat, konnten die Staatseinnahmen für das Rechnungsjahr 1911 entsprechend höher veranschlagt werden. Gleichwohl reichen diese Mittel zur Deckung des Ausgabebedarfs nicht aus. Dabei ist indessen zu beachten, daß die im vorigen Jahre beschlossene Neuordnung des Eisenbahnnetzes den für 1911 veranschlagten Reinerüberschuss der Staatseisenbahnen nicht mehr voll für allgemeine Staatsausgaben bereitstellt. Der Etat, der Ihnen alsbald zugehen wird, schließt daher wiederum mit einem, wenn auch geringeren Fehlbetrag ab, der jedoch hinter der zur Auffüllung des Ausgleichsfonds der Eisenbahnverwaltung vorgesehenen Summe noch zurückbleibt.“

Zur Erweiterung und besseren Ausrüstung des Staatseisenbahnnetzes sowie zur Unterstützung von Kleinbahnunternehmungen werden wiederum erhebliche Mittel angefordert werden.

Die Schwierigkeiten, welche der Erfüllung größerer kommunaler Aufgaben in einheitslichen Wirtschaftsgebieten aus der großen Zahl und Mannigfaltigkeit der beteiligten Gemeinden erwachsen, sind neuerdings immer schärfer hervorgetreten. Ihnen soll nach dem Wunsche des Hauses der Abgeordneten durch die Ausgestaltung des kommunalen Verbandswesens abgeholfen werden. Ein Gesetzentwurf über die Bildung von Zweckverbänden ist bereits ausgearbeitet worden.

Die Entwicklung Berlins und der umliegenden Gemeinden und Landkreise hat besonders auf den Gebieten des Verkehrs und der Bebauung eine Interessengemeinschaft herbeigeführt, die dringend der Organisation bedarf. Es soll daher durch eine Gesetzesvorlage, welche Ihnen sobald als möglich zugehen wird, für das Bahn- und Baufluchtwesen, sowie zur Erhaltung eines Wald- und Wiesengürtels ein Verband Groß-Berlin auf der Grundlage freier Selbstverwaltung geschaffen werden.

Der in der vorigen Session unerledigt gebliebene Entwurf einer Novelle zu der Rheinischen Gemeindeordnung ist Ihnen wiederum zugegangen.

Die zur Vorbereitung der Verwaltungsreform berufene Immediatkommission hat die ihr obliegenden Arbeiten nachdrücklich zu fördern gesucht. Auf Grund ihrer Tätigkeit ist zunächst eine vereinfachte Geschäftsordnung für die Regierungen erlassen worden. Einem weiteren Vorschlage der Kommission entsprechend wird Ihnen voraussichtlich noch in der laufenden Tagung ein Gesetzentwurf vorgelegt werden können, der die Rechnungsprüfung durch die Oberrechnungskammer vereinfachen soll.

Das aus wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnissen erwachsene Werk der inneren Kolonisation schreitet fort. Unter Anwendung erheblicher Staatsmittel sind neuerdings auch in den Provinzen Brandenburg und Pommern gemeinnützige Organisationen geschaffen worden, die sich die Vermehrung des bäuerlichen Besitzes und die Beschäftigung von Arbeitern zur Aufgabe stellen. Es sind Verhandlungen darüber im Gange, inwiefern diese kolonisierende Tätigkeit durch besondere Maßnahmen der Gesetzgebung gefördert werden kann. Auch die Erschließung der noch nicht kultivierten Moore und der sonstigen Oedländerereien wird fernerhin in verstärktem Maße in Angriff genommen werden.

Um die körperlichen und sittlichen Kräfte der schulentlassenen Jugend zu entwickeln und für das Leben zu festigen, hat sich die Staatsregierung entschlossen, eine planmäßige Ausgestaltung der Jugendpflege einzuleiten. Zur Durchführung dieser Aufgabe sind im Staatshaushaltsetat für 1911 besondere Mittel vorgesehen. Sie sollen vor allem dazu dienen, die bestehenden, auf freiwilliger Grundlage beruhenden Einrichtungen der Jugendpflege auszubauen und zu erweitern und die auf diesem Gebiete bisher schon bewährten Kräfte zusammenfassend zu unterstützen. Von Erfolg werden die Absichten der Staatsregierung nur begleitet sein können, wenn sie in der freiwilligen Mitarbeit weiterer Kreise des Volkes tatkräftige Unterstützung finden.

Dem gleichen Zwecke wird die weitere Ausgestaltung des Fortbildungsschulwesens dienen, das die wirtschaftliche Förderung des heranwachsenden Geschlechts zum Ausgangspunkt für seine sittliche Erziehung nimmt. Ein Gesetz, durch das die Errichtung von Pflichtfortbildungsschulen für die männliche Jugend in den Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern sichergestellt werden soll, wird Ihnen demnächst zugehen.

Der in der vorigen Tagung des Landtags nicht erledigte Entwurf über die Verpflichtung zum Besuch ländlicher Fortbildungsschulen in den Provinzen Brandenburg, Pommern, Sachsen und Westfalen, in der Rheinprovinz und den Hohenzollernschen Landen wird Ihnen erneut zur Beschlußfassung vorgelegt

werden. Ein weiteres gleichartiges Gesetz für Schleswig-Holstein ist in Aussicht genommen.

Meine Herren! Indem ich Sie bei Wiederaufnahme Ihrer Arbeiten im Auftrage Seiner Majestät willkommen heiße, gebe ich der Zuerstficht Ausdruck, daß Ihre Beratungen und Beschlüsse im Zusammenwirken mit der königlichen Staatsregierung fruchtbringend sein werden zum Segen des Vaterlandes.

Auf Befehl Seiner Majestät des Kaisers und Königs eröffne ich den Landtag der Monarchie für eröffnet.

Wie nach den offiziellen Meldungen der letzten Wochen vorausgesehen war, wird dem Landtage keine Wahlrechtsvorlage zugehen. Die Verschleppungsabsichten des Herrn v. Bethmann Hollweg haben wir bereits in unserm gestrigen Leitartikel gewürdigt. Geradezu ungeheuerlich aber ist es, daß in der Thronrede die Wahlreform auch nicht einmal mit einem Sterbenswörtchen erwähnt wird! Das ist ein Beweis einer Nichtachtung der unter der gegenwärtigen Wahlrechtschmach leidenden Bevölkerung, wie er eben nur in Preußen möglich ist! Sankulommt, daß bereits die Thronrede vom 28. Oktober 1908 die preussische Wahlreform als „eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart“ bezeichnet hatte. Und dieser selbst nach der Auffassung der Krone so wichtigen Aufgabe wird in der neuesten Thronrede nicht einmal Erwähnung getan! Wir wissen nicht, ob das aus unerforschlicher bethmannischer Staatsweisheit geschehen ist oder deshalb, weil man inzwischen über die Wichtigkeit der Wahlreform anderer Meinung geworden ist. Zu einer Zeit, wo man es endlich für an der Zeit gehalten hat, dem esak-lothringischen Volke ein Wahlrecht einzuräumen, das trotz aller kleinlichen reaktionären Kräfte dem Reichstagswahlrecht jedenfalls unendlich viel näher steht, als der Wahlrechtskarikatur, die sich in Preußen Wahlrecht nennt, sollte man das allerdings kaum für möglich halten. Wie dem aber auch sei: die Volksmassen, nicht nur in Preußen, sondern im ganzen Reich, wissen nun, daß eine durchgreifende Wahlreform für Preußen nur dadurch errungen werden kann, daß allen Reaktionen und Wahlrechtsfeinden bei den Reichstagswahlen eine zerschmetternde Niederlage beigebracht wird!

Außer dem, was nicht in der Thronrede enthalten ist, verdient besonders der Passus besondere Beachtung, der eine „planmäßige Ausgestaltung der Jugendpflege“ ankündigt und eine staatliche Subvention der bürgerlichen Jugendorganisationen, überhaupt all der Institutionen fordert, die in „Jugendpflege“ machen. Es handelt sich dabei um nichts anderes, als um einen neuen Hufarenritt gegen die Sozialdemokratie. Statt einer Wahlreform soll dem Proletariat eine großzügige Organisation des reaktionären Jugendfangs beschert werden. Man will mit dem klaffenbewußten Proletariat wieder einmal „um die Seele des Arbeiters“ ringen, wie das Herr Desbrück, der verstoffene preussische Handelsminister, seinerzeit bei der Einbringung der Vergesetznovelle so schön ausdrückte. Man will nicht nur der freien Jugendbewegung, die man obendrein polizeilich zu Tode zu drangsalieren sucht, den Boden abgraben, sondern der proletarische Jugend überhaupt dergestalt mit hurrapatriotischem Ungeiste erfüllen, daß sie für die sozialdemokratische Weltanschauung und Klassenbewegung auch in reiferen Jahren verloren ist. Das ist ja nun eine Absicht, die die Sozialdemokratie mit innigem Mitleid für ihre Initiatoren erfüllen könnte, zugleich aber auch ein so charakteristisches Zeichen für das Sinnen und Trachten der Reaktion, daß diese pfäffisch-scharfmacherisch-bureaokratische „Jugendpflege“ auf Generalunkosten der Steuerzahler eine gründlichere Beleuchtung verdient.

Der Vorstoß der Reaktion, der sich in diesen Bemühungen um die Erhaltung demütiger Untertanengefunden bei der heranwachsenden proletarischen Jugend verkörpert, kommt der Sozialdemokratie nicht unerwartet. Gipfelt doch die treffliche Abhandlung des Redakteurs der „Arbeiterjugend“, des Genossen Karl Korn, über „die bürgerliche Jugendbewegung“ in dem Hinweis auf die geschäftigen Bestrebungen, die bürgerliche „Jugendpflege“, die bisher noch ein ziemlich buntes Bild bietet, zu zentralisieren und unter das Protektorat der kommunalen und staatlichen Behörden zu stellen. Denn daß mit der bisherigen Methode des konfessionellen, maderischen Seelenfangs einer Klassen- und Kulturbewegung wie der des modernen sozialistischen Proletariats kein Damm entgegenzusetzen ist, hat man trotz aller Kuhhurdigkeit doch allmählich begriffen. Nicht nur die Leiter der katholischen Jugendvereine haben erkannt und es offen ausgesprochen, daß selbst innerhalb des Herrschaftsgebietes der katholischen Kirche die patriarchalische Organisations- und Agitationsform ihre Anziehungskraft auf die moderne Jugend einzubüßen begonnen hat, sondern auch die evangelischen Jugendpädagoger sind dahinter gekommen, daß es mit dem Anpredigen der Jugend endgültig vorbei ist. Einer der Vorkämpfer der Christlichen Vereine junger Männer, v. Hassell, hat es offen zugegeben, „daß es uns bisher nicht gelungen ist, die proletarische Jugend in nennenswertem Umfange in unsere Vereine zu ziehen und daß wir einen Weg hierzu noch nicht gefunden haben“. So hat man sich denn, weil alle Reorganisationsversuche aus eigener Kraft nicht den gewünschten Effekt zeigten, an die preussische Bureaokratie herangemacht, um behördliche Förderung zu

erlangen und staatliche und kommunale Geldmittel flüssig zu machen.

Und die preussischen Staatsbehörden haben sich auch nicht vergeblich bitten lassen. Bereits im Jahre 1901 ersuchte der Handelsminister die Regierungspräsidenten um tatkräftige Unterstützung aller vorhandenen bürgerlichen Jugendvereine und Bestrebungen. Und mit einem Erfolg, der den Regierungspräsidenten im Jahre 1905 bereits den Dank dreier preussischen Minister eintrug. Im gleichen Jahre erließ der Kultusminister Studt einen Erlass „an die königlichen Regierungen“, in dem es hieß, daß die Frage, wie die schulentlassene Jugend „durch Bildung, passenden Umgang und angemessene Unterhaltung zweckmäßig fortzubilden und für ihre Bestimmung in der bürgerlichen Gesellschaft zu erziehen sei, in letzter Zeit fortgesetzt Gegenstand eingehender Erörterung der Staatsbehörden gewesen“ sei. Man schuf denn auch ein halboffizielles Institut, die „Zentralstelle für Volkswohlfahrt“ (1), die im Sinne der Reorganisation und Zentralisation der verschiedenen Jugendpflege-Einrichtungen hieherhaft tätig war. Im Jahre 1908 kam dann ein neuer Erlass des Handelsministers heraus, durch den alle diese offiziellen und offiziellen, staatlichen und kommunalen Zentralisierungsversuche ihr organisatorisches Rückgrat angewiesen erhielten: die Fortbildungsschule. Es heißt in diesem Erlass:

„Gegenüber den überwiegenden Einflüssen, denen die Fortbildungsschüler tagaus, tagein auf der Arbeitsstelle und im Kreise der Altersgenossen unterliegen, kann aber die erziehlische Einwirkung der Fortbildungsschule nicht von weitgehender Wirkung sein, so lange sie sich auf die 4-6 Stunden wöchentlich beschränkt, die ihr die jungen Leute in der Regel nur angehören. Die vornehmste Aufgabe der Fortbildungsschule aber wird ihnen die erziehlische sein, darum darf sie sich nicht auf die Zeit des lehrplannmäßigen Unterrichts beschränken, sondern muß bestrebt sein, auch außerhalb der Schulstunden Einfluß auf die ihr anvertraute Jugend zu gewinnen. . . . Das Ziel muß sein, eine willig aufgenommenen innere Beeinflussung der Jugend zu erreichen.“

Zu diesem löblichen Zweck, die Arbeiterjugend völlig im Geiste der herrschenden Klassen zu erhalten, empfiehlt der Minister, die Fortbildungsschüler in Vereine zu organisieren, an denen die Leiter und Lehrer der Fortbildungsschule beteiligt sind, ferner Lehrlingsheime, Versorgung der jungen Leute mit Lesestoff, Vortragsabende, musikalische Unterhaltungen usw. usw. Um „dem Zusammenwirken der staatlichen und kommunalen Organe Nachdruck und Geschlossenheit zu geben“ empfiehlt er weiter Provinzialverbände unter der Leitung festbesoldeter Beamten. Und die Darmstädter Jugendkonferenz, auf der alles vertreten war, was sich mit „Jugendpflege“ im „ordnungsfreundlichen“, das heißt arbeiterfeindlichen Sinne betätigt, bestätigte und unterstrich diese ministeriellen Anregungen.

Man sieht also völlig klar, wohin die Reise gehen soll. Die proletarische Jugend soll mit einem festgefügteten Netz von Organisationen umspinnen und durch Jugendveranstaltungen aller Art derart bearbeitet werden, daß sie gegen die Lehren des Lebens, gegen die Einflüsse der Politik völlig immunisiert wird. Was katholische und protestantische Maderie, Lehrlingsverbände und Jungfrauenbünde, „nationale“ Turnvereine und patriotische Altimbin-Beranstaltungen auf tausend Wegen und oft mit den zweifelhaftesten Mitteln, mit Unternehmerzwang und raffinierten Verführungskünsten, erstrebte, das soll jetzt aus Staatsmitteln unterstützt und organisatorisch zusammengefaßt werden! Der kapitalistische Zuchtstaat soll durch Einfügen eines neuen Rings vervollständigt werden. Aus der Schule, die in den Dienst des Kapitalismus gespannt wird, soll die Arbeiterjugend mit unwiderstehlichem Zwang in das geistige Proletariat der „Jugendpflege“ gesteckt und dann schließlich zum letzten Schliffe den uniformierten „Stellvertretern Gottes“ ausgeliefert werden! Dieweilen die Jugend der besitzenden Klasse ein freies, stotres Durschenleben führt, soll die proletarische Jugend in die Zwangsjacke pfäffischer und bureaokratischer Bevormundung gesteckt und auf den Kasernehöfen geschliffen werden, auf daß man sie den Idealen ihrer Klasse entfremde, dem Einfluß ihrer Arbeitsgenossen und Eltern entziehe. Und dafür soll der Staat, wie die Ueberficht über den Etat in mörderischem Amtsdeutsch es ausdrückt, 1 Million Mark „zu Beihilfen für Veranstaltungen dritter zwecks Förderung der Pflege der schulentlassenen männlichen Jugend sowie zur Ausbildung und Anleitung von für die Jugendpflege geeigneten Personen“ bewilligen!

Keine Wahlreform, keine Volksrechte, aber neue Erdrösselungsmahregeln wider den Geist des Kulturfortschritts! Das ist der Kern der Thronrede!

Und diejenigen, gegen die der Feldzug gerichtet ist? Für sie gelten die Worte Korn's: „Daß wir die Hände nicht in den Schoß legen, ist selbstverständlich. Daß wir unsere Jugendeinrichtungen ausbauen, dazu zwingen uns schon die verzweifeltsten Anstrengungen der Gegner, von denen wir mancherlei zu lernen haben. Aber in dem, was in allen Geisteskrämpfen not tut, sind wir ihnen zweifellos überlegen. Noch haben sie die Gewalt, die sich auf die Vergangenheit beruht, aber wir repräsentieren die Kraft, die der Zukunft gewiß ist.“

*) Verlag: Buchhandlung Vorwärts.

Zusammenbruch.

Vor der Strafkammer Lieber hat am Dienstag Verteidiger seine von dem bitteren Gefühl gesprochen, das ihn angefaßt hat der Tatsache überkam, daß die vielwöchentliche Beweisnahme bei der Staatsanwaltschaft absolut unfruchtbar von Boden gefunden hat. Aber der Miesprozess ist doch nicht umsonst geführt worden. Nicht bloß wegen seines unläugbar tiefen Eindrucks auf die öffentliche Meinung.

In Schwurgerichtsprozess war am Dienstag noch eine andere Wirkung zu spüren: die beiden ersten und Hauptzeugen der Polizei, Herr Major Klein und Herr Leutnant Folte konnten angesichts des gradierenden Beweismaterials, das die Strafkammerverhandlung aufgehäuft hat, ihre in dieser vorgebrachte Behauptung, daß ihre Beamten keine Ausschreitungen begangen hätten, nicht mehr aufrecht halten. Sie mußten diese Position als unhaltbar aufgeben. Und wenn sie auch ihre Zugeständnisse möglichst einzuschränken suchten, wenn sie natürlich auch von einzelnen Verfehlungen sprachen und allerlei Entschuldigungsgründe vorkrachten — die Tatsache, daß die Vertreter der Polizei selbst von dem stolzen Piedestal herabsteigen mußten, das sie anfänglich zu behaupten entschlossen waren, redet so laut, so deutlich, daß nichts diese Stimme überhöhen kann!

Und noch lauter als dieses Zugeständnis spricht ein anderes, stillschweigendes. Wenn der Kommandant der Polizeimacht von Moabit auf die Frage nach dem Verhalten der Kriminalbeamten den Verteidiger dringlich ersuchte, ihm die Antwort auf diese Frage zu erteilen, so weiß jeder, was das zu bedeuten hat und keiner wird sein, der da nicht die Wahrheit der Worte tief empfand: Keine Antwort ist, auch eine Antwort.

Diese Antwort und diese Nichtantwort bedeuten den Zusammenbruch der Behauptung, daß die Polizei sich musterhaft verhalten habe, daß sie keine Schuld trage an den Aruollen von Moabit, daß nur einzelne wenige Beamte sich vergessen und Ausschreitungen verübt hätten.

Und noch eine andere Behauptung der Polizei und der ursprünglichen Anklage vor der Strafkammer ist in dieser Schwurgerichtssitzung in die Luft gelassen. Man lese nach, was Herr Major Klein über die Rolle der Unruhen gesagt hat, die sich überall einmischen und den Führer markieren. Das ist der Zusammenbruch der phantastischen Behauptung von der „plannmäßigen Leitung“.

Endlich aber verdanken wir Herrn Leutnant Folte noch eine wertvolle Behauptung. Er hat uns einen tiefen Einblick in die scharfmacherische Haltung der Firma Kupfer u. Co. vor dem Tage der Unruhen eröffnet, er hat gezeigt, wie unzugänglich die Firma den vernünftigen Vermittlungsvorschlägen des Herrn Leutnants war. Wieviel Unglück wäre vermieden worden, wenn die vernünftigen Vorschläge des Herrn Folte bei Herrn Kupfer Erfolg gehabt hätten!

Das letzte Treffen.

In der Dienstagssitzung des Moabiter Strafkammerprozesses sind die Auseinandersetzungen zwischen Staatsanwaltschaft und Verteidigung zu Ende geführt worden. Doch einmal versuchten die Herren Steinbrecht und Stelzner zu retten, was nicht zu retten ist, noch einmal wurde das Sprüchlein von den „einzelnen Mißgriffen“, von den „Ausnahmen“ vorgebracht, das angesichts der überwältigenden Masse der erwiesenen Mißhandlungen und Brutaltäten nun einmal absolut nicht vorbringen kann. Aber es ist doch schon ein Rückgang der Staatsanwaltschaft zu bemerken. Wenn Herr Steinbrecht sich bemüht, die Polizeibeamten von dem Vorwurf zu entlasten, daß die Ausschreitungen ein Produkt der Luft an der Roheit waren, wenn er sie lediglich als Folge der Erregung der Beamten, als einen Ausfluß der Vorstellung hinstellen versucht, daß sie von der Bevölkerung gefährliche Angriffe zu erwarten hätten, daß ihr Leben bedroht sei, so plädiert er für mildernde Umstände, so gibt er zu, daß es vieles gibt, was sonst nicht zu rechtfertigen ist. Gerade für die schlimmsten Brutaltäten aber, die Mißhandlung ruhiger Passanten in menschlicher Strafe trifft der mildernde Umstand der Erregung nicht zu. Diese Brutaltäten sind kalten Blutes verübt worden, und die Beamten, die sich so vergangen haben, trifft der schwere Vorwurf, daß sie aus reiner Lust an der Brutalität gehandelt haben, mit voller Wucht. Aber auch die andere Behauptung des Ersten Staatsanwalts, daß die schweren Ausschreitungen erst nach dem 20. September, erst nach den Angriffen auf verschiedene Beamte, erst nach dem Messerstech des Angestellten Beck vorgekommen und der Erregung über diese Dinge entsprungen seien, treffen nicht zu. Schon am Nachmittag des 20. sind Brutaltäten von Schuppleuten verübt worden und auch schon vorher, ehe noch die eigentlichen Unruhen begannen. Sehr sonderbar mutet aus dem Munde des Vertreters der Staatsanwaltschaft, die alles getan hat, um die einwandfreien Zeugen der Verteidigung zu diskreditieren, der Vorwurf an, daß die Verteidiger die Zeugen der Staatsanwaltschaft zu stark angefaßt haben, so daß sich viele Leute scheuen würden, überhaupt noch vor Gericht Bekundungen zu machen. Krampfhaft klammert sich Herr Steinbrecht an den Einwand, die Aussagen der Verteidigungszeugen seien nicht beweiskräftig, weil sie nicht gesehen hätten, was die Mißhandlungen vor der Verprügelung verübt hätten. Wir haben schon nachgewiesen, daß diese letztere Behauptung auf sehr viele Zeugen einfach nicht zutrifft; außerdem kann die Mißhandlung eines am Boden Liegenden, eines fliehenden, eines Wehrlosen auch dann nicht entschuldigend werden, wenn der Betreffende vorher eine Straftat begangen haben sollte. Die moralische Schuld der Sozialdemokratie an den Unruhen will sich Herr Steinbrecht auf keinen Fall rauben lassen. Mit positiven Nachweisen kann er diesen hohlen Vorwurf nicht begehnen. So bringt er schillernde Scheinbeweise, blühige Phrasen, die Leute ohne Urteilsfähigkeit Gründe vorkücheln mögen. Welch ein durchschlagendes Argument ist doch der Schluss: weil die Moabiter Arbeiter sonst ruhige Leute sind, so läßt sich der Haß gegen die Polizei, den sie bei den Unruhen gezeigt haben, nur durch jahrelange Verfolgung erklären. O nein, Herr Erster Staatsanwalt! Wenn die Moabiter Arbeiter in normalen Zeitaltern ruhig und gefesselt sind, so beweist ihre Erregung gegen die Polizei bei den Unruhen lediglich, daß die Feten der Polizei selbst bei ruhigen Leuten maßlose Erbitterung auslösen mußten. Die Abneigung der Arbeiter gegen die Polizei besteht auch in normalen Zeiten — weshalb, das haben die Verteidiger deutlich genug auseinandergesetzt —, aber diese Abneigung macht sich gemeinsam nicht in törichten Worten oder gar Taten Luft, weil der moderne, Klassenbewußte Arbeiter in der Schule der Arbeiterbewegung Disziplin lernt. Wenn sie bei Ereignissen, wie die zu Moabit, bei einzelnen Überschüssen, so liegt der Anlaß eben in diesen Ereignissen, eben in dem Verhalten der Polizei. Ganz und gar daneben trifft der Vorwurf, den Herr Steinbrecht gegen die proletarische Jugendbewegung erhebt, oder vielmehr dieser Pfeil fliegt auf den Schützen zurück. Welch Herr Steinbrecht nicht, wie diese Bewegung von den Staatsgewalten auf Schritt und Tritt geschnitten und geschädigt wird? Und dann beschwert sich der Anwalt des Staates darüber, daß die Bewegung noch nicht genügend Einspruch ausübt! Eine lächerliche Behauptung hätte Herr Stelzner auf: Lohnpiegel gibt es in Deutschland nicht! Auf den Beweis, den der

Herr Staatsanwalt für den Prozess gegen den „Vorwärts“ ausgesprochen hat, sind wir christlich neugierig! Wir sind indes heute schon gewiß, daß diese Neugier nicht befriedigt wird, daß Herr Stelzner sein Versprechen nicht wird halten können.

Scharf replizierte die Verteidigung. Seine unterzog die wackligen Scheingründe der Anklagebehörde einer wahrhaft vernichtenden Kritik. Schreibend war sein Nachweise, auf welcher Seite die Einschüchterung der Zeugen gelöst wird, wo der Terrorismus gegen unbequeme Zeugen seine Statt hat, grabierend die Ausführung, daß auch die Polizei dabei mithilft, so daß die Hilfe der Staatsanwaltschaft gegen sie gefordert werden muß. Die Herren Staatsanwälte hatten freilich erklärt, daß die Ausschreitungen von Polizeibeamten verübt werden sollen. Das klingt ganz schön, aber seine konnte feststellen, daß bisher alle Versuche, die Anklagebehörde gegen solche schuldige Schuppleute in Bewegung zu setzen, vergeblich waren. Wir sind deshalb sehr neugierig, was bei diesem Versprechen der Staatsanwaltschaft herauskommen wird. Die meisten der polizeilichen Nebeltäter sind ja überhaupt nicht zu ermitteln und die Anklage, die Rechtsanwalt Dr. Cohn am Montag in seinem Plädoyer erhob, daß die Alten über den Haß Herrmann einen erschreckend geringen Eifer der Polizei bei der Suche nach den uniformierten Totschlägern verraten, ist nur zu sehr begründet. Noch einmal beleuchtete seine dann die Haltlosigkeit der Einwände gegen die Aussagen der Verteidigungszeugen, und noch einmal stellte er unerbitlich die Tatsachen fest, die die Glaubwürdigkeit der Polizeizeugen hös in Frage stellen, zeigte er die logischen und tatsächlichen Irrtümer, die der Anklagebehörde bei der Bemängelung verschiedener Zeugenaussagen unterlaufen sind. Jermalnend für die bequeme Andrede von den „vereinzelten Mißgriffen und Verfehlungen“ war die Statistik der Mißhandlungen, die er den Herren Staatsanwälten vorküchelte, eine Statistik, die nur einen Teil der Zeugenaussagen umfaßt, und die doch schon ein geradezu erschreckendes Resultat ergibt. Wenn 100 Zeugen 218 einzelne Fälle von Mißhandlungen behauptet haben, wobei die Dutzende von Verprügelungen bei Lokalaufnahmen nur als ein Fall gerechnet sind, wenn unter diesen 100 Zeugen 88 sind, die die einzelnen Fälle nur als Illustration angeführt haben, die so massenhafte Brutaltäten gesehen haben — einer in einer Stunde 100, ein anderer 150 — daß sie in ihrer Aussage nur die krafftesten Ereignisse besonders zu beschreiben vermochten, so zerplatzt vor diesen Feststellungen die Andrede der Staatsanwaltschaft wie eine lustige Seifenblase!

Undambergig zerzauste der Verteidiger die Entschuldigung der Staatsanwaltschaft, daß die rohen Schimpfworte der Polizeibeamten gewissermaßen kompensiert würden durch die Beschimpfungen, die ihnen von der Bevölkerung zuteil geworden seien; er zeigte, daß diese Gleichstellung die Anforderungen, die an den Beamten gestellt werden müssen, einfach ignorieren heißt! Nicht die Erregung; die Ueberhebung der Beamten, ihre falsche Vorstellung von ihren Rechten gegen die Bevölkerung, das ist die Wurzel der polizeilichen Brutaltäten, und so wenig der Verteidigung einfällt, die strafbaren Handlungen auf der Seite der Bürger aus der Welt zu reden, es bleibt bei der Feststellung, so schloß seine feine glänzende Rede, daß die Hauptschuld an den traurigen Vorkommnissen der Polizei zuzurechnen ist!

Nicht minder kräftig und unerbitlich ging der Verteidiger Th. Liebmann den Ausreden und Beschönigungsversuchen der Staatsanwaltschaft zu Leibe. Mit ägender Range übergoß er das unglaubliche Unternehmen, aus dem ganz offensichtlich ironischen Gebrauch des Ausdrucks „Moabiter Revolution“ im „Vorwärts“ zu deduzieren, daß unser Volk die Vorgänge in Moabit wirklich als ernsthafte revolutionäre Bewegung aufgefaßt habe. Und mit schlagenden Argumenten wies er den lahmen Versuch der Anklagebehörde ab, Entschuldigungsgründe für die vielfachen Mißhandlungen vorzubringen, die von der Hingelassen Knüppelgarde auf dem Kupferischen Kohlenhofe an wehrlosen Besuchern verübt worden sind. Dann wandte er sich dem Falle Pilz zu und führte in scharfsinniger Deduktion noch einmal die Schwäche der Anklage überzeugend vor, wir möchten fast sagen, er erbrachte den zwingenden Beweis für die Unschuld seines Klienten. Mit einem wirkungslosen Hinweis auf die bedenkliche Rolle, die die Kriminalpolizei noch jetzt in Moabit spielt, auf die von ihr geübte Methode der Zeugeneinschüchterung schloß Liebmann.

Die famose Anklagerede des Rechtsanwalts Ulrich haben die Verteidiger richtig bewertet, indem sie den giftig-schwelenden Erguß des armen Verkäufers einfach mit Stillschweigen übergingen.

Die Angeklagten erhielten das Schlusswort. Dabei stellte sich allerdings heraus, daß verschiedene von ihnen fehlten. Sie werden die Verurteilung heute nachholen haben. Und dann hat das Gericht das Wort. . .

Der „Vorwärts“ vor Gericht.

In später Abendstunde wurde gestern das Urteil gegen unseren verantwortlichen Redakteur, den Genossen Barth, gefällt.

Es lautete auf 2 Monate Gefängnis

und die üblichen Nebenstrafen (Vernichtung der Platten usw.). Unsere Leser erinnern sich aus dem gestrigen Bericht, daß Gen. Wendemuth-Solingen von der Elberfelder Strafkammer wegen vier bedeutend schärferer Artikel, die sich mit derselben Angelegenheit befaßten, zu — 100 Mark Geldstrafe verurteilt wurde!

Die Solinger Polizei hat sich, so meinte die erste Moabiter Strafkammer, am 6. März 1910 vollständig korrek und tadellos benommen: sie konnte demnach nicht anders als in die friedlich einherziehende Menge eindringen, blühdings drauflosjagen, am Boden liegende Personen, darunter Frauen und Kinder, mit dem Säbel bearbeiten usw.

Wir werden den Bericht über die Verhandlung, die zu dem nach Strafhöhe wie nach Strafart selbst für die erregtesten Zeiten auffälligen Urteil führte, morgen bringen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. Januar 1911.

Erziehung zur Sparsamkeit.

Aus dem Reichstag, 10. Januar. Es sind doch gute Menschen, die antierenden Bureaucraten, das deutsche Volk weiß offenbar gar nicht, was für Wohlthäter es an ihnen besitzt. Aber die heutige Interpellation wegen der Zündwarensteuer hat glücklicherweise dem Staatssekretär Wermuth Gelegenheit gegeben, der Welt ein leuchtendes Licht anzuzünden, das diese obrigkeitliche Fürsorge in hellstem Glanze erstrahlen läßt.

Nachdem namens der interpellierenden Fortschrittlichen Volkspartei der Abg. Enders die großen Nachteile der Zündwarensteuer für die konsumierende Bevölkerung, für die Industrie und die Arbeiter dargelegt hatte, erklärte in der Beantwortung der Staatssekretär Wermuth, daß die Regierung nicht an die Auf-

hebung der Steuer denke. Er verlangte eine Schonzeit für jede neue Steuer. Für die so überaus begatorische Zündwarensteuer führte er aber unter anderem noch an, daß sie das Volk zur Sparsamkeit erziehe. Sorgfältige Beobachtung habe ergeben, daß jetzt weit weniger verschwenderisch mit Zündhölzern umgegangen werde als früher. Damit hat er gemächlich ein Argument zur Verteidigung jeder Konsumsteuer entdeut. Auch mit Fleisch und Brot wird seit ihrer Verteuerung weniger verschwenderisch umgegangen. Ja, es gibt schon tugendhafte Menschen, die in Folge der Fleischerteuerung gar kein Fleisch mehr essen. Wird diese obrigkeitliche Erziehung zur Sparsamkeit nur konsequent weiter betrieben, so wird die Tugend der Enthaltensamkeit noch ungeahnte Fortschritte machen, wenigstens bei den armen Leuten.

In der Debatte fand Herr Wermuth freudige Unterstützung bei dem Grafen Oppersdorf vom Zentrum, der die Liberalen frozettelte wegen ihrer ursprünglichen Hineinigung zur Zündwarensteuer. Der nationalliberale Herr Dfann war einerseits für Zündwarenbesteuerung im Prinzip und andererseits gegen die bestehende Steuer in der Praxis. Der konservative Dr. Diederich Hahn hielt seine dritte Rede in diesem Sessionsabschnitt. Dann wurde ein Vertagungsantrag angenommen. Als der Präsident versuchte, auf die morgige Tagesordnung vor der Fortsetzung der Zündwarendebatte einige andere Punkte zu setzen, protestierte in scharfer Weise Genosse Singer, da dieses Verfahren die Sozialdemokratie aufgeschaltet hätte aus der Debatte. Darauf bequimte sich der Präsident wie die Vertreter der Mehrheitsparteien, den Antrag Singers zu akzeptieren, so daß morgen in der Zündwarendebatte zunächst fortgefahren wird.

Herr Lenkes Debüt.

Der neue Finanzminister, der frühere Mogdeburger Oberbürgermeister Dr. Lenke hat am Dienstag im Abgeordnetenhaus debütiert. Ihm war die Aufgabe zugefallen, den Viermilliardenetat einzubringen, eine schon an sich nicht leichte Aufgabe, die noch dadurch erschwert wurde, daß im Saale die größte Unaufmerksamkeit herrschte. Die sogenannten Vertreter des preussischen Volkes zogen es vor, anstatt den Worten des Hälters der Finanzen zu lauschen, sich ziemlich laut und rüchschloslos zu unterhalten und ihre Zerleer-erlebnisse auszutauschen. Freilich hat sich Herr Lenke diese mangelnde Aufmerksamkeit selbst zuschreiben, da er sich im großen ganzen auf die Mitteilung trodener Zahlenmaterials beschränkte, das den Abgeordneten sowieso schriftlich zugestellt wird. Gebliffentlich vermied er das politische Gebiet, und auf das Wirtschaftsgebiet ging er nur ganz kurz ein, als er von dem Anwachsen des Schuldzinswesens und von dem Kampf aller gegen alle auf dem Arbeitsmarkt sprach, von dem namentlich die mittleren und kleineren Existenzen den Schaden haben. Ob und wie die Regierung hier eingreifen will, darüber äußerte sich der Minister nicht. Es scheint, daß er sich lediglich als Ressortminister fühlt, der eine eigene Meinung nicht haben darf.

Das Bild, das der Etat selbst bietet, ist ein erfreuliches. Schon der Abschluß des Jahres 1909 hat ergeben, daß das auf 155 Millionen geschätzte Defizit nur 23 Millionen beträgt. Das läßt den Schluss zu, daß der neue Etat nicht nur, wie die Finanzverwaltung annimmt, ohne Defizit abschließt, sondern sogar noch erhebliche Ueberschüsse abwirft. Für Kulturansgaben wird natürlich, den preussischen Traditionen entsprechend, trotzdem nichts übrig sein.

Die Generaldebatte zum Etat wird am Sonnabend beginnen. Ursprünglich bestand die Absicht, bereits am Freitag eine Sitzung abzuhalten, um die Interpellation über die Winternot zu besprechen, doch mußte dieser Plan aufgegeben werden, da die Regierung sich noch nicht zur Beantwortung bereit erklärt hat.

Der preussische Staatshandhabetat.

Der dem Landtage vorgelegte Etat schließt in Einnahme und Ausgabe mit 4 Milliarden Mark ab. Die Mehrüberschüsse bei den staatlichen Betriebsverwaltungen sind auf 131,6 Millionen veranschlagt, an denen besonders die Eisenbahnverwaltung beteiligt ist. Die Einkommensteuer ist mit 15 Millionen, die Ergänzungssteuer mit 5 1/2 Millionen höher veranschlagt. Auch die Forstverwaltung und die Lotterieverwaltung weisen erhebliche Ueberschüsse auf, erstere 8 1/2, letztere 3 Millionen Mark. Dagegen rechnet die Regierung bei der Bergverwaltung auf einen Minderüberschuss von 6 Millionen, teils infolge Einsparens der Kohlenpreise, teils infolge von Neu- und Erweiterungsbauten. Interessant ist der Rückgang an Ueberschüssen bei der Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern, der auf 5,8 Millionen geschätzt wird. Bekanntlich verbleibt den Einzelstaaten nach der Reichsfinanzreform vom Jahre 1911 ab nur noch ein Viertel der in ihrem Gebiet aufkommenen Einnahme an Reichserbschaftsteuer, während sie bis dahin den Betrag ihrer Durchschnittseinnahme aus den Jahren 1901 bis 1906 behielten konnten. Die Regierung schätzt die Mindereinnahme hierauf auf 3 1/2 Millionen. Ferner ergaben sich Mindereinnahmen bei der Stempelsteuer um 850 000 M., bei den Vergütungen für Erhebung und Verwaltung der Reichssteuern um 925 000 M., bei der Vergütung für Erhebung und Verwaltung der Branntweinsteuer allein um 1 833 000 M.

Bei der Handels- und Gewerbeverwaltung ist die dauernde Ausgabe nur um 474 705 M. gestiegen, während die Justiz 4,8 Millionen, das Ministerium des Innern 3,2 Millionen mehr erfordert, teilweise infolge der Angliederung der Medizinalabteilung, die bekanntlich vom Kultusministerium losgelöst ist. Das Kultusministerium erfordert an dauernden Ausgaben 5,7 Millionen mehr, darunter eine Million zu Verhelfen für Veranstaltungen Dritter zwecks Förderung der Pflege der schulfähigen männlichen Jugend. Man sieht, die Regierung läßt sich den Kampf gegen die Ausflügelung der Jugend durch die Sozialdemokratie etwas kosten.

Spartanerfinn.

Einen recht interessanten Beitrag zur Charakteristik des „Kreuzzeitungs“-Konfervatismus, der sich befannlich im wesentlichen mit der Richtung Herderbrand deckt, bietet eine „Wahrer Spartanerfinn“ betitelt Zuzchrift aus den Westpreignitz, die die „Kreuzzeitg.“ ohne Kommentar abdruckt. In dieser Zuzchrift heißt es:

„Wenn ich mit den Veteranen sprach, so hörte ich zunächst oft: Wir mühten etwas Kriegen, wir haben ja Deutschland erst gemacht und uns in Feindesland herumgeschlagen. Wenn ich ihnen dann sagte: Möchtet ihr wohl die Kriegsjahre in eurem Leben miffen?, dann zogen sie ein langes Gesicht, und wenn ich ihnen sagte: Kinder, ihr seid doch furchtbar reich geworden für das Leben, ihr habt was durchgemacht, ihr könnt erzählen, dann leuchteten ihre Augen. Das Veteranengeld als schuldigen Ehrensold zu heißen, hat man ihnen bei-

gebracht; sie lassen es sich gern gefallen, obwohl sie innerlich davon nicht überzeugt sind, sondern zugestehen, sie hätten nur ihre Pflicht getan, und später würden sie genau so getan haben. Es ist eine wahre Krankheit, die Sucht, Rente zu bekommen. Die Invalidengesetzgebung hat auch diese gezeitigt. Wer das Glück hatte, 1870 mit drängen zu sein, schiebt nun Altersgebrechen usw. sofort auf den Krieg, als ob in den 40 Jahren seit demselben die Gesundheit von ihnen zart in acht genommen worden sei. Aber wer 70 einen Schnupfen hatte oder mal Leibesweiden, der hat sein jegliches Rheuma usw. sich dort geholt. Wenn ich das den alten, braven Kerlen sage, dann gehen sie es lächelnd zu, aber ohne Gebrechen gibt es doch nichts. Spartanersinn ist noch im Volk, aber die wichtigsten Art von heute sucht ihn auszutreiben.

Ein recht billiges Vergnügen, den armen, Kranken und hungernden Kriegsveteranen, die in ihrer Not nach einer kleinen Rente verlangen, „Spartanersinn“ zu predigen und sie auf die Freude an ihren Taten zu verweisen. Wir haben noch niemals gehört, daß die „Kreuzzeitung“, wenn höhere Gehälter für Offiziere (auch solche, die nie ihr Leben in einem Kriege aufs Spiel gesetzt haben) gefordert wurden, sich gegen solche Forderungen gestäubt und den Herren Generalen „Spartanersinn“ empfohlen hätte. Es ist uns auch ganz unbekannt, daß sich die „Kreuzztg.“, als nach dem Krieg von 1870/71 die Herren Generale ein Geschenk von 9 Millionen Mark erhielten und Bismarck mit dem Herren Friedrichsruh beglückt wurde, gegen solche Verschwendung öffentlicher Mittel mit dem Einwand gewandt hätte, die Betroffenen, die zudem meist schon vorher sehr vermögende Leute waren, hätten nur ihre Pflicht getan und möchten es sich an der Freude an ihren Taten genügen lassen. Auch wenn schwerreiche Grundbesitzer eine Erhöhung landwirtschaftlicher Hölle verlangen, um auf Kosten der großen Volksmasse enorme Profite einzustechen oder wenn die Krone eine mehrere Millionen betragende Erhöhung der königlichen Zivilliste wünscht, hat noch niemals die „Kreuzztg.“ an den „Spartanersinn“ gemahnt. Nur bei den armen, Kranken Kriegsveteranen hält sie eine solche Mahnung für angebracht. Besser kann die sogenannte Volksfreundlichkeit des Konservatismus kaum illustriert werden. Die „Canaille“ ist gerade gut genug, auf den Schlachtfeldern ihr Blut für das teure Vaterland zu vergießen — die Vorteile gebühren lediglich den Edelsten und Besten.

Die „Kölnische Zeitung“ über die Thronrede.

Die „Kölnische Zeitung“ schreibt zu der Thronrede: „Die preussische Thronrede könnte ohne Begleitfuge hinausgehen, denn sie enthält nichts als eine lockere Aufzählung der Gesetzesvorlagen, mit denen sich der preussische Landtag in seiner neuen Session zu befassen haben wird. Unter diesen Vorlagen ist aber keine, die eine Liebertöschung bedeutet, keine, deren Schicksal die Nation in Leidenschaft oder auch nur in Bewegung versetzen könnte. Die heutige Thronrede ist ohne Schwung und rückt nach der Kanzlei. Hat man die preussische Thronrede zu Ende gelesen, so weiß man von den Fragen, die Preußen Politik bewegen, genau so viel wie vorher und doch gibt es gerade in Preußen augenblicklich eine ganze Reihe ungelöster Rätsel, an denen die Regierung bei so günstiger Gelegenheit nicht so ohne weiteres hätte vorbeigehen dürfen.“ Die „Köln. Ztg.“ vernimmt u. a. die Frage der Polenpolitik und jede Bemerkung zu der Reform des Wahlrechts. „Eine direkte Klade im Programm ist, daß das halbamtlich angekündigte Feuerbesatzungsgesetz nicht unter den Aufgaben des neuen Landtages steht. Es ist wieder verzögert worden, die einzige Hoffnung, die man an den neuen Minister des Innern geknüpft hat, muß wieder begraben werden. In Preußen kann man in der Hoffnung arm genug sein.“

Zur Verteuerung des Fernsprecherverkehrs.

In seiner Sitzung am Montag beschäftigte sich der Zentralausschuß Berliner kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine mit der Stellungnahme zu den Vorschlägen der Budgetkommission zur Telephonreform. In der einstimmig angenommenen Resolution heißt es: „Der Zentralausschuß erkennt den Wegfall der ursprünglich vorgesehenen Einzelgesprächsgebühr an, sieht jedoch die Gestalt der Pauschalpreise als derzeit exorbitant an, daß die dadurch bewirkte Verteuerung der ursprünglich beabsichtigten Verteuerung in nichts nachstehen würde. Der Zentralausschuß fordert eine bedeutende Ermäßigung dieser Tariffätze und schlägt hierfür folgende Staffel vor: Bis zu 2000 Gesprächen 75 M., von 2000 bis 6000 Gesprächen 125 M., von 6000 bis 9000 Gesprächen 150 M., von 9000 bis 12000 Gesprächen 175 M., von 12000 bis 15000 Gesprächen 200 M., über 15000 Gespräche dürfen von einem Apparat aus nicht geführt werden. Die Grundgebühr darf 100 M. nicht überschreiten, die Stichproben zur Ermittlung der Gesprächszahlen müssen drei- bis viermal zu verschiedenen Zeiten gemacht werden, und der Durchschnitt muß maßgebend sein für den zu zahlenden Pauschalbetrag.“

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ wird trotz der Resolution dabei bleiben, es sei „unverständlich“, daß dem neuen Gesetzentwurf Verlehrsfeindlichkeit vorgeworfen werde.

Arbeitskammergesetz und Verfarbeiter.

Mehrere hundert Arbeiter der Werk in Wilhelmshaven beschloßen in einer Versammlung, an den Reichstag die Bitte zu richten, auch die Arbeiter in Staatsbetrieben unter das Arbeitskammergesetz zu stellen.

Im Wahlkreise Dessau-Zerbst

no Genosse Rechtsanwalt Heine als sozialdemokratischer Kandidat aufgestellt ist, stellen die Nationalliberalen und auch die Demokratische Vereinigung eigene Kandidaten gegen den bisherigen Vertreter Schrader auf. Für die Nationalliberalen kandidiert der frühere Oberbürgermeister von Wosin Witting, 1907 wurde Schrader unter dem Zeichen des Fortschritts im ersten Wahlgange mit 1918 gegen 1332 sozialdemokratische Stimmen gewählt. 1903 erhielten die Freiwilrige Vereinigung 11416, die Nationalliberalen 5704, das Zentrum 138 und die Sozialdemokraten 1238 Stimmen.

Hamburger Bürgerchaft.

Am Montag wurden in einer mehr als zehnstündigen Dauerung des Landesparlaments zwei erschlüssliche Beschlüsse gefaßt. Da die Beschlüsse nahe liegt, daß der durch seine Naturräumlichkeit berühmte Bilseder Berg in der Lüneburger Heide, der Ausflugsort vieler Naturfreunde, durch industrielle Unternehmungen verschandelt wird, wurde einem Antrage des Senats, zur Schaffung eines Naturparks in der dortigen Gegend dem Verein Naturfreunde zunächst für das Jahr 1911 eine Beihilfe von 10000 M. zur Verfügung zu stellen, zugestimmt. Eigentlich wäre es ja Sache der Regierung, die Initiative in dieser Richtung zu ergreifen, aber die Antragsteller mögen wohl nicht mit Unrecht daran gedacht haben, daß jenseits der Landesgrenze für öffentliche und sonstige Aufgaben wenig Reibung vorhanden ist.

Schon einige Male hat unsere Fraktion angeregt, die staatliche Verbrennung der Leichen zu begünstigen. Um einen praktischen Erfolg zu erzielen, haben unsere Genossen den

Antrag gestellt, den Senat um eine Vorlage zu ersuchen, betreffend staatsseitige Einführung der unentgeltlichen Leichenverbrennung, eventuell Einführung der staatsseitigen Leichenverbrennung nach dem Grundsatze, daß die Kosten der Feuerbestattung die der Erdbestattung nicht wesentlich überschreiten, und daß ferner Leichen, über die nicht von privater Seite verfügt wird, verbrannt werden. Mit guten Argumenten befürwortete Genosse Stengete den Antrag, der aber bei aller „Sympathie“ der bürgerlichen Mehrheit zu weit ging. Dagegen wurde mit großer Mehrheit der Antrag angenommen.

Die Bürgerchaft ersucht den Senat um eine Vorlage betreffend Einrichtung einer staatlichen Anstalt, in der die Einföhrung von Leichen gegen Zahlung mäßiger Gebühren erfolgen kann.

Nebenher lief die Wahl eines kaufmännischen Senators, deren Nobus an die Wahl des Oberhauptes der katholischen Christenheit erinnert. Als Sieger ging Herr Straules hervor, der seinerzeit das ihm angebotene Kolonialamt ausschlug, worauf Dernburg Staatssekretär wurde. Der neue Senator, der, wie alle „königlichen Kaufleute“, der scharfen Richtung angehört, soll ein genauer Kenner Afrikas sein und hat ein Buch verfaßt, das im Unterricht des Kolonialinstituts viel gebraucht wird.

Meyer Straßentumulte.

Bei den Straßentumulten, die am letzten Sonntag in Mey der Ausführung einer verbotenen Konzertveranstaltung der Lorraine Sportive folgten, waren vor dem Marshall Rey-Denkmal drei Verhaftungen vorgenommen. Einer von diesen Verhafteten wurde bald wieder freigelassen, während die anderen beiden Personen in Haft bleiben. Gegen diese beiden ist, wie telegraphisch aus Mey gemeldet wird, inzwischen die gerichtliche Untersuchung eingeleitet worden.

Ein schlagfertiger Leutnant.

Wegen Mißhandlung eines Untergebenen hatte sich gestern der Leutnant Wenzel von der Artillerie-Schießschule vor dem Kriegsgericht der 1. Gardebatterie zu verantworten. Der Angeklagte wurde beschuldigt, seinen Vorgesetzten, den Kanonier Handke in zwei Fällen mit der Keitpeitsche ins Gesicht geschlagen zu haben. Das eine Mal wollte er von H. dadurch gereizt worden sein, daß dieser Uniformstücke nicht ordentlich gereinigt hatte. Daraus verfehte W. dem Untergebenen mit der Keitpeitsche einen Schlag ins Gesicht. Bei einer anderen Gelegenheit im Manöver hatte der Angeklagte seinen Koffer packen wollen und dabei vergeblich nach seinem Kofferzeug gesucht. Auch in diesem Falle ließ sich der Angeklagte zu einer ähnlichen Mißhandlung hinreißen. Das Kriegsgericht nahm, wie gewöhnlich, sehr milde Fälle an und erkannte nur auf acht Tage Stubenarrest.

Frankreich.

Vor Eröffnung der Kammer.

Paris, 10. Januar. Die Mehrheit der radikalen Blätter bekämpft heute offen die Kandidatur Deschanel für die Präsidentschaft der Kammer. Es heißt übrigens, die meisten geeinigten Sozialisten würden sich bei der Wahl des Präsidenten der Stimmenabgabe enthalten.

Der unabhängige-sozialistische Deputierte von Rhon Eugagnier beabsichtigt, an den Ministerpräsidenten die Anfrage zu richten, unter welchen Bedingungen dem Alerius die Kirchen, die dieser zu Angriffen gegen die republikanische Partei mißbrauche, zur weiteren freien Verfügung belassen werden sollten. Eugagnier will besonders auf ein am letzten Sonntag von den Kanzeln verlesenes Schriftstück hinweisen, in welchem die Bischöfe den Katholiken das Lesen einzelner republikanischer Blätter verbieten.

Brissou wiedergewählt.

Paris, 10. Januar. Bei der heutigen Neuwahl des Präsidenten der Deputiertenkammer erhielt Brissou 250, Deschanel 212, Jules Guesde 45 Stimmen. Für Delcassé, der nicht auf der Kandidatenliste stand, wurden neun Stimmen abgegeben. Der stellvertretende Kammerpräsident machte bekannt, daß Stichwahl stattfindet.

Beim zweiten Wahlgange wurde Brissou mit 270 Stimmen zum Kammerpräsidenten gewählt. Deschanel erhielt 197 und Guesde 50 Stimmen.

Zu Vizepräsidenten der Deputiertenkammer sind gewählt Vercauz mit 371, Etienne mit 357, Dron mit 337 und Renault mit 297 Stimmen.

Ein Schülerstreik.

Toulon, 10. Januar. Mehrere hundert Schüler der Gewerbeschule durchzogen gestern unter Anführung der Internationalen die Stadt und entzündeten auf das Bürgermeisteramt eine Abordnung, welche mitteilte, daß sie wegen der schlechten Heizung der Schule beschloßen hätten, in den Ausstand zu treten. Der Vertreter des Bürgermeisters erklärte, daß dem Uebelstand abgeholfen werden solle. Die Schüler nahmen alsdann infolge dessen am Nachmittag den Schulbesuch wieder auf.

Politische Beamtenbespitzelung.

Die „Humanität“ teilt aus dem Finanzministerium folgendes charakteristische Mundschreiben mit:

Finanzministerium, Generaldirektion des Registerwesens, der Domänen und Stempel, Personalabteilung. An den Herrn Präsidenten des Departements... Falls Herr... im Laufe des Jahres 1911 für eine Veränderung im Personal in Betracht kommen sollte, habe ich die Ehre, Sie um gefällige Mitteilung Ihres Urteils über die politische Haltung dieses Beamten zu bitten.

Der Staatsrat, Generaldirektor, Pierre Renaud. Dieses liebenswürdige Schriftstück zeigt, wie auch in der bürgerlichen Republik das bürokratische System zur Besinnungslosigkeit und zum Mißbrauch der Macht verleitet. Erst die volle Demokratie mit weitgehendster Dezentralisation und beruflicher Organisation aller Angestellten wird auch den Beamten Bürgerrecht und Menschenwürde wiedergeben. Die bürgerliche Republik aber, die wie ihre monarchischen Geschwister dem Sänge der Massenherkunft dient, entfernt sich nach Möglichkeit von dem Ideale echter Demokratie.

Spanien.

Der Paps ist für Obstruktion.

Paris, 10. Januar. „Matin“ berichtet aus Rom: Der Paps hat an die spanischen Abgeordneten, welche durch die Obstruktion gegen die Annahme des Sperrgesetzes gekämpft haben, ein Telegramm geschickt, worin er ihnen seinen lebhaften Dank ausspricht und erklärt, daß ihre Namen in der Geschichte erwähnt werden als unerlässliche Verteidiger der Rechte der Kirche. Das Telegramm hat in spanischen politischen Kreisen lebhaftes Aufsehen erregt.

Rumänien.

Ministerkrise.

Bukarest, 10. Januar. (B. Z. B.) Ministerpräsident Brătianu hat heute abend dem Könige die Demission des Kabinetts überreicht.

Amerika.

Stimmenkauf auf dem Lande.

New York, den 30. Dezember. (Sig. Ver.) Von den 3000 Wählern, welche in Adams County, Ohio, gewählt werden, haben mindestens 1500 seit Jahren ihre Stimmen verkauft. 866 Wahlberechtigte wurden in den letzten vierzehn

Tagen von der Grand Jury in Anklagezustand versetzt; und mit jedem weiteren Tage, den die angestellte Untersuchung fortgeführt wird, sieben neue Anklagen in Aussicht. Hunderte warteten das Vorgehen der Grand Jury erst gar nicht ab. West Union, der Sitz der County-Verwaltung, ist ihr Mecca. Dort hin pilgern sie, um sich dem Richter Blair gegenüber aus freien Stücken der Annahme von Bestechungsgeldern schuldig zu bekennen. Ihr Beständnis entspringt nicht der Hüftfertigkeit, sondern der Angst und der Dabgier. Um das Verfahren zu vereinfachen, erklärte der Richter Blair, er werde diejenigen, welche ihre Schuld aus eigenem Antriebe eingestehen, milder bestrafen.

Nun kommen sie heran, die biederen Farmer, die Klerge und Apotheker, die Amokläte und Notare, die Kaufleute und Handwerker, um pater peccavi zu sagen und sich zu zehn Dollar Geldstrafe, sechs Monate Arbeitshaus und fünfjährigen Verlust des Wahlrechts verurteilen zu lassen. Die Geldstrafe wird gleich bar bezahlt, die Vollstreckung der Freiheitsstrafe aber bedingt ausgeübt. Vollzogen wird die Last nur, falls der Betreffende innerhalb eines gewissen Zeitraumes abermals mit dem Gesetze in Konflikt kommt.

Blair kennt seine Leute. Drum gibt er den Verurteilten einen guten Rat mit auf den Weg. In Adams County herrscht Prohibition; daher ist es verboten, einem anderen berauschende Getränke zu verabfolgen. Trotzdem hat so ziemlich jedermann sein wohlfortiertes Schnapslager, aus dem er nicht nur den eigenen Bedarf befrichtigt, sondern auch Besuchern ein Gläschen vorsetzt. Der Richter mahnt die Verdornerten darauf aufmerksam, daß sie die ihnen subskribierten sechs Monate Arbeitshaus verbüßen müssen, wenn sie sich bei Schnapsgelagen erwischt lassen. Die bezeichnend ist doch diese Prohibitionshuchelei für Adams County, dessen Wähler sich erst im letzten Monat wieder für das Verbot des Handels mit geistigen Getränken ausgesprochen!

Die Verhandlung spielt sich durchgehend in recht gemüthlichen Formen ab. Richter und Sünder sind vielfach gute Bekannte, die sich gegenseitig mit dem Vornamen anreden. Die „besten“ Kreise standen bei dem schmutzigen Wohlhandel nicht zurück. Der für die einzelne Stimme bezahlte Preis schwankte je nach dem Einfluß und der sozialen Stellung des Gekauften zwischen drei und fünf- undzwanzig Dollar. Der Schwindel war in ein ganz raffiniertes System gebracht. Die Schuld dafür traf nicht so sehr die Kandidaten und Parteioptionen als vielmehr die Bürger. Diese legten den Preis fest und mochten die Teilnahme an der Wahl von der Bezahlung einer gewissen Summe abhängig. Von Republikanern nahmen sie Geld und von Demokraten, so daß die Parteiführer bei der Aufstellung der Gleichung über das bevorstehende Wahlergebnis doch unbekannte Größen einzufassen hatten. Es ließen sich nur Wahrscheinlichkeitsrechnungen anstellen. Nur das eine war sicher: Diejenige Partei, welche nicht mit dem Rammon herausbrückte, machte sich die ganze „biedere“ Wählerschaft zur Feindin und wurde daher sicherlich geschlagen.

Wenn die Korruption in Adams County auch einen ausnahmsweise großen Umfang annahm und die Wahlbestechung wie ein redliches Gewerbe ganz offen betrieben wurde, so unterscheiden sich die dortigen Zustände prinzipiell doch nicht von denjenigen in anderen ländlichen Distrikten. Man weiß schon lange, daß es bei den Wahlen auf dem flachen Lande noch viel unehrlicher zugeht als in den großen Städten.

Auch einer der Gründe, warum die sozialistische Partei in ihrer Stimmengahl hierzulande zurückgeblieben ist. Sie kreißt keinen Stimmenlauf, der bei der politischen Unehrlichkeit in Amerika eine so große Rolle spielt.

Aus der Partei.

Die Errichtung einer Genossenschaftsdruckerie wurde am letzten Sonntag von einem außerordentlichen Kreisstag des Wahlkreises Raumburg-Weisenfeld-Zey beschloßen. Die Samwierigkeit bei der Verlesung des seit dem 1. Oktober v. J. eingeführten Kreisblattes und andere Umstände bedingten die Herstellung des Kreisorgans in eigener Druckerie. Der Vorschlag des Zentralvorstandes und der Bezirkskommission auf Gründung einer Genossenschaftsdruckerie fand im ganzen Wahlkreise freudige Annahme. Von 91 stimmberechtigten Delegierten votierten nur zwei gegen die Gründung. In den Vorstand der neuen Genossenschaft, für die sofort rund 7000 M. Anteile gezeichnet wurden, sind die Genossen Leopold als Geschäftsführer, Boff und Aliz als Beisitzer gewählt. Die Druckerie soll spätestens am 1. Juni im Betrieb sein.

Ein sozialdemokratischer Kreisstagsabgeordneter. Der erste in Rheinhesen gewählte sozialdemokratische Kreisstagsabgeordnete, Genosse Adeling, Redakteur unseres Rainzer Parteiblattes, wurde bekräftigt. Er war von der Rainzer Stadtverordnetenversammlung als Kreisstagsabgeordneter gewählt.

Soziales.

Als liebevoller Lehrherr

präsentierte sich gestern vor der 5. Kammer des Kaufmannsgerichts der 40jährige Schlichtermeister R. Wolff, Jagowstr. 35a. Im Gespräch des W., der verheiratet und Vater zweier Kinder ist, war zwecks Ausbildung des 10jährige Lehrfräulein H., ein hübsches frühes Mädchen, tätig. In recht dreister Art und Weise unternahm es W., die H. des öfteren unästhetisch zu berühren und sie zu einem intimen Verkehr zu veranlassen. Da trotz Zurückweisung die Jübringlichkeiten des W. immer ärgerer Formen annahmen, so entschloß sich die H. eines schönen Tages das Heim ihres liebebedürftigen Meisters kurzweilend zu verlassen. Beanspruchte aber das ihr entgangene Gehalt, Schadenersatz in Höhe von 42 M. Den energigsten Vorgehens des Vorgesetzten, der den Beklagten auf die event. Folgen seines verwerflichen Tuns hinwies, gelang es ihm zu bewegen, den geforderten Betrag ohne Urteil zu zahlen. Als einzigen Entschuldigungsgrund für seine Handlungsweise führte W. an, daß er wohl „nicht recht bei Sinnen gewesen sei“.

Zurücknahme einer Kündigung.

Der Hilfsarbeiter S. klagte gestern gegen den Kommerzienrat Hugo Dehle, Inhaber der Firma Gebr. Dehle u. Wagner, Buchdruckerie, beim Gewerbegericht. Er verlangte 19,08 M. rückständigen Lohn und 23,84 M. Entschädigung wegen fruchtloser Entlassung. Der erste Teil der Klageforderung wurde vom Beklagten anerkannt, gegen den zweiten Teil weiderte er ein, dem Kläger habe er fruchtlos gekündigt. Dem bielt der Kläger entgegen, daß der Beklagte auf seine Beschwerde hin die vom Faktor ausgesprochene Kündigung zurückgenommen habe. Das wurde auch vom Beklagten angegeben. Er habe sich aber nachdem über das Vorgefallene erkundigt und gefunden, daß die Kündigung des Klägers durch den Faktor zu Recht erfolgt sei. Auch habe sich der Kläger, als er ihm von dem Ergebnis der Prüfung des Streitsfalls Mitteilung machte, sich außerordentlich dreist und laut benommen. Durch dies Auftreten fügte er sich beleidigt. Das Gericht schlug zunächst den Parteien einen Vergleich vor, wonach dem Kläger außer dem anerkannten Lohnrückstand noch eine Entschädigung von 18 M. gezahlt werden sollte. Der Beklagte lehnte jedoch diesen Vergleichsvorschlag ab, wiewohl er von einem Arbeitgeberbefreiter darauf hingewiesen wurde, daß er in der bedingungslosen Zurücknahme der Kündigung eine Ungeschicklichkeit begangen habe.

Das Gericht verurteilte daraufhin den Beklagten zur Zahlung der ganzen Klagefumme. Es anerkannte, daß sich der Kläger dem Beklagten gegenüber nicht so, wie es sich gehört, betragen hätte, jedoch konnte eine größere Weidigung, die allein zur fruchtlosen Lösung des Arbeitsvertrages nach dem Gesetz berechtigt, in dem Auftreten des Klägers nicht erblickt werden.

Gewerkschaftliches.

Zentrumschriftliche Verlogenheit.

Man sagt vom Hasen, daß er wie hypnotisiert vor Angst immer mit den Vorderläufen in der Luft herumtrommelt, wenn ihm plötzlich zum Bewußtsein kommt, daß er seinen Gegnern nicht mehr entrinnen kann. Daß sie sich in einer Sackgasse befinden, erkennen zurzeit auch die mit dem Fluche der Zentrumspolitik beladenen „christlichen Gewerkschaften“ gut genug. Und in ihrer heillosen Angst wissen die Zentrumschriften nichts anderes anzufangen, als nur immer fanatischer und sinnloser die Sozialdemokratie zu befeuern. Die zentrumschriftliche Gewerkschaftspressen überschlägt sich in letzter Zeit förmlich in Anpöpelungen der sozialdemokratischen Arbeitererschaft. Die Drahtzieher aus M. Gladbach wissen, wie sie fortan einzig ihre Aufgabe vornehmen müssen, wenn sie gegenüber den Facharbeitern auch nur noch ein Weilchen geduldet werden wollen.

In seiner ersten Nummer vom neuen Jahre kommt die besonders freche und verlogene M. Gladbacher „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ auf das Thema „Soziale Praxis und Sozialdemokratie“ zu sprechen. Am Schluß heißt es da:

„Nur mit tiefem Bedauern und mit innerem Ingrimm kann der überzeugte Sozialreformer dem wahnwitzigen und verworrenen Treiben des Kapitalismus innerhalb der Sozialdemokratie und bis über ihre Grenzen hinaus zusehen. Wenn es überhaupt jemals wahr gewesen wäre, was Bismarck einmal gesagt, daß es ohne Sozialdemokratie keine soziale Reform gegeben, so wäre es längst nicht mehr wahr. Ohne Sozialdemokratie größere Fortschritte in Sozialreform und Sozialpolitik!“

Natürlich glaubt das ultramontane Blatt selbst nicht an seine affektierte geheuchelte Entrüstung. Hat doch nicht nur Bismarck die Bedeutung der Sozialdemokratie für die Fortschritte der Sozialreform anerkannt, sondern auch mancher wahrhafte Zentrumsmann. So sagte in der bayerischen Kammer der katholische Geistliche Reele:

„Die Sozialdemokratie geht im allgemeinen darauf aus, daß sie den Mitgliedern des vierten Standes ihre Lebenshaltung zu verbessern sucht. Sie geht darauf aus — das ist ihre Tendenz — die Arbeiter zu heben und zu schützen gegen die Uebermacht des Kapitals. Gesteht sie die Sozialdemokratie schließlich doch auch schon etwas, sie war hinter den anderen Parteien her und hat sie gedrängt, die Sozialreform energischer in die Hand zu nehmen und das Menschlichste durchzuführen. Ich leugne auch nicht, daß die Sozialdemokratie auch auf das Zentrum etwas in der Weise eingewirkt hat, daß dieses energischer und entschieden die Regierung zur Durchführung der Reformen drängt.“

Die „Kölnische Volkszeitung“ schrieb einmal zu der Frage der parlamentarischen Vertretung der Zentrumsparteien:

„Ferner muß das Zentrum bestrebt sein, die Interessen aller Stände und Berufe, nicht bloß eines Berufes, zu fördern. Das Zentrum soll die Interessen der Arbeiter ebenso eifrig und warm vertreten, wie die Sozialdemokratie, aber es soll auch an andere Berufsstände denken.“

Damit ist klipp und klar zugegeben, daß sich das angelehene Kölner Zentrumsblatt eine noch eifrigere und wärmere Vertretung der Arbeiterinteressen, als es durch die Sozialdemokratie geschieht, gar nicht denken kann!

Mit diesen Ohrfeigen aus dem eigenen Lager mag sich das keisende M. Gladbacher sogenannte „Arbeiter“-Blatt diesmal begnügen. Mit ihrer Nase gegen die sozialdemokratische Arbeiterbewegung verstopfen sich die Zentrumschriften den Weg zur Arbeiterklasse ja nur noch mehr. Immer noch ist die Weltgeschichte auch das Weltgericht.

Berlin und Umgegend.

Eine Bewegung unter den Schneidermeistern der Damenkonfektion.

Der Arbeitgeberverband für das Damenschneidergewerbe hatte am Montag eine öffentliche Versammlung einberufen, die sich mit den Lohnverhältnissen in der Damenkonfektion beschäftigte. Sie war sehr zahlreich besucht und füllte den großen Saal der Neuen Philharmonie in der Köpenicker Straße. Der Vorsitzende des Verbandes, Schneidermeister D r e w s, schilderte die Lohnverhältnisse als äußerst traurig. Man habe schon bei dem Streik der Konfektionsarbeiter und -Arbeiterinnen im Jahre 1898 den Zwischenmeistern zu Unrecht die Schuld an den elenden Zuständen zugeschoben, und denselben Eindruck habe man durch die Heimarbeitserstellung erweckt. Die Ursache liege jedoch an den schlechten Preisen, die die Kaufmannschaft den Meistern zahlt, welche sich allerdings, angetrieben durch die Konfektionäre und durch die Notwendigkeit, Arbeit zu erhalten, gegenseitig unterbieten. Wird nun ein Paletot dem Meister mit 1,20 M. bezahlt, so kann er seiner Arbeiterin, wenn er seine Spesen aufs genaueste berechnet, höchstens 80 Pf. zahlen. Die Arbeit erfordert aber vier Stunden, so daß eine tüchtige Arbeiterin 16 Stunden arbeiten müßte, um nur 3,20 M. den Tag zu verdienen. Wenn behauptet werde, daß das für eine Frau immer noch ein ziemlich guter Verdienst sei, müsse man bedenken, daß die Arbeit nur etwa ein halbes Jahr dauert. Auch die Behauptung, daß es sich um Nebenarbeit handle, treffe nicht zu; nur zu viele Frauen müßten ihre Familie allein erhalten. — Der Vorstand des Schneidermeisterverbandes hat sich bereits Mitte September des verfloffenen Jahres sowohl an die einzelnen Konfektionäre wie an deren Verband mit einem Minimalpreistarif gewandt, ist dann auch nach langem Warten einmal zu einer gemeinsamen Sitzung eingeladen worden; aber die Herren Konfektionäre erklärten die Durchführung eines Tarifes für eine Unmöglichkeit und wollten nicht einmal auf die Festsetzung einer Mindestgrenze für die billige Konfektionsware eingehen. Sie hatten jedoch versprochen, zu der in Aussicht genommenen öffentlichen Versammlung zu kommen. Aber nun hatten sie doch abgesehen zu erscheinen, und zwar mit der Begründung, daß sie am selben Abend eine Plenarsitzung ihres Verbandes abhielten. Die Kaufmannschaft erklärt, daß sie infolge der hohen Einfuhrzölle auf Material in Deutschland und auf die fertige Ware in den Absatzländern nicht mehr konkurrieren könne, wenn sie höhere Preise zahlen müßte. Aber, meinte der Redner, wenn es so ist, daß nur eine Handvoll Leute sich bereichern können an der Konfektion, während die große produzierende Masse im Elend lebt, dann sei es besser, wenn ein solcher Industriezweig gänzlich zugrunde gehe, statt Schandware in die Welt hinauszuschicken. Die Schneidermeister der Damenkonfektion sollten in die Gewerkschaften Hand in Hand geben und mit derselben Energie wie die organisierte Arbeitererschaft für bessere Preise sorgen, um auch ihren Arbeitern und Arbeiterinnen anständige Löhne zahlen zu können. Der Redner trat im übrigen entschieden für die Errichtung von Lohnämtern ein.

In der regen Diskussion zeigte es sich, daß sich unter den Zwischenmeistern der Damenkonfektion eine starke Enttäuschung über die Preisdrückereien geltend macht. Vertreter der Meister aus Breslau und Erfurt erklärten sich im Namen ihrer Sektionen solidarisch mit den Berlinern. Wenn es einmal zu einem Lohnkampf kommen sollte, wollten sie keine Streikarbeit machen. — Als Vertreter des Verbandes der Schneider und Schneiderinnen nahm N o o p das Wort und sprach seine Freude über den Umschwung aus, der sich jetzt in den Kreisen der Zwischenmeister der Damenkonfektion geltend gemacht habe. Das Elend der Arbeiterinnen

habe auch ein Vertreter seines Verbandes nicht schwärzer schildern können, als es hier in der Versammlung geschehen. Wenn die Meister wirklich ernsthaft Verbesserungen anstrebten und dabei auch für eine tarifliche Regelung der Arbeiterinnenlöhne sorgen wollten, sei der Schneiderverband gerne bereit, sie darin zu unterstützen. Aber, sagte der Redner weiter, wenn wir die Heimarbeitserinnen zu Sitzungen einladen, dann sollten Sie uns keine Schwierigkeiten machen, und nicht zu Ihren Arbeiterinnen sagen, daß sie dort nicht hingehen sollen. Oft haben wir schlechte Erfahrungen machen müssen; es sind sogar Spittel aufgestellt worden, und man hat Arbeiterinnen gemahregelt. Wir haben nie behauptet, daß die Zwischenmeister samt und sonders schlimme Ausbeuter seien, sondern immer betont, daß es auch anständige Arbeitgeber unter ihnen gibt. Aber das Zwischenmeisterum sehr sich aus sehr verschiedenen Elementen zusammen, und es gibt allerlei vertrackte Egoismen darunter, die das ganze Gewerbe aufs schwerste schädigen, und gegen sie müssen wir uns wenden. Am jetzt schon mit vollem Erfolg einen Kampf mit den Konfektionären wagen zu können, dazu scheint mir Ihre Organisation noch zu schwach und leider muß daselbe auch von den Heimarbeitserinnen gesagt werden, die tiefer als je herabgedrückt sind. Wir müssen zuerst Lohnämtern haben und alle Kraft einsetzen, um dieses Ziel erst einmal zu erreichen. Helfen Sie uns in unseren Bestrebungen, so wird auch Ihnen geholfen werden!

Die Versammlung schloß mit einstimmiger Annahme folgender Resolution:

„In der Erkenntnis, daß unsere Bemühungen für Einführung eines Minimalpreistarifes für die selbständigen Schneider der Damenkonfektion an dem Widerspruch der Kaufmannschaft gescheitert sind, ferner in der Erkenntnis, daß ohne Minimalpreistarif die Schneidermeister in der Damenkonfektion nicht in der Lage sind, ihren Arbeitern und Arbeiterinnen gleichmäßige und durch Tarif festgelegte Löhne zu zahlen, erkläre wir in der gefühlvollen Errichtung von Lohnämtern das einzige Mittel, die Löhne in der Heimindustrie der Damenkonfektion zu heben. Wir beauftragen daher den Arbeitgeberverband für das Damenschneidergewerbe Deutschlands eventuell die Forderungen des am 12. d. M. togenden Heimarbeitertages nach Errichtung von Lohnämtern ausdrücklich zu unterstützen und auch selbst bei dem Deutschen Reichstag um die Errichtung von Lohnämtern vornehmlich auch für die Heimindustrie in der Damenkonfektion vorstellig zu werden.“

Die Arbeiter an den Holzbearbeitungsmaschinen, organisiert im Deutschen Holzarbeiterverband, beabsichtigen, für die Hygieneausstellung in Dresden die Häufigkeit und die Art der durch die Maschinen erlittenen Verletzungen zur Veranschaulichung zu bringen. In diesem Zwecke sind für die Maschinenarbeiter Fragebogen herausgegeben worden, ein kleiner für Deutschland, ein größerer speziell für Berlin. Die Branchenkommission hatte zum Montagabend die Vertrauensmänner zu einer außerordentlichen Versammlung nach dem Englischen Garten eingeladen, um die aufgestellten Fragen näher zu erläutern. Eine gewissenhafte und streng wahrheitsgemäße Beantwortung der Fragen ist notwendig, um zuverlässiges Material zu gewinnen. Es wird erwartet, daß jeder, der eine Unfallereignis bezieht oder bezogen hat, resp. mit berungelt ist, sich daran beteiligt. Auch die Beteiligung derjenigen wird erwartet, die nicht mehr im Beruf tätig sind. Der Fragebogen Nr. 2 (Berlin) soll zugleich dienen, dem Verbands die Möglichkeit zu geben, Verbesserungen einzuführen, wo die Verhältnisse es erfordern. So wird neben der Frage über Unfälle an der Abrichtmaschine zugleich gefragt, ob die runde, eiserne Sicherheitswelle im Gebrauch war. Ferner soll Aufklärung darüber geschaffen werden, ob in den Betrieben Staubabsauger vorhanden sind, und wo der Betrieb liegt, ob im Keller oder Schuppen oder sonstwo. Dann soll beleuchtet werden, wie oft und um wieviel die Renten bei Unfällen gekürzt werden. Die Nennung der Namen in den Fragebogen ist nur für den Verband bestimmt, zur Feststellung der Wahrheit. Die Fragebogen müssen bis zum Donnerstag, den 12. Januar, an A. Windmüller, Berlin O., Kochhannstraße 33, abgeliefert sein.

Die Fensterputzer in dem Fenstervereinigungsinstitut Walter u. Co., Groß-Görschenstr. 38, welche ohne Ausnahme Mitglieder des Deutschen Transportarbeiterverbandes sind, haben mit der genannten Firma einen Tarifvertrag abgeschlossen, der einen Anfangslohn von 27 M. per Woche, steigend von sechs zu sechs Monaten, um 1 M. bis zum Höchstlohn von 30 M., vorsieht. Für Glasbad, Etagenarbeit usw. wird ein besonderer Zuschlag zum Lohn gewährt. Messingputzer erhalten einen Anfangslohn von 28 M., ebenfalls mit einer Steigerung. Auch die Arbeitszeit, welche vorher oftmals eine ausgedehnte war, hat eine Regelung erfahren, so daß täglich neun Stunden gearbeitet wird. Für Ueberstunden und Nachtarbeit sind die in dieser Branche üblichen erhöhten Sätze von obiger Firma ebenfalls anerkannt. Ein Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes ist gleichfalls, je nach Dauer der Tätigkeit, von zwei bis sechs Tagen festgesetzt worden.

Durch den Abschluß dieses Vertrages ist wiederum der Beweis erbracht, daß die mittleren sowohl als auch die kleineren Betriebe weit höhere Löhne zahlen als die großen Institute. Die obengenannte Firma weist in einem an ihre Kundschaft gerichteten Zirkular darauf hin, daß die Forderungen ihrer Arbeiter als durchaus berechtigt anerkannt werden müssen.

Daß die Berliner Glaserinnungsmeister, bei denen zurzeit die Ruber in den Streik gedrängt sind, nach dieser Richtung hin kurz-sichtiger und egoistischer denken, ist den Lesern zur Genüge bekannt.

Ausland.

Der Streik im Lütticher Kohlenrevier.

Unser belgischer Mitarbeiter meldet uns unterm 9. Januar:

Der gestern versammelte Vorstand der Bergarbeiterföderation des Lütticher Kohlenbeckens hat sich in ausführlicher Beratung mit der Lage des Bergarbeiterstreiks beschäftigt und sich auf die Fassung eines Manifestes geeinigt, in dem festgesetzt wird, daß die Unternehmer jedes Entgegenkommen verweigern und dem Unternehmerblock der Arbeiterblock entgegengestellt werden muß. Die Tagesordnung des Föderationskomitees konstatiert eine Verschärfung der Situation durch die blutigen Vorfälle in Seraing und konstatiert ferner, daß vor den Verbänden des Beekings sich keine Störung der Ruhe ereignet hat. Sie protestiert daher gegen diese und die unqualifizierbare Haltung der Gendarmen, die zur Verantwortung gezogen werden sollen. Zum Schluß erklärt das Komitee den Generalstreik als gebieterische Notwendigkeit. — In der Kammer wird der Bergarbeiterdeputierte D o n n a y aus Flémalle über die Vorfälle in Seraing und den Streik interpellieren.

Ueber die Streikfrage selbst ist zu berichten, daß sich nunmehr auch die Bergarbeiter der Cockerill-Kohlenwerke wie der circa 20 Gruben umfassenden Kohlenbergwerke von H e r v e dem Ausstande angeschlossen haben; auch die Arbeiter anderer Kohlenwerke haben für heute den Streik angefangen. Aus einer Statistik eines Lütticher Unternehmerblattes geht hervor, daß von der Gesamtheit der Bergarbeiter des Lütticher Bassins 80 Proz. streiken, in Ziffern ausgedrückt gegen 20 000 Personen. — Inessen nimmt der Kohlenmangel überhand, und die vor allem an ihm zu leiden haben sind die, die ihr Leben lang die Kohle zutage schaffen. Denn in halber Einmütigkeit haben die Kohlenmagnaten Lüttichs beschlossen, keine Kohle für den Hausgebrauch zu liefern, um so erst ihre Sklaven, die sich ihrer drakonischen Grubenordnung nicht beugen wollen, neben der Aushungerung auch noch mit dem Ausfrühen zu bestrafen, und dann das Publikum, das damit sehen soll, wohin die

Streiks führen. — Andererseits wurde von Anfang an auf die Verbreitung der Meinung hingearbeitet, daß nur das neue Neunstundengesetz an der ganzen Situation und den Streiks schuld sei, die Arbeiter selbst also gegen die staatliche Regelung der Arbeit seien — genau so wie die monarchistischen Liberalen und Liberalen Grubenbesitzer! Daß die Konflikte von den Unternehmern ebenso provoziert wie von den sozialistischen Vertretern der Bergarbeiter vorausgesehen wurden, verklärt bei diesen Machinationen wenig. Damit das Neunstundengesetz nicht erworbene Rechte jener Arbeiter antaste, die vor dem Gesetz weniger als neun Stunden arbeiteten, hatte der Bergarbeiterdeputierte D o n n a y bei der Votierung des Gesetzes ein Amendement eingebracht, das diese Rechte schützen sollte. Davon wollte die liberale Mehrheit der Kammer nichts wissen, und nun wollen sich die Unternehmer durch ein niederträchtiges Strafsystem, durch Heranziehung aller Arbeiter zu einer ihnen nicht zustehenden Arbeit, durch Umstürzung der bisher bestandenen Ruhepausenordnung, kurz durch eine ausgepöbelte Schikane Anordnung und Auslegung des Gesetzes an dem Bissen Fortschritt schädlos halten, den die gesetzliche Regelung und Beschränkung der Arbeitszeit in den Gruben darstellt. — Aber nichts zeigt mehr als gerade dieser Streik, daß der Kampf nur um die Rechte des Arbeiters und nur gegen das sich jedem sozialpolitischen Fortschritt gehässig und feindselig entgegenstemmende Unternehmertum geht.

Protestversammlung in Treptow.

Gestern Abend fand im Spreegarten zu Treptow die von Gegnern der Eingemeindung von Treptow in Rixdorf einberufene Protestversammlung statt. Schon lange vor Beginn war der neuerbaute Theaterparkenkaal des Stadtbischofs mit einer nach vielen Hunderten zählenden Menge von Personen beiderlei Geschlechts bis auf den letzten Platz gefüllt. Vertreten waren größtenteils Angehörige des Mittelstandes. Der Berliner Stadtverordnete Genosse Dr. Alfred Bernstein hatte das Referat zu dem Thema: „Die Zukunft Treptows“ übernommen. Mit beißender Ironie kritisierte der Redner die angeblichen Vorteile der Eingemeindung Treptows in Rixdorf. Nach längerer Diskussion wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

Die heute am 10. Januar im großen Saale des Spreegartens togende öffentliche Versammlung aus allen Bevölkerungsschichten beider Treptower Ortsteile erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten nach eingehender Debatte einverstanden gegen den Zusammenschluß der Gemeinden Treptow und Rixdorf. Sie erweist die Gemeindeführung Treptows, die weiteren Eingemeindungsverhandlungen mit dem Rixdorfer Magistrat abzulehnen und die zur Eingemeindung in Berlin erforderlichen Schritte, der Aufforderung Berlins entsprechend, in die Wege zu leiten.

Letzte Nachrichten.

Vier Feuerwehrlente verunglückt.

In der Lothringer Straße 16 brach gestern Abend in der siebenten Stunde in einem Tapetenlager im Keller des Hauses ein größerer Brand aus, bei dem vier Feuerwehrlente an Rauchvergiftung erkrankten. Das Feuer hatte eine kolossale Verqualmung im Gefolge, so daß bei der Ablösung Rauchschutzhelme angewandt werden mußten. Bei den Löscharbeiten erkrankten die Feuerwehrlente Schenk, Schöder, Steiner und Oberfeuerwehmann Dornbusch infolge starker Raucheinatmung. Von den vier Verunglückten mußte Schenk nach dem Krankenhause Friedrichshain übergeführt werden, während die anderen in ihrer Wohnung ärztlich behandelt werden. Die Arbeiten der Feuerwehr zogen sich bis nach 11 Uhr abends hin.

Die Sozialdemokraten an der Spitze.

Helsingfors, 10. Januar. Bei den Wahlen zum finnischen Landtag erhielten in ganz Finnland bis heute Abend: die Sozialdemokraten 289 647, die Altkimmen 160 821, die Jungfinnen 107 182, die Schweden 100 430, die Agrarier 60 690 und die christliche Arbeiterpartei 15 093 Stimmen.

Ein lästiger Ausländer.

Brüssel, 10. Januar. (W. S.) Wie verlautet, hat König Albert dem Herzog von Orleans wegen dessen häufigen Reisen nach Brüssel zwecks Unterhandlungen mit seinen Anhängern zu verstehen gegeben, er wünsche, daß die Begegnungen weiterhin nicht in Brüssel stattfinden.

Der französische Kronpräsident muß es schon arg getrieben haben, daß ihm ein so deutlicher Wink gegeben wurde. Die Agitation des Herzogs zielt darauf hin, auf dem Wege der Gewalt die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung in Frankreich umzustößen und sich zum König von Gottes Gnaden aufzuschwingen. Also glottet Hohverrat, der nach deutschem Recht mit Tod oder lebenslänglichem Zuchthaus bedroht ist.

Zum Bergarbeiterstreik in Belgien.

Brüssel, 10. Januar. (W. S.) Mehrere Abgeordnete haben den Kammerpräsidenten benachrichtigt, daß sie den Arbeitsminister über den Bergarbeiterausstand zu interpellieren gedenken. Die Lage im Auslandsgebiet ist unverändert. Die Zahl der Streikenden hat eher zu- als abgenommen. Sämtliche Zechen des Herzog-Plateaus haben sich dem Streik angeschlossen.

Lüttich, 10. Januar. (W. S.) Die Anzahl der Ausständigen im hiesigen Kohlenbecken wird heute auf 21 000 angegeben. Es wird eine mögliche Weiterausdehnung des Ausstandes erwartet. Da die hiesige Industrie Kohlenmangel befürchtete, so wird sie seit gestern vom Ruhrgebiet mit Kohle versorgt. Alles ist ruhig.

Die Streikbewegung in Katalonien.

Barcelona, 10. Januar. Der Streik der Kohlenarbeiter und Entladern im Hafen dauert noch an. Gestern sind verschiedene Zusammentöße zwischen Streikenden und Arbeitswilligen vorgekommen. Schüsse fielen von beiden Seiten, mehrere Arbeiter wurden verletzt. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. Die Müllabholer streiken auch. Weitere Streikerkärungen anderer Arbeitergruppen stehen bevor.

Von einer Lawine verschüttet.

Bern, 10. Januar. (W. S.) Im Kienhöl wurden durch eine Lawine vier Holzarbeiter aus Scharnachhol verschüttet. Drei Mann sind tot. Einer wurde schwer verwundet. Zwei der Umgekommenen sind Familienväter.

Ein Tag ohne Cholerafall.

Konstantinopel, 10. Januar. (W. S.) Da heute hier seit September vorigen Jahres der erste Tag ohne Neuerkrankung an Cholera vergangen ist, so scheint die Epidemie am Erlöschen zu sein.

Reichstag.

102. Sitzung, Dienstag, den 10. Januar 1911, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten: Wermuth.

Präsident Graf Schwerin-Löwitz bringt dem Hause die allerberühmtesten Neujahrswünsche dar und gedenkt der verstorbenen Mitglieder, auch des Grafen Vallestrom, der sich außerordentliche Verdienste durch seine Führung der Geschäfte erworben und sich allgemeiner Beliebtheit erfreut habe auf Grund seiner strengen Unparteilichkeit und seiner mit köstlichem Humor gepaarten Liebendwürdigkeit. (Bravo!)

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation der Freisinnigen auf Aufhebung der Zündholzsteuer.

Ist der Reichszugler bereit, angesichts der schweren Nöthstände, die sich aus der Besteuerung von Zündwaren für die beteiligte Industrie und Arbeiterklasse wie für die Verbraucher ergeben haben, die Aufhebung des Zündwarensteuergesetzes vom 15. Juli 1909 schleunigst in die Wege zu leiten?

Schlagretär Wermuth erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit.

Abg. Enders (Sp.):

Die sofortige Aufhebung der Zündholzsteuer ist das einzige Mittel, um die mindeste Wirkung dieses Gesetzes zu beseitigen. Wir wollen nicht wieder eine Debatte über die Reichsfinanzreform beginnen, obwohl die Zündholzsteuer die düsternste Klame in diesem Steuerbüffel ist. Wir wollen auch selbst den Schein vermeiden, als sei unsere Interpellation durch parteipolitische und taktische Erwägungen diktiert. Nur der schwere Notstand der Arbeiter und der Industriellen hat uns zu unserer Interpellation veranlaßt. Der Vater der Zündholzsteuer ist Herr Dr. Köhde. In der Kommissionsverhandlung sprach er den lapidaren Satz, daß im Lande geradezu nach einer solchen Steuer geschrien werde. Davon hat niemand etwas bemerkt. Aber jetzt kann jeder hören, der Ohren zu hören hat, wie das ganze Land über die Steuer schreit. Die Arbeiter schreien, weil sie die Arbeitsgelegenheit verloren und auf Pfahler geworfen sind, die Fabrikanten schreien, weil ihre Unternehmungen zugrunde gehen und die Anwaltschaften schreien nicht nur, weil sie mehr belastet sind, sondern weil sie über die unsoziale und ungerechtfertigte Steuer empört sind. (Sehr richtig! links.) Mit der Kollage der Arbeiter hat sich der Reichstag schon im Mai v. J. beschäftigt. Fünf Petitionen aus Schlesien, Hannover, Bayern und Thüringen lagen vor, die dasselbe düstere Bild boten. Die Arbeiter waren entlassen und konnten in den weitabgelegenen Gegenden keine Beschäftigung finden. Ihr Kleid war groß und deshalb hatten sie, daß ihnen dieselbe Entschädigung wie den Fabrikarbeitern gewährt werde. Der Reichstag hat diese Kollage anerkannt und einstimmig beschlossen die Petitionen der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Ich frage den Schlagretär, weshalb dieser einstimmige Beschluß bis heute keine Berücksichtigung gefunden hat? (Hört! hört! links.) In vorigen Jahre konnte man mit einem Schein von Berechtigung glauben, es handle sich bei dieser Kollage um eine vorübergehende Erscheinung, sie sei lediglich hervorgerufen durch die Ueberproduktion des Inlandes, durch die Masseninfuhr des Auslandes in Rücksicht auf die kommende Steuer. Mit der Zeit würde die ungeheure Vorratsmasse aufgebraucht werden. Das Argument hat sich als nicht stichhaltig erwiesen. Wäre die Annahme richtig gewesen, so hätten wir jetzt nach 1 1/2 Jahren schon längst normale Zustände haben müssen. Das ist nicht der Fall, die Verhältnisse haben sich im Gegenteil verschlechtert. Aus allen Fabriken wird übereinstimmend über dauernde Produktionsbeschränkungen berichtet, und hier und da selbst an dauernde Einstellung des Betriebes gedacht. Der Verband deutscher Zündholzfabrikanten hat festgestellt, daß nur noch die Hälfte der Arbeiter in der Industrie beschäftigt wird. Und diese Arbeiter sind die elendesten und gedrücktesten, die in den abgelegenen Gebirgsdörfern keine andere Beschäftigung finden. Wie sieht es mit den Unternehmern? Ihre Solidarität mit den Arbeitern ist in diesem Falle evident. Es geht ihnen genau so schlecht wie den Arbeitern. Der Verband der Zündholzfabrikanten bezeichnet ihre Lage als trostlos. Seine Petition spricht die unverfälschte Sprache der Empörung und der Hoffnungslosigkeit. Nur von einem unmittelbaren Eingreifen der Regierung erwartet er Hilfe, sei es die Aufhebung der Zündholzsteuer oder die Einführung des Staatsmonopols, oder des Betriebsmonopols unter Staatskontrolle. Die Hoffnung auf eine gesunde Entwicklung aus eigener Kraft heraus haben diese Männer vollkommen verloren und ihr Pessimismus ist berechtigt. Der kolossale

Rückgang des Konsums ist infolge der Steuer nicht bloß vorübergehend gewesen, sondern dauernd geworden. Die Verbraucher der Zündhölzer sind an ungläubliche Sparsamkeit gewöhnt worden. Auch diejenigen haben sich getäuelt, die da glaubten, daß die Zündholzergänzung weniger aus Sparsamkeit, als aus Karger über die Steuer gelaufen werden und daß ihr Abgang bald zurückgehen würde. Das Gegenteil ist richtig, eine neue blühende Industrie ist entstanden, und je billiger sie die Zündholzergänzung in zuverlässiger Form liefern wird, um so dauernder ist der Schaden für die Zündholzindustrie. Für diese ergibt sich ein Konsumrückgang von 40 Proz. (Hört! hört! links.) Obgleich das Zündholzmaterial 80 Proz. aller Betriebe umfloßt, war es nicht entfernt imstande, auch nur 40 Proz. seiner Produktion unterzubringen. Nach sechs Monaten brach es zusammen. Ein wilder, verzweifelter Kampf aller gegen alle hat eingesetzt, der nur mit der Vernichtung zahlreicher Existenzen enden kann. (Sehr wahr! links.) Das Ende der Entwicklung wird sein, daß ein paar große Unternehmer übrig bleiben und dem Publikum die Preise diktieren. Das nennt sich Mittelstands- und Sozialpolitik! (Sehr gut! links.) Und da hat Herr Erzberger den Mut gehabt, namens des Zentrums die Entschädigung der Zündholzarbeiter abzulehnen und zu behaupten, durch die Zündholzsteuer werde am besten für die Zündholzarbeiter geforgt! (Hört! hört! links.) Mit Recht hat damals ein Sozialdemokrat der schwarz-blauen Mehrheit zugeworfen: Nur so weiter! Keine Steuer hat so sehr dazu beigetragen, die Entziehung über die sogenannte Reichsfinanzreform in die weitesten Volksschichten zu tragen. Unbedingt ist die

Abfassung dieser ungerechtesten aller Steuern

zu fordern. (Zuruf rechts: Sorgen Sie für die Deckung des Ausfalls!) Der Reichsschlagretär sollte nochmals die Erbschaftsteuer einbringen. (Rärm im Zentrum und rechts.) Vielleicht findet sie jetzt die Mehrheit. (Rachen und große Unruhe rechts.) Die Abfassung der Zündholzsteuer ist eine Forderung der sozialen Gerechtigkeit. (Bravo! links.)

Zur Beantwortung der Interpellation erhält das Wort Reichsschlagretär Wermuth:

Der Interpellant hat die Verhältnisse in der Zündholzindustrie feineswegs richtig dargestellt. Es ist auch nicht anzunehmen, ohne weiteres die Interessen der Konsumenten und Produzenten in dieser Frage gleichzusetzen. Ich kann hier nur ausführen, aus welchen Gründen der Herr Reichszugler die von den Interpellanten geforderte Abfassung der Zündholzsteuer nicht befürworten kann. Nicht aber kann ich auf das Für und Wider der Besteuerung der Zündhölzer selbst eingehen und so gleichsam eine vierte Lesung der Steuer vornehmen. (Zustimmung rechts. Rufe links: Eine dritte Lesung! Eine zweite Lesung hat ja gar nicht stattgefunden.) Es wäre das allerakstischste, eine Steuer, kaum nachdem sie eingeführt worden ist, wieder abzuschaffen. Eine Steuer bedarf einer gewissen Zeit, um sich einzuleben, um erprobt zu werden. (Sehr wahr! rechts.) Ein weiterer Gesichtspunkt ist die Deckung des entstehenden Ausfalls. Der Vordrucker schlägt allerdings einen Erlag vor, aber es ist doch sehr fraglich, ob dieser Vorschlag der Zustimmung der Reichstagsmehrheit finden würde. Zu der befürchteten Unpopularität der Zündholzsteuer trägt bei, daß sie ganz besonders unmittelbar, persönlich, dem Einzelnen Opfer für die Allgemeinheit zumutet. So kommt es, daß der menschlich sehr begreifliche Steuerträger in diesem Falle allgemeiner ist, als bei anderen Steuern. Es darf aber nicht vergehen werden, daß in anderen Ländern, wie in Frankreich, die Zündhölzer längst zur Deckung der Staatsausgaben in weit ausgiebigerem Maße herangezogen werden.

Die vorübergehende Schädigung der Arbeiter der Zündholzindustrie ist weit weniger die Folge der Steuer als vielmehr der sogenannten Vorkonsumtion, des mandmal etwas kleinlichen Vorkerbens, vor dem Zukünftigen der Steuer recht billig einzulassen. Ich bin weit davon entfernt, lokale Notstände abzustreiten, aber im allgemeinen haben die beschäftigungslos gewordenen Zündholzarbeiter anderweitige Beschäftigung gefunden, und die härteren Prophezeiungen von einer Hungersnot am Bayerischen und Thüringer Wald (Heiterkeit rechts) haben sich durchaus nicht bewahrheitet. Die Lage der Zündholzindustrie wird vielmehr durch innere Uneinigkeit als durch die Steuer gefährdet. Eine Petition weist darauf hin, daß durch Erbschaft, Gossanzänder, Taschengeräte usw. der Konsum von Streichhölzern um 15 Proz. bis 20 Proz. zurückgegangen ist. Frankreich und Italien haben diese Erbschaftsmittel mit hohen Zöllen belegt. Der Frage der Besteuerung dieser Erbschaftsmittel werden auch die Bundesräte Regierungen ernsthaft näher treten müssen. (Hört! hört!) Freilich darf dabei nicht vergessen werden, daß diese Erbschaftsmittel ein wichtiger Aufschwungsfaktor sind.

Die Insel des Odyseus. In der Pariser Akademie der Wissenschaften und schönen Literatur hat der griechische Abgeordnete Cavvadias, Generalinspektor der Monumente Griechenlands, einen Bericht über die von ihm geleiteten Ausgrabungen auf Kephalaia, der großen Insel des ionischen Meeres, erstattet. Sie brachten Denkmäler dreier Epochen zutage. Die erste, die der jüngeren Steinzeit angehört, reicht mindestens 3000 Jahre hinter unsere Zeitrechnung zurück. Sie wird durch einfache, sehr primitive Töpferarbeiten charakterisiert. Die Menschen wohnten in Holzhütten. Sie begruben ihre Toten in den Hüften selbst oder ganz in der Nähe von Erdlöchern von unregelmäßiger Kreis- oder Ellipsenform. Eine zweite, vorwiegendische Kultur ist zumindest 2000 Jahre v. Chr. zu datieren. Sie brachte schwarze, ornamentlose Töpferarbeiten hervor. Die Gräber werden aus Kalksteinen errichtet. Die dritte, mykenische Kultur fällt in die Zeit von 1500-1000 v. Chr. Aus ihren Gräbern förderte Cavvadias eine Menge Arbeiten in Gold, Bronze und Glas zutage. In dieser Epoche wurden die Toten in hohler Stellung beigesetzt. Die Leidenentzündung wie der Gebrauch des Eisens waren noch unbekannt. — In seinen weiteren Ausführungen behandelte der Vortragende auch die Frage der Heimat des Odyseus. Daß die heute Ithaka genannte Insel, wie die wahre Ithaka in der benachbarten kleinen Insel Leukas zu finden sei, Cavvadias neigt der Ansicht zu, Odyseus' Reich sei Kephalaia gewesen. — So gar wichtig ist freilich die Frage nicht, vor allem weil der homerische Odyseus doch nicht wirklich gelebt hat. Und wenn schon...

Die Chopins Trauermarke entstand. Von den merkwürdigen Umständen, unter denen Chopin seinen berühmten Trauermarsch komponierte, wird in einem Artikel der „Annalen“ erzählt. Der Maler Riem war eines Abends bei einem Freunde, als einer aus der Gesellschaft sich eine Spitz machen wollte, das Licht auslöschte und ein im Zimmer hinter einem Schirm sitzendes Elefant hervorholte und an das Klavier setzte... Von diesem merkwürdigen Einbruch erzählt Riem nun Chopin, als dieser eines Tags nach schlafloser Nacht zu ihm kam, um ein wenig Ruhe zu finden. Chopin erschauerte, er schien sich in Träume zu verlieren und sein Blick fiel auf ein Klavier, dessen Seiten der Maler mit Seebildern und Nordseeinlandschaften bedeckt hatte. „Haben Sie auch ein Skelett im Hause?“ fragte Chopin. Riem hatte zwar keines, versprach dem Musiker jedoch, es für den Abend zu besorgen. Er ließ das berühmte Skelett von seinem Besitzer abholen und lud die Freunde zu sich ein. Als Chopin das Skelett erblickte, ergriff er es, hüllte sich in ein langes weißes Tuch und legte sich mit dem unheimlichen Knochenmann an das Piano. Sein Gesicht war bleich und seine Augen glühten wie im Feuer. Und in dem düsteren Schweigen,

Auf Antrag des Abg. Dr. Müller-Reiningen (Sp.) wird in die Debatte der Interpellation eingetreten.

Abg. Graf Oppersdorf (Z.): Ich stimme dem Abg. Enders zu, daß der Notstand nicht bloß vorübergehend und schreiend ist. Aber ich stimme ihm nicht darin zu, daß die Abschaffung der Steuer den Notstand beseitigen würde. Eine wesentliche Rolle spielt doch die gewaltige Vorkonsumtion. Merkwürdig ist auch, daß Herr Enders, Mitglied einer Partei, die den Achtundzestag wünscht, sich darüber beklagt, daß in der Zündholzwarenindustrie nur noch 9 Stunden gearbeitet wird statt der früheren 10 Stunden. (Sehr gut! im Zentrum.) Der Gedanke der Zündholzsteuer stammt ja aus liberalen Kreisen. (Sehr wahr! im Zentrum.) Abg. O. kann trat sogar für das Monopol ein. Also die Zündholzsteuer ist ein Kind der Linken (Widerspruch links), mindestens ein Adoptivkind. (Heiterkeit und Sehr gut! im Zentrum.) Die Linke hat sich feinerzeit durch Herrn Kommissar auch gegen eine Erhöhung des Schutzzölles und gegen die Kontingentierung gewandt. Wären wir ihm gefolgt, so wäre heute die Zündholzindustrie nicht nur an der auswärtigen Konkurrenz, sondern auch an der freien Konkurrenz im Inlande verblüht. Der sozialdemokratische Abgeordnete Schwarz-Lübeck hat übrigens schon damals darauf hingewiesen, daß die Zündholzindustrie sich in einem gewissen Niedergange befinde und vor allem infolge der Ausbreitung der Taschenfeuerzeuge und der Elektrizitäts- und Gasleuchtöhler. Der Staatssekretär hat eine Reihe von Gründen gegen die Aufhebung der Steuern angeführt; sie würde verhängnisvoll für die Industrie sein. Es würde die freie Konkurrenz eintreten mit allen ihren Folgen und die Gründung neuer Fabriken würde lediglich eine Kapitalfrage sein. Die Stellungnahme meiner Freunde zur Frage der Entschädigung der Zündholzarbeiter, wo wir gegen den sozialdemokratischen Antrag auf Entschädigung stimmten, war veranlaßt durch das Bestreben, den Arbeitern Arbeitsgelegenheit zu schaffen, was besser ist, als eine einmalige Entschädigung; doch ist die Frage der Entschädigung erwägenswert. Zu erwägen ist auch, ob nicht für die Zündholzindustrie, die unter einem Mangel an Aufträgen leidet, etwas getan werden kann. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Dr. Osann (natl.): Wir teilen nicht die Auffassung der Interpellanten, daß die von der Zündholzsteuer hervorgerufenen Nöthstände so groß sind, daß sie eine Aufhebung des ganzen Gesetzes rechtfertigen; wohl aber sind wir der Meinung, daß die Schäden groß genug sind, um eine ernste und eingehende Erwägung zu verdienen. Mit einer Aufhebung der Besteuerung sind die Zündholzindustriellen selbst nicht einverstanden. Das muß für uns ausschlaggebend sein! (1) Wir halten es für das richtige, die ganze Zündholzindustrie von Reichs wegen zu monopolisieren. In einer ganzen Reihe von Staaten ist das Monopol bereits mit Erfolg durchgeführt.

Abg. Dr. Osann (L.): Auch wir verkennen nicht die überaus unglückliche Lage der Zündholzindustrie. Der traurige Zustand der Industrie kann nicht durch Beseitigung der Zündholzsteuer behoben werden, sondern durch gleiche Belastung der Erbschaftsmittel. Dann ist die Konkurrenz gleich und die Industrie wird eine große Erleichterung haben. Schuld an der Steuer sind doch auch vor allem die, welche die von der Regierung vorgeschlagenen indirekten Steuern, die Kellame- und Inkeratensteuer abgelehnt haben. (Sehr richtig! rechts.) Wären diese angenommen worden, so hätten wir die Zündholzsteuer nicht gebraucht, auch nicht die Erhöhung des Kaffees- und Zergöls. (Sehr richtig! rechts.) Der hohe Kaffeepreis ist übrigens nicht durch die Josterhöhung veranlaßt, sondern durch Maßnahmen der brasilianischen Regierung mit Hilfe einer Anleihe, zu der auch deutsche Firmen beigetragen haben, vor allem solche, die dem Hansabund angehören. (Sehr gut! rechts.) Die Linke meint, als Ersatz der abgelehnten Steuern sollte die Erbschaftsteuer eintreten. Aber selbst die Abgeordneten Müller-Reiningen und Dr. Wiener haben die Erbschaftsteuer als Eingriff in die Familie bezeichnet. Wir werden jedenfalls nicht verschweigen, daß wir diese Argumente der freisinnigen Volkspartei verdanken und werden betonen, daß wir nicht die Wandelbarkeit der Gesinnung haben wie die Linke. (Lachen links. Zuruf: Agrarisches Handbuch.) Der Artikel im agrarischen Handbuch ist von einem jüngeren Mitglied des Bundes der Landwirte geschrieben und die Herren Köhde und v. Wangenheim können nicht jeden Satz im Handbuch kennen. (Lachen links.) Die Finanzreform von 1909 war ebenso wie die von 1908 eine harte Notwendigkeit und ihre Bewilligung eine politische Pflicht. (Stürmische Rufe links: Hurra, hurra!) Ich danke Ihnen meine Herren. (Bravo! rechts.)

Hierauf verlegt sich das Haus. Abg. Enders (Sp.) (persönliche Bemerkung): Der Vorkurs des Grafen Oppersdorf, ich wäre gegen den Achtundzestag eingetreten, bedeutet eine Verbreitung meiner Worte, die lediglich eine Tatsache konstatierten.

Präsident Graf Schwerin-Löwitz: Sie dürfen einem Abgeordneten nicht vortörfen, daß er Ihre Worte vernehme.

das sich bei diesem Anblick auf die Gesellschaft gelegt hatte, tönnten zum ersten Male die getragenen Akkorde des „Trauermarsches“...

Humor und Satire.

„Es hat sich ergeben...“ (Aus der Berliner Wochenschrift.)

Zeitungsmeldung des ersten Tages: Die Witwe Lehmann wird seit zwei Wochen vermisst; es hat sich ergeben, daß sie auf einem einsamen Spaziergang das Opfer eines Wege-lagerers geworden ist.

Zeitungsmeldung des zweiten Tages: Es hat sich ergeben, daß der Wegelagerer die Witwe Lehmann vermittels eines Strides erbrockelt hat. Der Strid ist bereits aufgefunden. Der Wegelagerer nicht.

Meldung des dritten Tages: Es hat sich ergeben, daß die Witwe Lehmann nicht erbrockelt wurde, sondern erschossen. Der Revolver ist bereits aufgefunden. Der Wegelagerer nicht. Die Witwe auch nicht.

Am vierten Tag: Es hat sich ergeben, daß der Wegelagerer kein Mann war, sondern eine Frau.

Fünfter Tag: Es hat sich ergeben, daß die Mörderin der Witwe Lehmann kein Frau war, sondern ein Kohlenkutscher Meier. Der Kohlenkutscher Meier ist bereits in Haft genommen. Sein Alibibeweis ist ihm mißglückt.

Sechster Tag: Es hat sich ergeben, daß der Alibibeweis des Kohlenkutschers durchaus lächerlich ist. Der Kohlenkutscher wurde aus der Haft entlassen.

Siebenter Tag: Es hat sich ergeben, daß nur ein im Hause wohnender Sattlermeister der Täter sein kann. Der Sattlermeister ist verhaftet und verwickelt sich immer mehr in Widersprüche.

Achter Tag: Es hat sich ergeben, daß der Sattlermeister an der Ermordung der Witwe Lehmann unschuldig ist; daß der Strid, mit dem sie erbrockelt wurde, nichts mit der Sache zu tun hat; daß der Revolver, mit dem sie erschossen wurde, nur ein Zigarrenabschneider war; daß der Sattlermeister nicht in dem gleichen Hause wohnt; daß der Kohlenkutscher nicht Meier heißt, sondern Karawitschke; und daß die Witwe Lehmann überhaupt nicht auf einem einsamen Spaziergang ums Leben gekommen, sondern nur zu ihren Verwandten nach Buzjehnde gereist war, von wo sie heute wohlbehalten wieder in Berlin angelangt ist.

(„Lustige Blätter“.)

Notizen.

— Vorträge. Auf Veranlassung des Deutschen Vereins für Volkshygiene, Ortsgruppe Berlin, spricht am Freitag, den 13. Januar, abends 8 Uhr, im Bürgerhaus des Berliner Rathauses Prof. P. F. Richter über: Das Altern und das Alter. Der Zutritt ist für jedermann frei.

Kleines feuilleton.

Aus der Geschichte der Hegenverbrennung. Die adligen Gutsherren hatten bis in das 19. Jahrhundert das unumschränkte Recht auf Leben und Tod ihrer bäuerlichen Untertanen. Wenn auf ihrem Gut Viehkrankheiten ausbrachen, so haben sie wohl auch zur Kur — eine Heger verbrannt. Dieses fürchterliche Junkerrecht wird durch eine Urkunde bezeugt, die in den Mitteilungen der schlesischen Gesellschaft für Volkskunde* aus einer handschriftlichen Chronik veröffentlicht wird. Danach wurde im Jahre 1601 auf Befehl des Gutsherrn von Wolow eine Frau verbrannt, weil sie Meiden und Vieh des Gutshofes räube angehegt hatte. Der Bericht lautet:

„Eine große Zauberin vorbrannt.“

Den 8 Juny hat der Burggraf zu Wolow Friderich Nutschelling auff seinem dorff seine unterthanin, ein altes weib, vorkommen lassen; ist eine Zauberin gewesen; hat vilen leuthen abn dem vider großen schaden gethahen; besonders vor ihrem ende hat sie dem Junkern gemacht, das er und all sein ganz hoff voller leuse worden, das ihm englisch und banne worden. wie er fernor bleiben wirdt gibt die zeit.“

Ein solches Jahrhundert früher, im Jahre 1559, wurde, wie eine Breslauer Chronik berichtet, ein 97 jähriges Weib in Breslau erschafft, weil sie eine Heger gewesen:

„Den 11. August hat man zu Breslau ein sehr altes weib in die 97 Jahr, wie man ihr nach geredet, die Zudelsche genannt hinter dem Thum wonende albte erschafft; war eine große Zauberin und wie der heinder hinein warff. Sowohl sie Empuhr wie ein Schaum auff dem wasser. woldt sie nun der heinder thodi habenn, mußte Er sie mit einer Stangenn erschaffen.“

Es war die Zeit, wo es auch noch Wärdwilde in Schlessen gab, worüber eine Chronik unter dem Jahre 1579 berichtet:

„Zu diesem Jahr ist die histeria glaubwürdig geschehen zu Gabeln in Wehmen; ist albir vil gutten leuthen bekandt und zuge-schriben worden. Kemlich es hat eines Burgers Tochter eines Burgers Sohn gefreht; und mit ir hochzeit gehalten. Und wie sich nun Braudt und Brutigam Schlossen geleg, ist der Brutigam in der Nacht zu einem grimigen Thier oder Veberr wofft worden; die Braudt umgebracht, vider das Recht gekroden, vnder ding gewußt und getobet, das niemand zu ihm gedorfft. Also hat man Rath gehalten, wie dem zu thun, dormitte niemandt mochte von ihm beschädigt werden, haben ihn denn heinder thodi schlichen lassen.“

Mit ähnlichem grausenden Interesse, mit dem man heute diese Urkunden einer noch gar nicht ferneren Vergangenheit liest, werden unsere Nachkommen einmal die Gutachten deutscher „Intellektueller“ des 20. Jahrhunderts zugunsten der Todesstrafe lesen.

Abg. Dr. Müller-Meinungen: Ich habe in dem von Herrn Dr. Dahn erwähnten Artikel nur einige Bedenken gegen eine Erbschaftsteuer vorgebracht. Herr Dr. Dahn hat aber versucht zu zeigen, daß ich in demselben Artikel für die Erbschaftsteuer plädiert habe. (Lebhaftes Hört! hört! links.)

Präsident Graf Schwerin-Löwitz schlägt vor, die nächste Sitzung abzuhalten: Mittwoch 1 Uhr mit der Tagesordnung: 1. Fortsetzung der Beratung der heutigen Tagesordnung vom zweiten Punkte an (Rechnungslofen) und 2. Antrag K a n i k (L) betr. Maßnahmen zum Schutz des Mittelstandes.

Abg. Singer (Soz.): Ich bin etwas überrascht über den Vorschlag des Herrn Präsidenten. Er bedeutet nichts anderes, als daß der Redner der zweitgrößten Fraktion aus der Debatte dieses wichtigen Gegenstandes ausgeschlossen wird. Das ist umso merkwürdiger, als der Herr Präsident nicht dem Gebrauch des Hauses gefolgt ist, die Redner der Stärke der Fraktion noch zum Worte kommen zu lassen. Sonst hätten nicht die Nationalliberalen vor uns zum Worte kommen können. Ob das eine Art Dantesquittung für die Annäherung der Nationalliberalen an den schwarzen Blau sein soll, will ich nicht unteruchen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Jedenfalls fühlen wir uns außerordentlich beschwert durch diese Einteilung der Rednerliste. Der Vorschlag des Präsidenten bedeutet ja doch nicht weiter als die Verlegung der Fortsetzung der Beratung der Interpellation ad calendarum graecas. Will ein solches Vorgehen logisch und auch nur teilweise richtig ist, will ich bei der Auffassung, die ich über die Majorität dieses Hauses habe, nicht dieser Majorität, sondern der Minderheit überlassen. Das hat noch gefehlt, um das Maß des Bornees aber den schwarzen Blau vollzumachen. Fahren Sie nur so fort, entziehen Sie der Sozialdemokratie das Wort, die nächsten Wahlen werden Ihnen die Antwort geben. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Ich beantrage also, die Fortsetzung der heutigen Besprechung als ersten Gegenstand auf die morgige Tagesordnung zu setzen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf Schwerin-Löwitz: Herr Singer ist von falschen Voraussetzungen ausgegangen. Ich glaube wohl beanspruchen zu können, daß mir die Herren bei Feststellung der Rednerordnung keine tendenziösen Absichten unterstellen. Ich bin bis heute aufs äufserste bemüht gewesen, den in dem Seniorenlombent ausdrücklich festgestellten Grundsätzen gerecht zu sein, obgleich dem Präsidenten nach der Geschäftsordnung das Recht zusteht, allein die Rednerliste festzustellen. (Sehr wahr! rechts.) Ich habe bisher aber der Ansicht des Seniorenlombents entsprochen, unter Berücksichtigung des Stärkeverhältnisses der Fraktionen einen gewissen Wechsel des Für und Wider eintreten zu lassen. (Abg. Singer: Dann müßten wir eben vor Diann herkommen!) Ich habe lediglich deshalb zunächst nicht die Fortsetzung der Besprechung der Interpellation vorgeschlagen, weil auf der Tagesordnung eine Reihe eiliger Rechnungssachen stehen. Wenn die Fortsetzung aus dem Hause beantragt wird, werde ich nicht widersprechen und würde dann vorschlagen, zunächst diese eiligen Rechnungssachen und dann die Besprechung der Interpellation vorzunehmen.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Sp.): Meine Freunde unterstützen den Standpunkt des Abg. Singer. Einige Punkte der Rechnungssachen werden große Debatten hervorrufen; deshalb muß zunächst die Debatte über die Interpellation fortgesetzt werden, zumal die Ausführungen Dr. Dahn's weit über den Rahmen der Interpellation hinausgingen.

Abg. Singer (Soz.): Auch wir wissen, daß die Rechnungssachen zum Teil ausgiebige Debatten hervorrufen und daher ist es notwendig, daß die Fortsetzung der Interpellation morgen an die erste Stelle kommt.

Abg. Rüst Hatfeldt (Rp.): Der Präsident hat ganz korrekt nach den Beschlüssen des Seniorenlombents gehandelt. Die Fortsetzung der heutigen Beratung kann sehr wohl nach den Rechnungssachen erfolgen.

Abg. v. Normann (L): Auch wir haben nicht den Wunsch, die heutige Debatte abbrechen, bevor die großen Parteien gesprochen haben, und haben deshalb schon vorher erklärt lassen, daß wir für die Fortsetzung der Beratung der Interpellation stimmen werden.

Abg. Fehrenbach (Z.): Auch wir haben den Vorschlag des Präsidenten so aufgefaßt, daß die Besprechung der Interpellation fortgesetzt werden soll. Der Präsident hat auch angenommen, daß die dringlichen Rechnungssachen nur eine kurze Debatte hervorrufen werden. Wenn jedoch längere Debatten zu erwarten sind, scheint es besser die Fortsetzung der Besprechung der Interpellation an die erste Stelle zu legen.

Präsident Graf Schwerin: Ich möchte bloß noch feststellen, daß ich, bevor ich den Vertagungsantrag zur Abstimmung brachte, den Redner der Sozialdemokratie habe fragen lassen, ob er noch heute zu sprechen wünscht, und als dieser mir sagen ließ, daß er lieber morgen zu sprechen wünsche, habe ich ihm sagen lassen, ich würde dann die Fortsetzung der Interpellation morgen auf die Tagesordnung setzen. (Hört! hört! rechts.)

Abg. Schöpsin (Soz.): Wäre mir gesagt worden, daß ich morgen erst nach einer Reihe anderer Sachen zur Besprechung der Interpellation kommen soll, so hätte ich darauf gedrungen, daß die Interpellation zuerst kommt. Nach der Erklärung des Schriftführers mußte ich annehmen, daß nur eine ganz kurze Sache vorher gehen sollte.

Präsident Graf Schwerin schlägt nunmehr vor, morgen auf die Tagesordnung zu setzen: Rest der heutigen Tagesordnung, das heißt zunächst Fortsetzung der heute abgebrochenen Besprechung.

Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.
Schluß 7 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

1. Sitzung vom Dienstag, den 10. Januar, nachmittags 1 Uhr.

Am Ministerisch: Dr. Lenze, v. Dänwitz, Sydow.

Nach dem üblichen Hoch auf den König, bei dem die sozialdemokratischen Abgeordneten noch nicht im Saale sind, ergreift das Wort zur

Einbringung des Etats Finanzminister Dr. Lenze:

Ich habe zum erstenmal die Ehre, vor diesem hohen Hause den Etat zu vertreten. Diese Aufgabe wird mir dadurch wesentlich erleichtert, daß mein hochverehrter Amtsvorgänger mir die preussischen Finanzen in einem wohlgeordneten und durchaus gesunden Zustande überliefert hat, so daß es mir nur obliegt, diesen Zustand zu erhalten und weiter auszugestalten. Ich bitte hierfür um Ihre Unterstützung, ohne die es mir nicht möglich sein würde, dieses Ziel zu erreichen. Dem Etat sind diesmal zur Erleichterung der Heberlast gedruckte Erläuterungen beigegeben. Ein alphabetisches Inhaltsverzeichnis wird Ihnen in den nächsten Tagen zugehen. Der Heberlastbetrag des Jahres 1909 beträgt 28 Millionen, er ist um 182 Millionen geringer als vorgelesen. Dies Ergebnis ist überaus günstig und geht weit über das hinaus, was man bei Aufstellung des Etats annehmen konnte. Bekanntlich trat im Jahre 1907 nämlich in der ganzen Welt ein starker wirtschaftlicher Niedergang ein, dessen Folgen auf die Staatsfinanzen mehrere Jahre hindurch einwirkten. Dazu kam die Erhöhung der Beamtengehälter, die infolge der Steigerung der Lebenshaltung nicht weiter aufgehoben werden konnte. Die Folge war ein starkes Defizit mehrere Jahre hindurch, dessen Beseitigung die Hauptaufgabe der Finanzverwaltung sein mußte. Ein Teil des Defizits wurde durch neue Steuern gedeckt und man verfuhr durch pflichtliche Behandlung der Einnahmen, durch äufferste Sparfamkeit das Defizit allmählich wieder einzubringen. Infolge der steigenden Konjunktur haben sich dann die Verhältnisse wesentlich gebessert, was sich vor allem auch beim Eisenbahnetat zeigte. Wir sind in der Lage, in diesem Jahre einige dreißig Millionen dem Ausgleichsfonds zu überweisen. Schon im November 1909

setzte eine gewaltige Steigerung des Güterverkehrs ein, die bis heute angehalten hat. Dadurch sind die Reineinnahmen sehr erheblich gestiegen. Die Mehreinnahme ist aber auch zurückzuführen auf 20 Millionen Erparnis, die bei den Betriebskosten gemacht werden konnten. Das ist das höchst erfreuliche Ergebnis der Verhandlungen des Finanzministers, den Betriebskoeffizienten herabzusetzen. Die Reineinnahmen der Eisenbahn sind dann so gestiegen, daß für 1911 ein Reineinkauf von 245 Millionen angenommen ist. Es wird mit einer Verkehrssteigerung gegenüber dem Vorjahre von 7 Prozent gerechnet. Also die Schätzung ist eine überaus rosig und wir können nur hoffen, daß wir diese Verkehrseinnahmen hinterher auch erreichen. 5,8 Millionen sind im Eisenbahnetat vorgelesen, um die Löhne in den verschiedenen Provinzen einheitlich gestalten zu können. (Bravo!) Bei der Finanzlage besteht die Hoffnung, daß, wenn nicht ganz besondere Zwischenfälle eintreten, in diesem Jahre der Markt mit einer neuen Anleihe nicht belastet werden muß. (Bravo!) Neue Beamtenstellen sollen nur geschaffen werden, wo es unbedingt erforderlich ist. Dagegen ist eine große Zahl Diätäre in etatsmäßige Stellungen umgewandelt. (Die näheren Ausführungen des Ministers zu den einzelnen Etats bleiben bei der sehr großen Unruhe im Hause im Zusammenhange unverständlich.) Ich kann zum Schluß nur den Wunsch ausdrücken, daß es dem vertrauensvollen Zusammenarbeiten zwischen der Staatsregierung und dem Landtage gelingen wird, in nicht zu fernem Zeit auch die letzten Schatten zu beseitigen, die das Bild der preussischen Staatsfinanzen noch trüben. Wenn es auch nicht gelungen ist, den Etat ganz ohne Heberlast abzuschließen, so haben wir doch gar keine Veranlassung, pessimistisch in die Zukunft zu blicken. (Lebhafter Beifall.)

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr. (Wahl des Präsidiums und erste Lesung des Etats.)
Schluß 2 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Zulassung der Einfuhr argentinischen Gefrierfleisches nach Deutschland fordert die Berliner Geschäftsführung des Deutsch-argentinischen Zentralverbandes in einer Petition an den Reichstag. Unter den zahlreichen Petitionen gegen die Fleischsteuerung, deren Erledigung auf der Tagesordnung der Diensttagssitzung des Reichstages steht, soll auch diese gemäß dem Antrage der Kommission dem Reichskanzler als Material überwiesen werden. Es handelt sich also im speziellen Falle um die Aufhebung der betreffenden Einfuhrschränke im § 12 des Fleischbeschlages. Darin wird dieses durch Gefrieren haltbar gemachte Fleisch nicht als zubereitetes angesehen, sondern der Bestimmung unterstellt, über Zierkörper, deren besondere Organe (Lunge, Herz, Nieren, Bauchspeicheldrüse) in natürlichen Zusammenhange in Verbindung bleiben müssen.

Die Gefrierindustrie kann aber solche Weichteile nicht mit der Kälte behandeln; eine veterinärpolizeiliche Fürsorge gegen die Einfuhr schädlichen Gefrierfleisches ist nach der Ansicht der Petenten durch das deutsche Generalkonsulat leicht zu erreichen. Es werden auch die strengen Vorschriften der argentinischen Veterinärpolizei erlassen. Eine nach Oesterreich gelangte Beobachtung von 800 000 Kilogramm argentinischen Gefrierfleisches sei durchweg als vorzüglich befunden worden. Dem englischen Marke sind im Jahre 1909 allein über 3 1/2 Millionen englische Zentner zugeführt worden. Die Preise stellten sich am 1. September 1910 auf dem Londoner Zentralfleischmarkt auf 0,57 bis 0,79 M. pro Kilogramm je nach der Qualität (Vorder- oder Hinterfleisch), während man damals in Berlin 1,90 bis 1,78 Mark für Rindfleisch im Kleinhandel berechnete. Bei dem argentinischen Import handle es sich um ein Nahrungsmittel der unbemittelten Klassen. In England hat trotzdem die Schafslacht einheimisches Vieh zugenommen.

Die Moabiter Vorgänge vor dem Schwurgericht.

Zweiter Tag.

Gestern wurde die Vernehmung der Angeklagten beendet. Zu vernehmen war noch eine Gruppe von fünf Angeklagten, die gemeinschaftlich in ihrem Verger über die Polizeistatten allerlei Unfug verübt haben und dafür von der Staatsanwaltschaft als Aufrechter und Landfriedensbrecher eingekerkert wurden.

Der 20jährige Arbeiter Rohde wird beschuldigt, am 27. September in der Waldstraße eine Straßlaterne eingeworfen zu haben. Er gibt das zu, erklärt das aber aus der Stimmung, in die er durch die auf der Straße beobachteten Vorgänge versetzt worden sei. Als er abends von der Arbeit heimgekehrt sei, habe er an der Ecke der Turm- und Waldstraße schon Röhde gehabt, durch die Schugmannsleute hindurchzukommen. Man habe ihm das endlich gestattet, ein Schugmann aber habe noch hinterher gerufen: „Der Bunte auch schon mit dem Arsch in der Seeche liegen!“ Das war abends zwischen 1/8 und 8. In Hause traf Rohde bei seinen Eltern einen Besuch, ein Fräulein, das aus Furcht vor den Polizeifabeln sich nicht auf den Heimweg begeben wollte. Er zog sich um und brachte die Weingläse nach ihrer im Hause Waldstraße 13 gelegenen Wohnung. Als er dort die Treppe hinabstieg, hörte er ein Wimmern und fand einen Mann, der aus einer schweren Kopfwunde blutend auf der Treppe lag. Der Verwundete klagte ihm, daß er durch einen Polizeifabel so zugrillert worden sei. Auf der Straße wurde auch Rohde von einem Mann, den er für einen Kriminalbeamten halten mußte, mit dem Spatierstock über die Schulter geschlagen. — Vorsprecher: Woher wissen Sie denn, daß es ein Kriminalschugmann war? — Angekl.: Andere Leute hätten doch sonst nicht geschlagen. — Vors.: Na, das wissen Sie doch nicht! — Rohde gelangte dann nach Hause. Nachher ging er aber wieder auf die Straße hinunter, traf vor der Tür mehrere Bekannte (die Arbeiter Albrecht, Minor, Scharffenberg) und sprach mit ihnen über die Straßenvorgänge. In dieser Stimmung sah er, so gibt er an, bei der Vorhöfwele einen Stein liegen. Er nahm ihn in die Hand, bekam sich einen Augenblick, rief dann: „Versucht und zugenäht!“ und schanderte den Stein in die nächste Laterne. Rohde hatte auch einen Revolver bei sich, den er schon länger besah und gewohnheitsmäßig in der Tasche trug. Er gab ihn jetzt an Minor, und der feuerte daraus zwei Schuß in die Luft ab. — Staatsanwalt Forstl meint, bisher habe Rohde nicht gelogt, daß ein Kriminalbeamter ihn geschlagen habe. Rohde antwortet, er habe das von vornherein erklärt, schon sofort auf der Polizeiwache. Auf eine Anregung des Verteidigers Rechtsanwalt Rosenfeld, warum er sie für Kriminalbeamte als solche erlännt habe, er hat sie mehfach mit den uniformierten Schuplenten

sich durch Zeichen verständlich sehen.
Die Frage nach den von ihnen begangenen Mißhandlungen wird vom Vorsitzenden zunächst zurückgewiesen.

Rechtsanwalt Heinemann: Das ist doch erheblich. Wir wollen ja wissen, wodurch er gereizt wurde. — Rohde erzählt dann: An der Ecke der Turm- und Waldstraße sah ich, daß auf einen Jungen von 11 Jahren drei Beamte einschlugen; eine Sammelkolonne brachte ihn weg.

Arbeiter Albrecht, gleichfalls erst 20 Jahre alt, hat am Abend des 27. September mit Minor und Scharffenberg in der Waldstraße mehrere Schankwirtschaften besucht, auch mehrfach den Vorgängen auf der Straße zugehört und hat schließlich ebenso wie Rohde, der sich zu ihnen gesellte, nach einer Laterne geworfen. Er behauptet, hierzu veranlaßt worden zu sein durch Scharffenberg, der auf einige am Boden liegende Steine gezeigt habe. Albrecht befragt, daß sie vorher von Kriminalschuplenten bedrängt worden waren, wobei auch Minor einen Schlag über den Arm bekommen habe. Auf eine Frage des Verteidigers Rechtsanwalt Rosenfeld, warum er sie für Kriminalbeamte halte, antwortet Albrecht: Anders Leute würden und doch nicht ins Haus reinjagen.

Auch ein Arbeiter Marquardt, der damals noch nicht 18 Jahre alt war, ist in diese Gruppe mit hineingeraten. Er hatte den Tag über gearbeitet, wurde abends noch nach der Kaiserin-Augusta-Allee geschickt und mußte dort durch eine Schugmannslette hindurch. Als er abgewiesen wurde und sich zum Gehen wandte, habe ein Schugmann hinterher gerufen: „Komm mal her, Bürschchen, Du hast heute noch keine Dreifache gekriegt!“ Ein anderer Schugmann habe ihn dann gepöbel, ihn gekniff, ihn mit dem Gesicht mehrfach auf einen Kiebshaufen geklopft, ihm Fußtritte in die Seite gegeben. Wohl ein paar Minuten habe er (Marquardt) dagelegen, dann habe der Schugmann ihn am Ohr in die Höhe gezogen, so daß das Ohr blutete. Bei einem Wächmeister habe Marquardt sich beklagt, doch der habe gesagt: „Nach ja, daß Du wegstommst!“ Diese Erlebnis erzählte Marquardt heimkehrend seinem Bekannten, dem Arbeiter Albrecht, den er auf der Straße traf. In einer Wirtschaft bekam er dann von Gästen Bier und Schnaps. Als er wieder auf die Straße trat, hatte Rohde, sagt er, loeben die Laterne zertrümmert. Scharffenberg habe Steine zusammengetragen gehabt und habe jetzt auch Marquardt ermuntert, zu werfen. In seiner Dummheit habe dann auch er eine Laterne eingeworfen, ohne sich etwas dabei zu denken.

Gastentlassungsantrag.

Verteidiger Rechtsanw. Jacobi stellt hiernach den Antrag, Marquardt aus der Haft zu entlassen. Der Angeklagte sei zur Zeit der Tat noch keine 18 Jahre alt gewesen und sein Dummerjungenstreich sei nur infolge des Zusammenhangs mit den Straftaten der anderen vor das Schwurgericht gekommen. Der Verteidiger schlägt: Marquardt noch unbestraft, seine Eltern sind achtbare Menschen, auch nicht politisch suspekt (zu deutsch: politisch verdächtig), der Vater ist Mitglied eines Krügervereins. Der Vorsitzende unterbricht: Wollen Sie nicht bis zum Schluß der Beweisaufnahme warten? — Verteidiger: Ich fürchte, daß dann das Bild sich bei dem Gericht verwischt. — Vors.: Das muß ich sehr energisch zurückweisen. So schnell verwischt sich bei uns das Bild denn doch nicht, auch nicht bis zur Urteilsverkündung. — Vert.: Marquardt hat sofort eingestanden. Ich verstehe nicht, warum er da von Oktober ab in Haft gehalten wird. Die Ermittlungen über ihn sind doch nicht ungünstig ausgefallen. — Staatsanw. Forstl: Ganz so einfach liegt die Sache denn doch nicht. Marquardt gehörte zu dieser Clique. — Der Verteidiger hält seinen Antrag aufrecht. Das

Gericht

behält sich die Beschlußfassung vor, weil man sich ein Bild über Schuld oder Nichtschuld erst im Laufe der Beweisaufnahme machen könne.

Der Anstreicher Scharffenberg, der, wie alle Angeklagten, aus der Unterjuchungshaft vorgeführt wird, präsentiert sich dem Gericht noch in seinem mit Farbe bespritzten Arbeitsanzug. Er macht den Eindruck eines Leidenden und klagt während der Vernehmung: „Ich habe solche Kopfschmerzen, ich kann es schlecht fassen.“ Ein Kriminalbeamter habe ihn geschlagen: „Jungen, was siehst du hier, immer rini!“ Aus Aerger über den empfangenen Schlag habe Scharffenberg Steine vom Hof geholt, mit denen dann von Rohde und den anderen die Laternen zertrümmert worden seien. Ermuntert habe er hierzu nicht, auch habe er selber nicht geworfen. Erregt sei er auch darüber gewesen, daß er eine Stunde vorher gesehen hatte, wie die Polizei auf alle ohne Unterschied eintrieb, auch auf Frauen und Kinder. — Rechtsanw. Rosenfeld läßt den Angeklagten befragen, ob der Kriminalbeamte, bevor er ihn schlug, ihn aufforderte, wegzugehen. — Angekl.: Ja. Ich drehte mich auch gleich um und ging, ich bekam aber trotzdem den Schlag. Deswegen war ich so so ärgerlich. Hätte ich gesagt: „Ich gehe nicht!“ oder hätte ich Widerstand geleistet, dann war es etwas anderes. — Rechtsanw. Jacobi bittet, festzustellen, daß bei den Akten sich eine Anzeige von Scharffenbergs Nichte Erna befindet, die der Polizei mitgeteilt habe, Marquardt habe eine Laterne zertrümmert und Minor habe geschossen. Scharffenberg versichert, er habe keine Anzeige beantragt.

Der 17jährige Arbeiter Minor gibt an, daß Kriminalbeamte unter dem Ruf: „Ihr verfluchten Hunde!“ auf ihn und andere eingehoben. Das reizte ihn, und als ihm später Rohde den Revolver gab, schoss er zweimal in die Luft; er sagte: „weil ich so furchtbar aufgeregt war über die Mißhandlungen, die ich gesehen und selber erlitten hatte.“

Hiermit ist die Vernehmung der Angeklagten beendet. Der Geschworene Fabrikant Berger wird auf Grund eines von ihm überreichten ärztlichen Attestes entlassen. Für ihn tritt der Ersatzgeschworene Bauunternehmer Heinrich Hede ein.

Nach einer Mittagspause wird in die

Beweisaufnahme

eingetreten. Sie soll zunächst ein

allgemeines Bild

der Moabiter Vorgänge geben, des Verhaltens der Bevölkerung und der Maßregeln der Polizei.

Als erster Zeuge wird vernommen der Polizeimeister Klein, der Führer der Polizeibrigade, zu deren Bezirk Moabit gehört. Er habe, wie das bei außergewöhnlichen Fällen, bei Streifscharen, bei Aufmärschen, bei Unruhen Vorkchrift sei, dort die Leitung des exekutivischen Dienstes zu übernehmen gehabt. Als am 19. September die Nachricht kam, daß bei Kasper u. Co. ein Streit ausgebrochen war, habe er, wiewohl ihm die Sache als nicht bedenklich bezeichnet wurde und auch noch nichts passiert war, auf Grund 20jähriger Erfahrung sich sofort gesagt, er müsse von vornherein das Revier durch Zuweisung von Mannschaften so verstärken, daß Schwierigkeiten verhütet würden. Diese Situation sei dann sehr bald gekommen. Schon vom 20. September an seien die ausfahrenden Kohlenwagen bedrängt worden, auch auf die Begleitmannschaften, die er mitgab, habe man bald Angriffe gemacht. Zeuge schildert im wesentlichen ebenso, wie in der Verhandlung vor der Strafkammer, die steigende Erregung der Bevölkerung, das immer schärfere Vorgehen der Polizei, die Akten mit Säbel und Revolver. Er habe es als seine Aufgabe angesehen, Personen und Eigentum zu schützen und jeden Widerstand zu brechen, event. mit Waffengewalt, wenn mit gültigem Jureden nichts ausgerichtet werde. So habe er sämtliche Mannschaften und auch sämtliche Offiziere dahin instruiert, daß sie immer erst durch ruhige Aufforderung das Publikum zu lenken suchen und auch vor Gebrauch der Waffe noch eine Androhung erlassen sollten. Wenn einzelne Beamte hiergegen verstoßen hätten, so solle das nicht auf die Leitung. Von dem Bekannten Schuß eines Arbeitswilligen, der das Signal zum Ausbruch allgemeiner Erregung wurde, behauptet Zeuge, daß der Schuß erst gefallen sei, nachdem gegen den betreffenden Kohlenwagen ein Stein geschleudert worden war. Er selber habe vorher unterjagt, die Arbeitswilligen mit Revolvern zu bewaffnen, und diese Absicht sei dann nicht ausgeführt worden. Jener Arbeitswillige aber, der aus Hamburg gekommen sei, habe sich einen eigenen Revolver mitgebracht. Zeuge schildert dann den Zusammenstoß der Polizei mit den Arbeitern der Voemosschen Fabrik. Als er sie mit blanker Waffe auf den Fabrihof brängen und das Tor hatte schließen lassen, seien Steine über die Mauer geschleudert worden, so daß nur übriggeblieben sei, auch den Hof zu räumen. Er habe da eine völlige Föbelherrschaft gefunden oder wenigstens eine totale Anarchie, gegen die das Kontorpersonal rat- und machtlos gewesen sei. Immer wieder seien die Arbeiter aus den Türen herausgekommen, um Steine auf die abziehenden Schupleute zu werfen. Ich überlegte, befandet der Zeuge, was ich machen sollte. Der Widerstand mußte unter allen Umständen gedrochen werden, wir konnten und doch nicht zum Karren halten lassen und uns auf der Nase herumtanzen lassen von Leuten, die uns hinterher ausgelacht hätten. Ich sagte mir: „Erreichen kannst du sie nicht mit der Klinge!“ Ich wollte gerade den Befehl geben: „Pistolen raus!“ Da ertönte das Fabriksignal, und alle gingen sofort an die Arbeit. — Die Absperrung der umliegenden Straßen, die dann begann, habe so milde wie möglich gehandhabt werden sollen, und das sei auch im allgemeinen geschehen. Am Abend des 20. September habe er Leutnant Woche

mit einem Kommando abgeführt, um die Sickingenstraße wieder mal ein bisschen zu räumen. Auch ihm habe er Rüge empfohlen, und das sei auch meist befolgt worden, wenigstens sei ihm, dem Polizeimajor Klein, keine Meldung zugegangen, daß das nicht geschehen wäre. Die geflüchtete Menge sei aber jünger der Polizei immer wieder, wie aus der Pistole geschossen, aus den Knäueln herausgelommen, und da habe doch die Polizei nicht feige zurückweichen können, sondern habe immer wieder gegen sie Front gemacht. Die Herabsetzung der Fenster der Reformationskirche sei zweifellos das Werk wirklichen Janhagens gewesen. Am 27. September habe das plötzliche Verlöschen zahlreicher Laternen ihn auf den Gedanken gebracht, daß hier eine gewisse Diktatur im Spiel sei. Er wolle aber seinen Verdacht nach bestimmter Richtung hin ausdrücken, es gebe ja immer Unberufene, die sich eine Leistung anmaßen.

Die Rüge, die am 28. September in der Klostervergasse eintrat, erwidert dem Polizeimajor Klein „auffallend still, unbeteiligt still“. Er meinte, offenbar hatte die Anwendung der Schußwaffe, zu der es hier am 27. September gekommen war, doch gestreift. Vielleicht habe auch eine Zeitungsnote, daß die Tumultuanten nichts mit der sozialdemokratischen Partei zu tun hätten, ernüchternd gewirkt. Zeuge denkt hier, wie er später angibt, an eine Notiz des „Vorwärts“. Aber die Rüge vom 28. September machte ihn doch mißtrauisch, sagt er, darum — requirierte er am 29. September Karabiner. Wäre es in der Klostervergasse, so befand er, noch mal losgegangen, so hätte ich rücksichtslos die Karabiner angewendet. Es wäre nichts weiter übrig geblieben, als die Wallons mit dieser Schußwaffe zu bestrafen. Aber es kam nicht dazu. Am 30. September sei dann von der Polizei auch in der Turmstraße „so lange gearbeitet worden, bis Ruhe eintrat“. Es seien aber in diesen Tagen alle möglichen Nachrichten eingelaufen. Die Verhaftung wolle man in die Luft strengen, ganz bestimmt! Da habe er wenigstens eine Patrouille hinschicken müssen. In der Siegedalke wolle ein Trupp alle Denkmäler demolieren! Mannschaften habe er hincorredi, er selber habe sich in ein Automobil geworfen, aber in der Siegedalke sei alles still gewesen. Im Kriminalgericht habe übrigens zum Schutz des Weges nach dem Tiergarten eine ganze Polizeihauptmannschaft bereitgehalten.

Der Herr Polizeimajor machte ein verdutztes Gesicht, als der Vorsitzende ihn unterbrach, die weiteren Schilderungen interessierten nicht mehr. Die zur Anklage stehenden Straftaten zeichnen nämlich nur bis zum 27. September.

Oberstaatsanwalt Preuß fragt nach den Vorschriften über den Waffengebrauch. Polizeimajor Klein verliest die Instruktion, die sich auf eine Verordnung von 1854 stützt. Danach haben die Polizeimannschaften ohne Anweisung der Vorgesetzten die Waffe zu gebrauchen u. a. dann, wenn ihnen Gewalt entgegengesetzt wird, wenn sie anders ihren Posten nicht besetzen können usw. Immer aber soll die Waffe mit möglichster Schonung gebraucht werden und erst dann, wenn alle anderen Mittel fruchtlos angewendet sind.

Oberstaatsanwalt Preuß fragt nach den Verletzungen der Mannschaften und Offiziere. Verwundet wurden 4 Offiziere und rund 80 Mann, durch einen Steinwurf auch Polizeimajor Klein. Ebenso wurden Leutnant Kausche und Leutnant Holte verwundet.

Rechtsanwalt Heinemann: Aber wie verletzt? — Zeuge: Kausche ist nicht sehr verletzt. Aber Leutnant Holte hat 14 Tage krank gelegen.

Staatsanwalt Vorzelt: Schutzleute wurden doch bis in die Wirtschaften hinein verfolgt? Zeuge: Ja. In der Klostervergasse wurde ein Wachtmeister verfolgt, er rettete sich in ein Lokal und wurde von einer Familie gerettet, die er von früher her kannte. — Rechtsanwalt Rosenfeld: Wieviel Zivilpersonen wurden verletzt? Wieviele wurden auf Inhaftationen und in Krankenhäusern festgesetzt? — Zeuge: Das weiß ich nicht. — Rechtsanwalt Rosenfeld: Geht weit mehr als 80!

Der Polizeimajor hat jetzt eine andere Auffassung.

Rechtsanwalt Heinemann greift auf das Ergebnis der Gemeindefassung in der Strafkammerverhandlung zurück. Zum Zeugen: Vor der Strafkammer wurden Sie gefragt, was Sie dazu sagen, wenn Sie hören, daß die humanen Anordnungen in einer großen Anzahl von Fällen nicht beachtet worden sind, und daß auf harmlose Personen eingeschlagen worden ist. Da sagten Sie: Das glaube ich nicht, daß das geschehen ist; ich glaube, daß ich für meine Beamten garantieren kann und daß, wenn es geschehen wäre, ich Meldung bekommen hätte. Hat das, was Sie inzwischen kennen gelernt haben, das Bild Ihrer Auffassung so erschüttert, daß Sie glauben

eine Garantie für Ihre Beamten nicht mehr übernehmen zu können? — Zeuge Polizeimajor Klein: Ich bin sehr gewissenhaft und stets sehr gerecht. Ich muß insofern meine Aussage ändern,

daß ich eine solche Garantie nicht mehr übernehmen kann. Nach den Verhandlungen vor der Strafkammer muß ich annehmen, oder kann man annehmen, daß tatsächlich einzelne Beamten meinen Intentionen und Anordnungen nicht entsprechen haben und da ein bisschen zu weit gegangen sind. Ich weiß nicht, warum? Ich kann nur annehmen, daß sie furchtbar ausgerastet waren oder daß da Vorgänge mitsprachen, die die Zeugen, die das befanden, nicht gesehen hatten. — Rechtsanwalt Heinemann: Sie wurden gefragt, was Sie zu den

rohen Schimpfwörtern

sagten. Sie sagten: Das glaube ich nicht. Was sagen Sie jetzt? Zeuge: Ich kann sie durchaus nicht billigen. Rechtsanwalt Heinemann: Welches Urteil haben Sie nun darüber, nachdem von so vielen Personen solche Äußerungen befunden worden sind? — Zeuge: Ich will sie nicht entschuldigen. Selbst wenn einzelne Veranlassung gehabt hätten zu schimpfen, so dürften sie doch nicht so roh schimpfen. — Rechtsanwalt Heinemann: Gure zum Beispiel? Zeuge: Na ja, das ist entschieden ungehörig.

Rechtsanwalt Heinemann berührt auch die Frage des Schnapses, der von Schutzleuten getrunken worden sein soll und fragt, ob der Major das verboten habe. Zeuge bejaht das und glaubt auch nicht, daß das Verbot übertreten worden, mindestens sei nicht „offiziell“ Schnaps

getrunken worden, wenn es etwa mal vorgekommen sei. Er meint, seine Beamten gegen den Vorwurf verteidigen zu sollen, daß sie auf Kosten von Kupfer u. Co. sich gütlich getan haben. Schließlich gibt er noch an, daß unter allen Umständen, wenn in großer Menge Schnaps getrunken sein sollte, Bestrafung einzutreten hätte.

Wer hat die Kriminalbeamten geschickt?

Rechtsanwalt Heinemann: Eine letzte Frage! Sie haben heute noch nicht von den Kriminalbeamten gesprochen. Forderten Sie die oder kamen die so? Polizeimajor Klein: Sie sind so gekommen. — Zeuge gibt an, Oberbürgermeister Köpcke sei mit Kommissar Ruhn nach dem Kupferschen Hofhof gekommen, habe sich nach den getroffenen Maßregeln erkundigt — und dann seien die Kriminalbeamten nach Roabit geschickt worden. Ich kann doch, fügt er hinzu, nichts dagegen tun, wenn der höhere Vorgesetzte es anordnet. — Rechtsanwalt Heinemann: Welchen Eindruck haben Sie aus dem gewonnen, was Sie in der Strafkammerverhandlung über die Kriminalbeamten erfahren haben? — Zeuge Polizeimajor Klein: Na, das kann ich wirklich nicht sagen. Da möchte ich doch wirklich bitten, mir die Antwort zu erteilen.

Hiermit ist die Vernehmung des Polizeimajors Klein eingestellt und es folgt als zweiter Zeuge der

Polizeileutnant Holte,

der unter ihm in Roabit an den Polizeischlägern beteiligt gewesen ist. Auch er befandet im wesentlichen wie in der Strafkammerverhandlung. Er schildert, wie er zunächst die Menge in liebendwürdiger Weise gebeten habe, doch weiter zu gehen. Erst als man auf ihn und seine Leute einrang, habe er mit der Waffe vorgehen lassen. Ueber den Schutz des Arbeitswilligen, der am 29. September plötzlich die Erregung so sehr steigerte, befandet er, daß er die Aufforderung, den Schieber festzusetzen, mit den Worten beantwortet hat: Beruhigen Sie sich, wenn der Mann geschossen

hat, so ist er festgesetzt. Bei dem Versuch, die erregte Menge zurückzudrängen, kam es dann zur Attacke der Polizei gegen die Römische Fabrik. Im Anschluß an die Vernehmung dieses Zeugen fragt

Oberstaatsanwalt Preuß:

In der Presse ist der Polizei vorgeworfen worden, sie habe absichtlich die Revolte groß werden lassen, weil sie ein Interesse daran hatte. Hat nicht gerade Leutnant Holte dem Geschäftsführer von Kupfer u. Co. den Rat gegeben, auf Vergleichsverhandlungen mit der Vertretung der Streitenden einzugehen? — Zeuge Holte: Ja, wohl. — Ich habe darüber mit der Verwaltung, mit Herrn Buschmeier und mit Herrn Stimmes gesprochen und habe mir eine Darstellung der Ursachen des Streiks geben lassen. Als vom Transportarbeiterverband Vergleichsverhandlungen angeregt wurden, versuchte ich, mich auch mit den Arbeitern in Verbindung zu setzen. Ich hatte den Auftrag, hierüber eine Ausarbeitung zu machen, darum wendete ich mich an den Gastwirt Bilz und bat ihn, mir behilflich zu sein, damit ich auch von den Arbeitern eine Darstellung bekomme. Bilz versprach das. Er sagte mir aber dann, der Streitleiter komme nicht mehr zu ihm, ich möchte zum Gewerkschaftshaus gehen. Das konnte ich nicht tun. Herr Buschmeier erklärte mir, er sei bereit, mit den Arbeitern zu verhandeln, aber nicht mit dem Verband. Ich antwortete ihm, es sei doch wohl etwas rigoros unter den heutigen Verhältnissen, eine Gewerkschaft völlig zu ignorieren. — Rechtsanwalt Heinemann stellt fest, daß die Firma aus der Vermittlung des Oberbürgermeisters Krüger und des Gewerbegerichtsvorsitzenden v. Schulz abgelehnt hat, während der Verband bereit war, sich einem Schiedsspruch zu unterwerfen.

Auch Polizeileutnant Holte ist jetzt anderer Ansicht.

Auch den Zeugen Holte fragt Rechtsanwalt Heinemann, ob er aus der Strafkammerverhandlung nicht den Eindruck gewonnen habe, daß die von Polizeimajor Klein und ihm selber gegebenen Befehle von den Beamten nicht durchweg befolgt worden seien. — Zeuge: Nach dieser Verhandlung kann ich allerdings diese Frage nicht verneinen, sondern muß leider sagen, daß Beamte sich Ueberrgriffe erlaubt haben, die ich sehr bedauere. Ich bitte aber zu bedenken, daß wir auch nur Menschen sind und daß unsere Beamten sich zu manchem haben hinreißen lassen, was sie bei ruhiger Ueberlegung nicht getan hätten und was hinterher gewiß jeder bedauern wird. Der Polizeiberuf gestaltet nicht lange Ueberlegung und stellt oft vor Augen, was rasch ein Entschluß gefaßt werden muß. — Rechtsanwalt Heinemann: Sind Sie nicht der Meinung, daß in manden vor der Strafkammer vorgebrachten Fällen es sich nicht um bloße Ueberrgriffe, sondern um bewußte Mißhandlungen handelt? Wie denken Sie jetzt über die Tätigkeit der Kriminalbeamten? — Zeuge Polizeileutnant Holte: Es wird hier von mir eine Art Urteil verlangt. Das ist doch ein bisschen viel verlangt, ich bin ja kein Richter, daß ich darüber urteilen soll, was erweislich wahr ist und was nicht. In einzelnen Fällen haben wohl Ueberrgriffe stattgefunden, aber ob dies bewußt geschehen ist, kann ich nicht wissen.

Hierauf wird die Sitzung abgebrochen. Nächste Sitzung heute um 10 Uhr.

Abgründe menschlichen Elends.

In Oberfranken, dem nördlichsten bayerischen Regierungsbezirk, teilweise bekannt unter dem Namen bayerisches Sibirien, wird das gewerbliche Leben beherrscht von drei großen modernen Industrien: der Porzellanindustrie, der Textilindustrie und der Glasindustrie. Stark vertreten sind ferner die Brauereindustrie, doch hat sie weniger Bedeutung, desgleichen die Lederindustrie.

In Bezug auf die Höhe der Löhne, die von diesen Industrien gezahlt werden, läßt sich nicht viel Ruhmendes sagen. Die Organisations der Arbeiter aller Industrien sind noch verhältnismäßig schwach und konnten bis jetzt noch nicht durch kräftiges und anhaltendes Vorgehen eine so notwendige und wesentliche Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse erreichen.

Immerhin, so schlecht die Verhältnisse der Fabrikarbeiterschaft dieser Industrien vom Standpunkt der Arbeiterschaft aus sind, so unbefriedigend sie auch vom Standpunkt der bürgerlichen Volkswirtschaft erscheinen, sie sind wahrhaft glänzend gegenüber den Lohn- und Arbeitsverhältnissen der ungemein zahlreichen Heimarbeiterschaft Oberfrankens, die in einer Zahl von ungefähr 25 000 beschäftigt sind in der Textil-, Glas-, Korbmachen- und Lederindustrie. Welche von diesen Industrien die schlechtesten Verhältnisse hat, dürfte kaum zu entscheiden sein, sicher ist, daß sie alle gemeinsam unglücklich miserable Lohn- und Arbeitsbedingungen aufweisen, die man im 20. Jahrhundert in einem Kulturland geradezu für unmöglich halten sollte.

Und um es vorweg zu sagen: Es erscheint ausgeschlossen, daß diese total verelendete Arbeiterschaft aus sich selbst die Kraft findet, andere Verhältnisse zu verlangen und zu erreichen, will sagen zu erkämpfen. Hier muß die Gesetzgebung eingreifen, sollen nicht ganze Generationen unvermeidbar der Degeneration verfallen.

Unglaublicherweise hat nun aber die Vertretung der Unternehmer, die Handelskammer für Oberfranken, in ihrer Sitzung vom 31. März 1910 jedes Bedürfnis zu einem gesetzlichen Eingreifen in die Verhältnisse der Hausindustrie energisch bestritten. Hören wir, was der Referent zu diesem Punkt der Tagesordnung: Stellungnahme zum Entwurf eines Hausarbeitsgesetzes, sagte. Magistratsrat Link-Hof führte u. a. aus: „In der oberfränkischen Hausindustrie bestehen Mißstände nicht. Die rigorosen Bestimmungen des Gesetzesentwurfs sind für unsere Verhältnisse überflüssig, die Verhältnisse der Heimarbeiterschaft sind gute, die Löhne sind weitestgehend geliegt.“ Im selben Sinne sprachen noch mehrere Fabrikanten und Kommerzienräte, die namentlich betonten, daß die Heimarbeiterschaft sich großer Selbstständigkeit erfreue, meist ihre eigene Scholle hätten und durchaus zufriedener seien.

Was hier behauptet wurde, steht mit den Tatsachen im schroffsten Widerspruch. Nur das stimmt, daß die Heimarbeiterschaft teilweise zufrieden sind. Aber es ist eine tief unglückliche Zufriedenheit, und wir unterbreiten es dem Urteil der Öffentlichkeit, ob es nicht ein sehr verdienstvolles Werk wäre, diese zufriedenen Heimarbeiterschaft mit ihrer Lage durchaus unzufrieden zu machen.

Im Auftrag des Vorstandes des Schuhmacherverbandes wurden Mitte Dezember die Verhältnisse der Schuhmacher-Heimarbeiterschaft in den oberfränkischen Orten Kulmbach, Reipoldsdorf, Räumles, Rippertsgrün, Schwarzenbach a. B., Schwarzenstein, Eichenreuth und Rößfeld untersucht. Hierbei treten sich Abgründe menschlichen Elends auf. Die Leute arbeiten für Fabrikanten in Naila, Schwarzenbach a. B. und Pörsch. Die wirtschaftliche Lage dieser Herren läßt nichts zu wünschen übrig und einige haben es in ziemlich kurzer Zeit vom kleinen Krainer zum Besitzer gewaltiger Produktionsstätten an verschiedenen Orten gebracht.

Fabrikant werden von den Heimarbeitern in der Hauptsache die sogenannten Kanonenschiefer, schwere langschäftige Stiefel, ferner Halb-Kanonenschiefer, gewöhnliche Schafstiefel und Stiefelletten und sogenannte Triumphstiefel, die sich von den Stiefelletten nur durch den Schnallenverschluß unterscheiden.

Da die gleichen Ursachen die gleichen Wirkungen, vielleicht in der Form etwas abweichend, hervorgerufen müssen, erklärt es sich ohne weiteres, daß die Verhältnisse familiärer Heimarbeiterschaft fast ohne jede Ausnahme die gleiche erbarmungswürdige sind.

Betrachten wir daher einige der wohllos ausgefachten Schuhmacher in ihrer Häuflichkeit, in ihrer großen „Selbstständigkeit“ und bei ihrer Arbeit mit den „gestiegenen“ Löhnen näher.

Vorausgeschickt müßten wir noch, daß ein Teil der Heimarbeiterschaft in eigenen Häusern wohnt und der größte Teil derselben sich seinen Jahresbedarf an Kartoffeln selber baut. Auf die Lebenshaltung hat das aber keinerlei Einfluß weiter. Denn da die Leute kein Großvieh besitzen, müssen sie Düngersäcken und Äckern von anderen besorgen lassen und dafür bezahlen. Und was sie an Zeit für Feldarbeit aufwenden, geht ihnen natürlich verloren an Zeit zur „lohnenden“ Heimarbeit. Die wirtschaftliche Lage der hauslohnenden und selbst Kartoffel bauenden Heimarbeiterschaft ist daher durchaus nicht besser als die der vollkommen heillosen, denn aus leicht erklärlichen Gründen sind Wohnungsmieten und Kartoffel-

preise ungemein niedrig. Die höchste Wohnungsmiete betrug 80 M., und sie ging herunter bis auf 24 M. im Jahr.

Solche Beträge muß auch der Hausbesitzer an Steuern und Unterhaltskosten aufbringen. Kartoffeln stehen oft so niedrig im Preis, daß der Zentner für 1,50 M. zu haben ist. Der einzige Unterschied zwischen den Heimarbeitern mit eigener Scholle und denen, die alles zum Leben Notwendige kaufen müssen, besteht in der Hauptsache darin, daß die ersteren meist das ganze Jahr über Kartoffeln, die Grundlage und den Hauptbestandteil der täglichen Nahrung, haben, während die letzteren auch hierzu manchmal Schmalhans Ackermeister sein lassen müssen.

Doch treten wir ein in die Stube des Heimarbeiters A. Es ist ein 68 Jahre alter Mann, der mit seinen beiden Söhnen zusammen Kanonenschiefer macht. Wegen schwacher Körperkonstitution sind beide Söhne militärfrei geworden, der eine, unversehrte, ist brustleidend, die Familie des anderen, die 8 Kinder zählt, lebt mit im Haushalt. Außer der Arbeits- und Wohnstube, die genau 20 Quadratmeter groß ist, enthält das Häuschen noch ein zweites Zimmer von 14 Quadratmetern Größe. Und in diesen beiden Räumen mit Zuhilfenahme des ebenso luftigen wie im Sommer heißen und im Winter eisigkalten Bodens wohnen, arbeiten und schlafen 2 Familien, bestehend aus 5 Erwachsenen und drei kleinen Kindern! Welches Wohnungselend drückt sich schon hierin aus. Aber es kommt noch „besser“!

Die Zimmer sind 2,10 Meter hoch. Im Wohn- und Arbeitszimmer hält sich die ganze Hausbevölkerung des Tags über auf. Dazu die Lüftung von etwa 30 Paar Kanonenschiefern, die teilweise mit Zintenschuh und Wachs behandelt werden müssen, ferner die Hochdampf- und die Dämpfe trocknender, um den Ofen hängender Wäsche; eine für den nicht daran Gewöhnten geradezu unerträglich, unter allen Umständen aber gesundheitschädliche Atmosphäre.

Und was verdient A. mit seinen zwei Söhnen? Die Fertigung eines solchen Paares Stiefel beansprucht volle 17 Arbeitsstunden eines kräftigen, geübten Arbeiters. Da nun aber doch ein Arbeiter, namentlich bei schlechter Ernährung, unmöglich 85 Stunden in einer Woche intensiv zu arbeiten vermag, so bringt ein Durchschnittsarbeiter in der Woche nur 4 Paar fertig. Da der alte Vater und der lungenleidende Sohn aber nicht voll leistungsfähig sind, so haben alle drei zusammen nur einen Jahresverdienst von ganzen 1500 M. In einem Paar Stiefel werden aber noch für 12 Pf. Zutat, wie Stifte, Nägel, Beschraubung usw. verbraucht. Dies von dem für ein Paar Stiefel gezahlten Arbeitslohn von 2,70 M. abgezogen, ergibt pro Paar also einen Nettoverdienst von 2,55 (ungetrennt die Amortisation der Steppmaschine!) oder einen Arbeitsverdienst von

15 Pf. pro Stunde für einen leistungsfähigen Arbeiter!

Nicht ohne Interesse dürfte sein, daß der alte Vater sich bitter beklagte über die — Fabriken! Früher habe er selbst die von ihm und seinen Leuten gefertigten Stiefel auf Märkten verkauft; aber die aufkommenden Fabriken hätten ihm eine solche Konkurrenz gemacht, daß er seine Selbstständigkeit aufgeben und für die Fabriken arbeiten mußte. Auf meinen Einwand, daß es doch eigentlich die Sozialdemokraten sein sollen, die die Handwerker ruinieren, meinte der biedere Mann: Sozial er wisse, seien die „Herren“ (die Fabrikanten) keine Sozialdemokraten!

Die tägliche Arbeitszeit wurde auf mindestens 13 Stunden angegeben, in der Regel betrage sie aber 14, 15, vor den Liefertagen auch 16—18 Stunden!

Infolge des günstigen Umstandes, daß hier 2 Familien 3 Verdienner haben, gehört dieser Heimarbeiter zu den „Bessersituierten“!

Wie die schamlose Ausbeutung der Heimarbeiterschaft diese wieder zur Ausbeutung der Arbeiterkräfte, die sie als Gesellen oder als Lehrlinge annehmen, veranlaßt, das zeigte gleich das Beispiel des Heimarbeiters B.

Seine Wohnung besteht aus einer Stube von 20 Quadratmeter Flächenraum und Anteil am Bodenraum. In der Stube, die 50 Kubikmeter Luftinhalt hat, steht noch ein großer Kachelofen, ein zweischläfriges Bett für Mutter und Kinder und ein Küchenschrank, deren Kubus also vom Luftraum abzuziehen ist. In dieser Stube halten sich nun ständig auf: Der Heimarbeiter mit seiner Frau und drei Kindern von 3—11 Jahren und ein Geselle von 18 Jahren und zwei Lehrlinge von 15 und 16 Jahren. Rechnet man die drei Kinder gleich zwei Erwachsenen, so haben also die

7 Personen je 7 Kubikmeter Luftraum

zur Verfügung, während man in den Gefängnissen doch mindestens 20 Kubikmeter auf einen Insassen rechnet! Bei dem Heimarbeiter kommt aber noch in Betracht, daß er oft bis zu 100 Paar Stiefel im Haus hat, die einen penetranten Ledergeruch ausströmen und zur Verbesserung der Atemluft gewiß nicht beizutragen vermögen.

B. macht nur Bodenarbeit. Das heißt, er bekommt die fertigen Schäfte und muß nun die Kappen in die Stiefel einnähen und die Sohlen darauf machen. Je nach der Größe der Stiefel bekommt er fürs Paar 80 Pf. bis 1,25 M.

Die Arbeitszeit der vier Mann dauert regelmäßig im Winter von Tagesanbruch, also spätestens von 8 Uhr an bis mindestens abends 10 Uhr. Es wird allerdings auch oft 11 Uhr und noch länger, wenn es gerade nötig ist, bemerkt ergänzend der Meister. Die durchschnittliche Wochenproduktion der vier Mann beträgt 22 Paar und der Bruttoverdienst durchschnittlich 80 M. Davon gehen ab: An Auslagen für Zutat 2,60 M.; an Lieferungskosten 50 Pf. Bleibt ein Nettoverdienst von 26,90 M. Die gesamten Arbeitsstunden der vier Leute belaufen sich wöchentlich auf mindestens 304 (a Person 76 Arbeitsstunden pro Woche), somit der Stundenverdienst auf knapp 9 Pf.!

Um jeden Zweifel auszuschließen, bemerken wir, daß die beiden Lehrlinge, soweit es ihre Körperkräfte zulassen, als Vollarbeiter gelten können. Der eine hat 1½, der andere 2½ Jahre Lehrlingszeit hinter sich. Die einförmige, sich immer wiederholende Arbeit erfordert aber zum Erlernen höchstens ein Jahr. Die Lehrlinge, bei denen natürlich von einer richtigen Ausbildung zum Schuhmacher absolut keine Rede sein kann, sind daher nichts weiter als billige Arbeiterkräfte für den sogenannten Meister, dessen Lage sich durch die Ausbeutung der Jungen eben bessert. Bekommt doch auch der Geselle nur

wöchentlich 5 (fünf) M. ohne Kost und Wohnung!

Sein Stundenverdienst beträgt daher nur 6½ Pf.! Nur durch die schrankenlose Ausbeutung seiner Körperkräfte gestaltet sich die Lage dieses Heimarbeiters eingemessen erträglich und vielleicht ist dies wenig vorbildliche Beispiel eines Heimarbeiters einer von denen mit der „großen Selbstständigkeit“ und der Zufriedenheit, von der die Herren von der oberfränkischen Handelskammer erzählen. Die 13—17stündige Arbeitszeit der Lehrlinge und des Gesellen aber ist höher von schweren gesundheitlichen Nachteilen und fällt der Hausindustrie zur Last.

Schuhmacher C. macht Triumphstiefel und zwar auch Bodenarbeit. 35 Jahre alt, unversehrt, erhält er seine Mutter, die ihn als tüchtigen und fleißigen Sohn rühmt. Seine Arbeitszeit beginnt morgens um 4½ Uhr und dauert nachts bis 10 und 11 Uhr. Er bekommt für ein Paar Stiefel 1,65 M. Die eine Woche macht er 10 Paar, die andere Woche 12 Paar. Hierzu braucht er, wie er bestimmt angibt, 90 Arbeitsstunden. An Auslagen hat er dann 1,20 M., so daß ihm ein Nettoverdienst von 11,40 M. bleibt, oder ein Stundenverdienst von 12½ Pf.!

Wohn- und Arbeitsraum ist 12 Quadratmeter groß, hat 30 Kubikmeter Luftraum und ist infolge des Fehlens von Kindern zur Not erträglich.

Schuhmacher D. macht dieselbe Arbeit und erzielt in genau der gleichen Arbeitszeit den gleichen Verdienst. Aber er ist verheiratet und hat 2 Kinder. Daher muß er sich mit der Wohnung schon etwas einschränken. Sein

Arbeits- und Wohnzimmer ist 9 Quadratmeter groß und enthält noch ein Bett, in dem die zwei Kinder schlafen!

Schuhmacher C. ist auch verheiratet, hat auch 2 Kinder, aber auch noch seine alte Mutter im Haushalt. Arbeitszeit und Verdienst ganz das gleiche wie bei D. und E. Infolge der größeren Aufwendung für den Lebensunterhalt der Familie muß er sich aber in der Wohnung mehr einschränken:

Sein Arbeits- und Wohnraum, in dem sich ständig die ganze Familie aufhält, hat 6 (sechs) Quadratmeter Flächen- und 15 Kubikmeter Luftinhalt! Es kommen also auf die erwachsene Person noch nicht 4 Kubikmeter Atemluft!

Wir wollten sehr gern diesen Raum und den bei D. beschriebenen photographisch festhalten, doch erklärte der Photograph, infolge des zu kleinen Einfallswinkels des Lichtes sei dies unmöglich!

Schuhmacher F., verheiratet, macht Schloßriegel, Bodenarbeit, und erhält pro Paar 1 M. Er gilt in seinen Kollegenkreisen als gewissenhafter und guter Arbeiter. Diese lobenswerten Eigenschaften sind aber sein Verhängnis, denn dadurch bringt er wöchentlich trotz

80stündiger Arbeitszeit

nur sieben Paar fertig. Abzüglich 80 Pf. Auslagen verdient er also in einer Woche 6 M. 40 Pf!

oder pro Stunde acht Pfennige! Die Frau jammerte, daß es trotz "höchster Arbeit kaum zum Sattessen lange. Auf Befragen erklärte sie, daß ihre zwei Kinder im Alter von 1/2 und 1 1/2 Jahren an Lebensschwäche gestorben seien, und setzte hinzu: es sei ein Glück, daß sie gestorben sind, "denn ernähren hätten wir sie nicht können!" Und wirklich aus tiefer Seele entrang sich ihr der Seufzer: "Denn es nur einmal besser werden möchte!"

Schuhmacher G. ist auch verheiratet, hat drei Kinder im Alter von 1/2 bis 8 Jahre. In seinem Haushalt lebt aber auch noch sein Vater und seine Mutter, beide Mitte der Sechzig. Der Vater ist als Heimarbeiter für einen Weber tätig. Er spult Garne und verdient

bei wöchentlich 70stündiger Arbeitszeit — 2 M. 20 Pf.!

G. macht Triumphriefel, Bodenarbeit, das Paar zu 1,05 M., und Arbeitszeit und Verdienst sind gleich wie bei C., D., E. Dieser starke Haushalt kann den Lebensunterhalt nur dadurch aufbringen, daß auch die Frau des G. als Stickerin täglich bis zu 16 Stunden am Sticksrahmen sitzt, um wöchentlich 5 bis 7 M. zu verdienen. Der alte Vater macht noch einen ziemlich rüstigen Eindruck. Trotzdem wollen wir seine 70 Arbeitsstunden in der Woche nur als 40 Stunden eines Normalarbeiters in Anschlag bringen. Die Arbeitszeit der Frau soll mit 60 Normalarbeitsstunden angesehen werden. Hierzu dann noch die Arbeitszeit des G. mit durchschnittlich 82 Stunden, ergibt eine Gesamtstundenzahl von 182 pro Woche. Und der Gesamtverdienst? 2,20 M. + 6 M. + 10,50 M. = 18,70 M. pro Woche für drei Arbeitskräfte oder pro Normalarbeitsstunde 10 Pf.!

Ganz gewiß eines der abschreckendsten Beispiele der Heimarbeit. Heberflüssig wohl, so sagen, daß auch der Wohn- und Arbeitsraum, wie überall, alles zu wünschen übrig läßt.

Weil schlechter daran als die bisher geschilderten Heimarbeiter sind aber diejenigen, die weiter weg wohnen von den Wohnstätten der Fabrikanten. Sie bekommen meist pro Paar Stiefel 10 Pf. weniger als ihre Kollegen in den anderen Orten, obgleich sie mehr Auslagen haben als jene. Da sie drei bis vier Stunden weit weg wohnen vom Sitz der Fabrik, läßt sich das Abliefern der fertigen und Abholen der neuen Arbeit nicht anders als per Kasse machen. Rirka alle drei Wochen sammelt daher ein bestimmter Fuhrmann die in Säcke verpackte fertige Ware und fährt sie nach Kaila. Als Entgelt erhält er 5 Proz. der Lohnsumme, die damit den Heimarbeitern verloren gehen. Bei jeder Lieferung und Empfangnahme neuer Arbeit muß aber noch einer oder auch zwei der Schuhmacher aus dem betreffenden Lieferort dabei sein. Dieser wird nicht bezahlt. Reihe um trifft eben jeden Heimarbeiter in bestimmten Intervallen diese einen ganzen Tag in Anspruch nehmende Aufgabe. Weitere Arbeitszeit geht diesen Heimarbeitern dadurch verloren, daß die meist blutarmen Gemeinden noch alle die sogenannte Fronarbeit haben. Die der Gemeinde obliegenden öffentlichen Arbeiten, im Winter namentlich das Freimachen der Wege vom hohen Schnee, muß von sämtlichen Gemeindeangehörigen besorgt werden. Unentgeltlich natürlich. Bei der Höhenlage dieser Orte, meist gegen 700 Meter über NN, fällt aber nicht nur reichlich Schnee, die Wege werden auch noch obendrein weit öfter als im Tal unpassierbar verweht, so daß die Fronarbeiten zur Freimachung, auf die die Regierung streng sieht, im Winter gar manchen Tag in Anspruch nehmen, an dem somit die armen Heimarbeiter ihrem Verdienste entzogen werden.

Treten wir ein in die Wohnung eines solchen. Es ist 1/2 Uhr. Der Mann, Mitte Dreißig, ist eben von der Fronarbeit gekommen. Nachdem er sich von der schweren Arbeit in der schneidenden kalten Luft erholt und durch einen Topf Kaffee, richtiger Rihorienbrühe, gestärkt hat, beginnt der zweite Teil seines heutigen Tagwerks. Es geht auf Weidmachten zu, er will bis zum Lieferort "noch etwas Ordentliches" fertig bringen. Er macht Halbtiefel, Bodenarbeit, und bekommt fürs Paar 90 Pf. Davon, erklärt er, muß er mindestens bis 12 Uhr arbeiten. Somit dauert seine reguläre Arbeitszeit von morgens 6 bis abends 11 Uhr. Er bringt im Durchschnitt pro Woche 10 Paar fertig. Bruttoverdienst also 9 M. Nach Abzug der Auslagen für Futaten im Betrag von 80 Pf. und des Liefergeldes von 45 Pf. bleibt ein Nettoverdienst von

7,75 M. pro Woche.

Der Stundenlohn sinkt a u f 9 Pf. herunter, wenn man selbst pro Woche nur 85 Arbeitsstunden in Anschlag bringt. Davon kann aber die Familie unmöglich leben, selbst wenn der Familienvater für Kartoffeln und Hausmiete keine direkten Ausgaben im täglichen Bedarfsfall zu machen braucht. Und so tritt hier, den Verdienst des Vaters ergänzend, die schrecklichste Seite der Heimarbeit,

die Kinderarbeit,

hinzü. Unser Heimarbeiter H. hat drei Kinder, drei Jungen von 7, 8 und 9 Jahren. Die beiden ältesten helfen dadurch mit verdienen, daß sie den ganzen Tag, soweit es die Schulzeit gestattet, am Sticksrahmen sitzen und einfache Sticksarbeit an Tischentwürfen, Bettbezügen, Tischläufern usw. machen. Von Zwischenmeißlern, die in den meisten oberfränkischen Orten sitzen und für Weltfirmen in den großen Städten des Reiches tätig sind, wird diese Arbeit ausgegeben. Wie ich durch ganz eingehende Fragen feststellte, arbeiten diese Kinder an den einzelnen Tagen verschieden, in der Woche aber zirka 50 Stunden, denn auch der Sonntag muß dazu erhalten.

Und der Verdienst eines solchen, um seine Jugend bestmöglich und betrogenen Kindes?

70 bis 90 Pf. in der Woche!

Und ehe ich ein Wort des Erstaunens oder Tadelns fand, kam mir schon die Frau zuvor mit der Erklärung:

"Ja, Sie wundern sich, aber wenn bei uns nicht jeder verdienen hilft, dann ist kein Auskommen mit den paar Pfennigen, die der Mann verdient!"

Eine Mutter der Empörung stieg in mir hoch, als ich daran dachte, daß die oberfränkische Handelskammer in ihrer Petition an den Reichstag, in der sie Stellung nimmt gegen gesetzliche Heimarbeiterschutz, zu behaupten wagt:

"... denn in der oberfränkischen Hausindustrie finden die Arbeiter gute und lohnende Beschäftigung!"

Ihr Herren Kommerzräte, mit Euch Eure Frauen und Töchter, wie würdet Ihr schaudern, wenn Ihr einen wirklichen Einblick hättet in die Verhältnisse der oberfränkischen Hausindustrie! Ist es nicht grotesk, daß die Frauen und Töchter unserer Besitzenden gerade jetzt so viel in Wohltätigkeit machen, namentlich für arme Kinder, und dabei Wäsche und Kleidungsstücke (gestricke Wägen) in Benutzung haben, die unter den schrecklichsten Verhältnissen in der Hausindustrie hergestellt sind und an denen die gestohlene Jugendzeit und Arbeitsfreude armer Heimarbeiterkinder klebt? Und es soll ja niemand glauben, daß es sich hier um Aus-

nahmen handelt. Die Mitarbeit größerer Kinder ist vielmehr die Regel. In noch vier Familien, die wir besuchten, bot sich uns das gleiche Bild, und wir bringen nur noch das folgende:

Heimarbeiter I. ist verheiratet, hat fünf Kinder im Alter von einem bis dreizehn Jahren. Er macht Halbtiefel, Bodenarbeit, erhält für das Paar 1 M. und fertigt im Durchschnitt in der Woche 12 Paar. Seine wöchentliche Arbeitszeit währt mindestens 83 Stunden. An Auslagen für Futaten usw. hat er zirka 1,25 M., es bleibt ihm also ein Nettoverdienst von 10,75 M. oder pro Stunde knapp 13 Pf. Seine Wohnung, Stube und Anteil am Bodenraum, besitzt im Jahre 24 M. Mietzins. Die

Wohn-, Koch- und Arbeitsstube ist 10 Quadratmeter groß und hat einen Luftinhalt von 18 Kubikmeter! Die 5 Kinder gleich zwei Erwachsene gerechnet, kommen auf den Kopf nur 4 1/2 Kubikmeter Luftraum. Von diesem geht aber in Wirklichkeit noch ab der Kubus eines großen Ofens, und in Betracht zu ziehen ist auch der unangenehme Geruch von zirka 20—30 Paar Stiefeln. Der Ofen hängt auch voll von Windeln und die Ausdünstungen der 7 Menschen bringen ein Konglomerat von Gerüchen zusammen, das dem Ungeübten unerträglich ist, und nötigte, die Stubentür trotz der hereinströmenden Kälte eine Weile zu öffnen. Es war 9 Uhr abends. Bei elender Lampe sah I. noch fleißig an der Arbeit und

am Sticksrahmen die bald 13 jährige Tochter,

die auch bis 11 Uhr ausbleibt. Die andern Kinder schliefen. Aber wie. An die den Ofen umgebende Ofenbank waren 2 Holzstühle gestellt. Der so entstandene etwa 60 Zentimeter breite Raum war mit einigen alten Kleidungsstücken und Tüchern "gepöfist" und darauf schliefen, ohne Kopfkissen, die Füße der Wärme wegen noch an, zwei Knaben im Alter von 4 und 6 Jahren, zugedeckt mit einem Kopfkissen, das die nackten und kalten Beine unten herausgucken ließ!

Hier sahen wir das Elend der Heimarbeiter in seiner erbarmungswürdigsten Erscheinung und auch der eine unserer Begleiter, der gut situierten bürgerlichen Kreisen entstammt, war geradezu entsetzt über das Gesehene!

Das ist das nackte und ungeschminkte Bild der "trauten Häuslichkeit" des Heimarbeiters!

Wir schenken dem Mann eine Mark und den Kindern, auch die zwei Schläfer am Ofen waren erwacht, eine Düte Bonbons. Das rührte die bisher stumme Frau zu Tränen und es entrang sich ihrer gequälten Brust die Worte: "Wenn es doch nur einmal besser werden wollte!"

Wir verlassen diese letzte Elendsstätte der Heimarbeit und schließen damit die Schilderung einzelner Wohnungs- und Arbeitsverhältnisse.

Die überall gestellte Frage, ob die Heimarbeiter nicht lieber in die Fabrik gehen wollten, wurde fast ausnahmslos bejaht, namentlich die Frauen waren hierfür geradezu begeistert. Im Laufe des Sommers hat eine große Anzahl der Heimarbeiter an dem großen Fabrikneubau in Schwarzengrund gearbeitet. Bei nur eckständiger Arbeitszeit hatten sie einen Tagelohn von 3,60 M. Diese Arbeitsbedingungen schienen Männern und Frauen geradezu ideal! Damit ist jedenfalls zur Evidenz erwiesen, daß die Heimarbeiter im allgemeinen gegen eine Beschränkung, ja gegen eine Beseitigung der Heimarbeit nichts einzuwenden haben.

Noch sei einiges über die Lebensweise dieser Heimarbeiter angefügt. Wie sich aus den Böhnen ergibt, kann der Küchengehül in der Heimarbeiterfamilie nur sehr einfach sein.

Morgens gibt es Kaffee (brühe) mit trockenem Brot. Zum Frühstück zur Abwechslung Brot und Kaffee. Mittags gibt es nach übereinstimmender Auskunft und wie wir uns in fünf Haushaltungen selbst überzeugen, 4—5 mal bayerische Knödel (Alöhe aus rohen, geriebenen Kartoffeln). Dazu gibt es mindestens dreimal in der Woche Fleisch! Man höre und staune: dreimal Fleisch? Jawohl! und zwar nur deswegen, weil sich diese Mahlzeit — am billigsten herstellen läßt. Das Fleischquantum, das gekauft wird, ist nämlich nur — 1/4 Pfund oder, bei Besserqualitäten, 1/2 Pfund, also 200 Gramm im Höchstfall! Dieses Quantum wird in einer langen Brühe gekocht, und muß für die ganze Familie reichen. Wieviel Fleisch da auf den Einzelnen kommt, mögen sich die freundlichen Leser selbst ausrechnen. Da die Leute die Kartoffeln zu den Klößen nicht rechnen, das Fleisch aber nur 23—30 Pfg. kostet, so können sie ein billigeres Essen gar nicht herstellen! Rehlpeifen, Eier- oder Gemüsegelichte kämen weit höher. In einer Familie trafen wir Vater, Mutter und drei größere Kinder an dem mit Klößen reich besetzten Tisch. In der Mitte stand eine kleine Schüssel mit einer mischarbenen, undefinierbaren Brühe, deren Hauptbestandteil, wie uns die Hausfrau erklärte, — eine Wutwurst für 10 Pfg. war! Zu Fleisch für 23 Pfg. hatte es nicht mehr gelangt, für 10 Pfg. Wutwurst für die 5 Personen mußte heute ausreichen! An den Tagen, an denen es keine Alöhe gibt, werden gebadene Alöhe gemacht (rohe geriebene Kartoffeln in Schmalz gebaden) oder baumwollene Alöhe, aus gekochten und geriebenen, mit etwas Rehl versehenen Kartoffeln, beide Mahlzeiten entweder ohne alle Beigaben oder mit etwas Sauerkraut gereicht. Wie gesagt, sind richtige Eier-, Rehl- oder Gemüsegelichte, Hülsenfrüchte und ähnliches fast unbekannt. Vergriffe. Nur der Sommer bringt eine Abwechslung, insofern die verschiedenartigen Pilze, die aus dem Wald geholt werden, an Stelle von Fleisch auf dem Tisch erscheinen.

Nachmittags gibt es wieder Kaffee und trocken Brot und als Abendbrot ausnahmslos gekochte Kartoffeln. Hierzu wird nun gegessen: entweder Hering, oder Käse, oder Wurst. Wieviel hiervon auf den Tisch kommt, mag davon zu erkennen sein, daß wir in einer Familie, bestehend aus den Eltern, einem 24 jährigen Sohn und drei kleineren Söhnen von 7—13 Jahren

die Mutter gerade beim Teilen eines einzigen Heringstrafen! Sechs Personen und ein Hering! Kommentar überflüssig! Und unsere zwei ortsfremden Begleiter versicherten, daß höchstens 15 Pfg. aufgewendet werden, um Hering, Wurst oder Käse zum Abendbrot zu kaufen.

Das Aussehen der gesamten Bevölkerung ist denn auch ein wenig erbärmliches. Männer mit 30 Jahren haben die Physiognomie eines 40 jährigen, Männer mit 50 Jahren sind volle Greise. Junge Frauen von 25—35 sind völlig verweilt und verblüßt, ohne Formen, vielfach auch schon kahnlos. Häufige Geburten, lange Arbeitszeit und schlechte Ernährung wirken zusammen, Gesundheit und frisches Aussehen der Frauen sehr bald zur Unmöglichkeit zu machen. Und nachdem wir dieses Bild der oberfränkischen Schuh-Heimararbeit gezeichnet haben, werfen wir erneut die Frage auf:

Ist es nicht ein volkwirtschaftliches Verbrechen, ist es nicht geradezu eine Notwendigkeit, diese verelendeten und verelendenden Heimarbeiter mit ihrer Lage unzufrieden zu machen? Die Antwort mögen die Leser geben und sie mögen auch ein Urteil fällen über die Berechtigung und die Beweisraft der Hauptargumente der Handelskammer von Oberfranken, daß in der oberfränkischen Hausindustrie keine Mißstände vorhanden wären, die den Erlaß eines Heimarbeiterchutzgesetzes rechtfertigen!

Die Wahrheit bricht sich siegreich Bahn!

Soziales.

Eine tolle Leistung einer "Aufsichtsbehörde".

Der Magistrat zu Halle hat in dem Hallenser Ärztestreit einen Vertrag für die Kasse abgeschlossen, der das Interesse der Kasse aufs ärgste verletzt, sie gebunden dem Ärzteverein ausliefern. Der Eingriff des Magistrats ist ungeschicklich. Das Oberverwaltungsgericht dürfte ungewisselhaft nach Lage seiner bisherigen Rechtsprechung den Eingriff des Magistrats aufheben. Selbst wenn aber ein Eingriff des Magistrats als Aufsichtsbehörde zulässig gewesen wäre, ist der von ihm abgeschlossene Vertrag so ungeschicklich, daß ein Kassenverband, der solchen Vertrag abschließt, wegen Untreue gegen die ihm anvertrauten Interessen

und wegen der in dem Vertrag enthaltenen größtlichen Verschöbe gegen die guten Sitten zungunsten der Kasse mindestens zivilrechtlich haftbar gemacht werden würde.

Die Erregung über die Eigenmächtigkeit des Hallenser Magistrats wird selbst von der "Post", die den Vertrag als einen "unglaublichen Magistratsbeschluss" bezeichnet, und von den Betriebskrankenkassen anerkannt.

Hoffentlich begnügen sich die Kassen nicht mit einer Aufhebung des Magistratsbeschlusses, der jeglicher gesetzlichen Basis und Berechtigung entbehrt, sondern machen den Magistrat auch zivilrechtlich haftbar. Wie stark die Erbitterung über diesen Eingriff in die Selbstverwaltung auch die Betriebskrankenkassen ergriffen hat, zeigt folgender Bericht über die am Sonnabend von dem Verband der Betriebskrankenkassen von Sachsen und Anhalt in der Handelskammer zu Halle abgehaltene außerordentliche Hauptversammlung. Nach einem eingehenden Bericht des Verbandsvorsitzenden über den Streit besprach ein Geschäftsführer des Zentralverbandes der Betriebskrankenkassen den den Krankenkassen von der Aufsichtsbehörde aufgezwungenen Vertrag. Die Versammlung nahm folgende Entscheidung an:

"Der Verband der Betriebskrankenkassen für die Provinz Sachsen und Anhalt legt entschieden Verwahrung ein gegen das Eingreifen des Magistrats zu Halle a. S. in den zwischen Krankenkassen und Ärzten schwebenden Streit und gegen die zur Erledigung dieses Streites von dem Magistrat getroffenen Maßnahmen. Er erklärt, daß die Anordnung des Magistrats, für je 1500 Kassenmitglieder einen Arzt zu bestellen, nach Lage der Verhältnisse ungerechtfertigt und unbillig ist und auf eine Parteinahme zugunsten des Leipziger Ärzteverbandes hinausläuft. Die ärztliche Versorgung der Kassenmitglieder war durch eine genügende Anzahl festangestellter Ärzte gesichert. In der ganzen Provinz Sachsen, insbesondere auch in dem Regierungsbezirk Merseburg, entsfällt nach der amtlichen Statistik für die freie ärztliche Praxis erst auf etwa 2500 Einwohner ein Arzt. In einer Reihe anderer Provinzen ist diese Verhältniszahl noch viel höher. Die von der Ärzteorganisation hart bedrückten Halleischen Krankenkassen hätten als öffentliche Fürsorgeeinrichtungen in ihrer schwierigen Lage von ihrer Aufsichtsbehörde viel eher Unterstützung gegen die einseitigen Forderungen und gegen das rücksichtslose Vorgehen der koalitierten Ärzte erwarten dürfen.

Der von dem Magistrat den Krankenkassen aufgenötigte Vertrag erfüllt ganz einseitig die von den Krankenkassen als zurecht und unannehmbar bekämpften Forderungen des Leipziger Ärzteverbandes und verstößt in verschiedenen Punkten direkt gegen die guten Sitten. Er zwingt den Kassen die freie Arztwahl auf, deren zwangsweise Einführung von allen Krankenkassen, von Arbeitgeber und Versicherter einmütig abgelehnt wird. Der Vertrag steht in allen wesentlichen Punkten im Widerspruch mit den Interessen der Halleischen Krankenkassen und fördert in weitgehendem Maße den von dem Leipziger Verband gegenüber den Ärzten geübten Koalitionszwang. Der Einfluß des nach dem Gesetz verantwortlichen Kassenvorstandes ist ausgeschaltet. Die örtliche Ärzteorganisation bestimmt allein über den ärztlichen Dienst bei den Kassen. Zur Kassenpraxis werden in Zukunft nur die Ärzte zugelassen, die sich den Maßnahmen der Organisation unterwerfen. Die Anstellung weiterer Ärzte mit festen Bezügen ist den Kassen verboten. Mit den zurzeit tätigen festangestellten Kassenärzten dürfen nach Ablauf der Verträge neue Abkommen nicht getroffen werden. In dem Vertrag ist ausdrücklich bestimmt, daß für künftig eingeführte Familienbehandlung nur die Ärzte in Betracht kommen dürfen, die der Halleische Ärzteverein benennt! Die Vorrichtungen von Heildienern und Zahntechnikern dürfen nur auf Anordnung eines Arztes erfolgen. Das Arzthonorar ist gewaltig erhöht worden. Die betreffenden neun Betriebskrankenkassen haben z. B. außer dem Honorar für die festangestellten, völlig ausreichenden Kassenärzte in Höhe von 28 700 M. noch als Minimalbetrag 15 000 M. Honorar, das nach Einzelleistungen zu berechnen ist, an den Halleischen Ärzteverein zu zahlen; ein Betrag, der nach dem Verträge selbst dann gezahlt werden soll, wenn entsprechende ärztliche Leistungen auch nicht annähernd nachgewiesen werden. Das Gesamthonorar beträgt demnach für die neun Kassen allermindestens 43 700 M. Als Höchstgrenze des Gesamthonorars der Vereinbärte ist ein Viertel der höchstmöglichen Beiträge 90 000 M. (für 5000 Mitglieder und 1200 M. Durchschnittslohn) festgesetzt. Hierzu kommt das Honorar der festangestellten Ärzte, das sich zusammen 118 700 M., also auf den Kopf 23,74 M. ohne Familienbehandlung gegen jezt 5 M. mit teilweiser Familienbehandlung. Erst wenn das Gesamthonorar eine solche ungeheure Höchstgrenze übersteigt, können Abstriche vorgenommen werden. Diese völlig unangemessene Honorierungsform muß notwendig eine außerordentlich ungünstige Rückwirkung auf die gesamten Kassenausgaben, die (nach dem Vertrag) zu 95 Proz. von den Ärzten bestimmt werden, herbeiführen.

Die Kassen sind sogar verpflichtet worden, gegen zurückgetretene oder noch zurücktretende festangestellte Kassenärzte die festgesetzte Konventionalstrafe wegen Vertragsbruchs, die in solchen Fällen die Ärzteorganisation übernimmt, nicht einzulagern! Hierdurch erleichtert der Magistrat den Vertragsbruch und unterstützt den Leipziger Verband in seinen Bestrebungen, in Streitfällen durch die Vereitlung der angestellten Ärzte zum Vertragsbruch die Kassen in eine Notlage zu bringen.

Die Kassen sind ferner durch den aufgezwungenen Vertrag auf 10 Jahre gebunden. Eine entsprechende Gegenverpflichtung der Ärzte besteht überhaupt nicht, denn jeder einzelne Arzt kann seine Pflichten aus dem Verträge mit vierjährlicher Kündigung lösen; ein Beweis, wie kurzfristig der Magistrat auch in dieser Beziehung gehandelt hat. Wenn der Leipziger Verband aus Anlaß der Reichsversicherungsordnung in den angeordneten Generalstreik eintreten sollte, so ist seiner Halleischen Organisation trotz des die Kassen für 10 Jahre bindenden Vertrages die Handhabe gegeben, die Krankenversicherung in Halle lahmzulegen.

Einen solchen Vertrag würde nie und nimmer eine Krankenkasse oder ein anderer Versicherungsvertragsgeber abschließen. Es geht daraus hervor, wie notwendig es ist, daß die Krankenkassen in der Reichsversicherungsordnung vor den Bedrückungen des Leipziger Verbandes, aber auch vor dem Eingreifen einzelner Aufsichtsbehörden geschützt werden."

Die von den Betriebskrankenkassen geübte Kritik stimmt durchaus mit unseren Anschauungen überein. Nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts ist der Vertrag aus den oben angeführten Gründen und deshalb nichtig, weil das Verlangen, ihn bei Vermeidung des Streiks abzuschließen, einen glatten Erpressungsversuch darstellt. Dem Hallenser Magistrat muß doch die Tatsache gegen Arbeiter bei harmlosen Vorgängen geübte Strafpraxis des Reichsgerichts bekannt sein.

Wird die Aufsichtsbehörde gegen den aus zivil- und strafrechtlichen Gründen unzulässigen Vertrag einschreiten und gegen den Magistrat das Erforderliche in die Wege leiten?

Stamm	Personen zahl	Ein- nahme	Wahl- weise	Wetter	Personen zahl	Ein- nahme	Wahl- weise	Wetter
Zwennende	761 925	3 bedekt	2	Daparnnda	747 63	2 bedekt	—	3
Domburg	765 95	3 halb bd.	3	Bellerburg	760 5	1 bedekt	0	0
Berlin	763 925	3 bedekt	2	Schloß	779 925	2 bedekt	6	6
Frankfurt	769 925	3 bedekt	4	Abereem	760 5	4 wolken	3	3
Franken	768 925	4 Regent	1	Über	775 925	3 wolken	2	2
Wien	768 925	Rebel	—					

Wetterprognose für Mittwoch, den 11. Januar 1911.

Etwas kälter, zeitweise heiter, jedoch unbeständig mit leichten Schneefällen und ziemlich starken nordwestlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Die Moabiter Vorgänge vor Gericht.

Dreihundertzweiter Tag.

Nach Eröffnung der Sitzung erteilt der Vorsitzende dem Ersten Staatsanwalt Steinbrecht

das Wort, der unter anderem ausführt: Die Verteidigung hat 3 1/2 Tage Gelassenheit gehabt, die Rechte der Angeklagten in ihren Reden zu vertreten. Davon entfallen drei Tage auf die Behandlung des sogenannten allgemeinen Teils der Anklage. Der Polizeipräsident hat diese Erörterungen nicht zu scheuen gehabt und hat sie nicht gescheut. Die Staatsanwaltschaft hat in allen Fällen, wo eine Aufklärung nötig schien, dem Polizeipräsidenten Mitteilung gemacht, der hat die dafür in Frage kommenden Zeugen ermittelt und sie sind hier vernommen worden. Doch nur zum Teil. Die Verteidigung ist zu dem Resultat gekommen, daß es sich nicht nur um einzelne Verfehlungen von Polizeibeamten handelt, sondern daß die Polizei an Haupt und Gliedern verurteilt werden muß, und daß die Verfehlungen bogangen seien aus Lust an der Roberei, aus Lust am Prügel. Es ist weiter behauptet worden, die Staatsanwaltschaft, besonders ich, hätte mit einer Handbewegung, mit einem „sic volo, sic jubeo“ (So will ich's, so befehle ich's) die Zeugen, welche gegen die Polizei auszusagen, beiseite geschoben und insgesamt für unglaubwürdig erklärt. Diese Behauptung muß ich zurückweisen. Ich habe nicht behauptet, die Zeugen sind unglaubwürdig, sondern ich sagte, ihre Aussagen genügen mir nicht, um daraufhin ein allgemeines Verdammungsurteil gegen die Polizei abzugeben. Ich habe ausdrücklich anerkannt, daß Fälle bedauerlicher Mißhandlungen vorliegen. Ich habe sie aber zurückgeführt auf die Erbitterung der Schulleute, welche ihre Ursache darin hatte, daß die Beamten schon vor den allgemeinen Unruhen beschimpft und einzelne auch verfehrt worden sind, und daß die Schulleute deshalb annehmen konnten, sie seien der Menge gegenüber in Lebensgefahr und hätten selbst von den Leuten, die sich umwandten, Angriffe zu befürchten. Ich bedaure die Leute, welche die Opfer von Verfehlungen der Polizeibeamten geworden sind, aber ich kann nicht anerkennen, daß die Beamten aus Lust an Roberei gehandelt haben.

Es ist behauptet worden, die Zeugen der Staatsanwaltschaft hätten nur negative Angaben gemacht. Demgegenüber muß ich betonen, daß unsere Zeugen doch recht positive Befundungen gemacht haben. Sie wohnen in Moabit, kennen die Bevölkerung und haben gesehen, daß die Beamten oft vom Publikum gereizt worden sind. Der Redner geht auf

Einzelheiten der Verhandlung

ein und sucht nachzuweisen, daß manche Angaben, welche die Polizei befasen, deshalb nicht zuverlässig seien, weil die Zeugen immer nur gesehen haben, daß Personen geschlagen wurden, aber nicht, was sie vorher getan hatten. Die Mißhandlung eines Krüppels, der unter den Wagen gestrohen war, sei in der Presse ausgeschlachtet worden. Nun habe sich aber später herausgestellt, daß der Krüppel für diesen Fall gar nicht in Frage kommt. Also ein Krüppel ist nicht gestochen worden. — Die Verteidigung hat es sich sehr bequem gemacht. Sie hat alles, was auf Seiten der Polizei vorgekommen ist, in Rauch und Wogen verurteilt. Sie hat behauptet, daß auch die Polizeioffiziere sich an den Robereien beteiligt haben. Ich bin der erste, der so etwas verurteilt. Ich will zugeben, daß solche Robereien vorgekommen sind. Es wäre besser gewesen, wenn die Schimpfwörter unterblieben wären. Wenn sie auch Frauen gegenüber gebraucht worden sind, so ist das umso mehr zu bedauern. Aber sollten denn die Schulleute, die geschimpft haben, nicht vorher ge-eizt worden sein? Uebrigens sind doch die Schimpfwörter, die den Schulleuten gegenüber gebraucht worden sind, auch recht saftig und zahlreich. Die Schulleute sind beschimpft worden mit den Ausdrücken: „Pfui, solche Gemeinheit“, dann mit dem immer wiederkehrenden Worte: „Blutkunde“, ferner „haut die Hunde“, „haut das Ras“, „haut die Blauen“, „Hollente“, „haut ihn in die Presse“, „Pfui Deibel, Ochse“ usw. Es ist also auf beiden Seiten gesündigt. Man darf deshalb kein allzuschwäres Urteil über die allgemeinen Verhältnisse fällen.

Die Zeugen der Staatsanwaltschaft sind von der Verteidigung so scharf angefaßt worden, daß sich viele scheuen werden, überhaupt als Zeugen vor Gericht aufzutreten. Es ist bemängelt worden, daß wir Hitze und keine Knüttelgarde nicht geladen haben. Die Staatsanwaltschaft hatte dazu keine Veranlassung. Wenn die Verteidigung Interesse an diesen Zeugen hätte, dann hätte sie ja die Ladung beantragen können. Unrichtig ist die Behauptung,

Hitze

habe sich der Militärpflicht entzogen. Er ist jetzt Soldat

und wegen Fahnenflucht nicht bestraft. Es ist die Glaubwürdigkeit der Beamten angegriffen worden. Besonders hat ja der Polizeileutnant Folte den Hohn der Verteidigung erregt. Ich halte die gegen ihn sowie gegen die Polizeioffiziere Göde, v. Deeringen und den Schuhmann erhobenen Vorwürfe für unbegründet. Ich bedaure auch, daß der Zeuge Krieger als Jüngling ohne Mitleid bezeichnet worden ist.

Ich stimme dem Rechtsanwalt Heine darin zu, daß die Arbeiter von Moabit ruhige Leute sind. Eben darum glaube ich, daß sie durch jahrelange Verhexion zu Ausschreitungen gekommen sind. Natürlich war auch Janhagel dabei, aber doch nur zum kleineren Teil. Ich stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß nicht die Beamten, sondern die Bevölkerung den Anlaß zu den Ausschreitungen gegeben hat. Dabei bildete die Arbeiterbevölkerung die Kerntuppe, der Janhagel nur den Anhang.

Es ist gesagt worden, ein Streik mit 150 Beteiligten sei für den Transportarbeiterverband ein unbedeutendes Ereignis. Das trifft doch nicht zu. Der Transportarbeiterverband hat sich mit einem Aufruf zur Unterstützung des Streiks an alle organisierten Arbeiter gewandt. Da in Moabit Zehntausende von Metallarbeitern sind, welche sich mit den Streikenden solidarisch fühlten, so mußte der Transportarbeiterverband Vorkehrungen treffen, daß keine Ausschreitungen vorkommen. Ich muß der Streikleitung den Vorwurf machen, daß sie es bei der Auswahl der Streikposten an der nötigen Sorgfalt hat fehlen lassen. Hat sie doch den Angeklagten Liedemann, der wegen Landfriedensbruchs verurteilt ist, als Streikposten bestellt. — Der Staatsanwalt geht auf die Einzelfälle ein und erklärt, die von ihm beantragten Strafmaße seien begründet. Wenn die Angeklagten noch jetzt ihre Verfehlungen zugeben würden, dann sei er der erste, der ein geringeres Strafmaß beantragen würde.

Staatsanwalt Stelzner

bezieht sich auf die Ausführungen Heines über die Maßnahmen der Polizei. Diese Maßnahmen — sagt der Staatsanwalt — seien durchaus zweckmäßig gewesen. Wer weiß, wie es in Moabit geworden wäre, wenn Rechtsanwalt Heine an der Spitze der Polizei gestanden hätte. Der Staatsanwalt weist die Annahme zurück, daß Kriminalbeamte als Lockspiegel tätig gewesen sind. Diese Annahme möge darauf zurückzuführen sein, daß in der Bevölkerung große Befürchtungen gegenüber den Kriminalbeamten herrschen. So sei es zu erklären, daß die Zeugen, welche Personen sahen, die sich in auffälligerweise an die Wand stellten, glaubten, das seien Kriminalbeamte. In dem von Oltsh belundeten Falle hätte die Staatsanwaltschaft nachweisen können, daß die von Oltsh beobachteten Personen unmöglich Kriminalbeamte gewesen sein können. Damit die an die Aussage des Zeugen Oltsh ge-knüpften Schlussfolgerungen als unrichtig erwiesen werden, ist ein

Strafverfahren gegen den Redakteur des „Vorwärts“ eingeleitet, der den Verdacht ausgesprochen hat, es seien Kriminalbeamte als Lockspiegel tätig gewesen. Es wird sich, wie ich schon jetzt sagen kann, herausstellen, daß von Spitzelwirtschaft in Moabit keine Rede sein kann. (Warten wird ab. D. Red.) Soweit Mißhandlungen durch Beamte vorgekommen sind, wird die Staatsanwaltschaft natürlich ihre Pflicht tun und wird sich aber nicht alles aufklären lassen, da in vielen Fällen die Täter nicht festgestellt werden können. Für den Fall Hermann sind in dieser Verhandlung neue Momente vorgebracht worden. Die Staatsanwaltschaft wird auch über diesen Fall weitere Ermittlungen anstellen. — Der Staatsanwalt geht auf die Einzelfälle der Anklage ein und schließt die Erörterung des Falles Pilz mit den Worten: Rechtsanwalt Lieb-knecht fragte, ob ich mit demselben Gefühl der Reinlichkeit, wie er dem Angeklagten Pilz die Hand drücke, dem Zeugen Welschmidt die Hand drücken möge. Dazu bemerke ich, daß ich vor einem Manne, der ehrlicher Arbeit nachgeht, mehr Achtung habe, als vor einem Manne, der Gewalttätigkeiten begeht.

Rechtsanwalt Heine:

Ich kann nicht anders, als mit einem gewissen bitteren Gefühl replizieren. Alles, was von unserer Seite vorgebracht worden ist, ist bei der Staatsanwaltschaft auf einen völlig unfruchtbaren Boden gefallen. Das ist um so mehr zu bedauern, als die Staats-anwaltschaft eine Behörde ist, die nach dem Geseh und wohl nach ihrer eigenen Meinung über den Parteien stehen und alles er-forschen soll, was zur Feststellung der Wahrheit gehört. Die ein-gehende Beschäftigung mit den allgemeinen Verhältnissen war not-wendig. Denn die Anklagefälle sind ja durchweg sehr unbedeutend. Nur die Störung des öffentlichen Friedens, die in Moabit statt-gefunden hat, wird als Rechtfertigung für die außergewöhnliche Behandlung angeführt. Sollte ich unter diesen Umständen nicht den Beweis führen, daß die Schuld an dieser ungeheuren Zu-spaltung und Ausdehnung der Unruhen nicht auf Seiten der An-geklagten, sondern bei der Polizei liegt? Der Erste Staatsanwalt sagte, der Polizeipräsident habe die Aufklärung nicht zu scheuen ge-habt. Ja, warum hat denn der Polizeipräsident die Genehmigung zur Aussage der Beamten im weitesten Umfang verweigert? Das ist Scheu vor Aufklärung. Ich protestiere mit aller Entschiedenheit gegen den Vorwurf, daß wir in der Ausübung unseres Proze-ssrechts zu weit gegangen wären. Wir sind in dieser Hinsicht sogar sehr zurückhaltend gewesen. Der Herr Erste Staatsanwalt be-dauert meine Äußerung über den Supernumerar Krieger. Ich muß sagen: wenn jemand sich so hinstellt, wie dieser junge Mann, dann hat man wohl ein Recht darauf, hinzuweisen, daß er noch sehr jung ist, und daß gerade in seinem Alter solche mitleidlosen Äußerungen besonders abstoßend sind. Wenn dieser Zeuge, wie der Erste Staatsanwalt sagt, einen anonymen Brief bekommen hat, so will ich darauf hinweisen, daß wohl alle Prozeßbeteiligten anonyme Briefe bekommen haben. Auch wir Verteidiger haben eine ganze Anzahl anonymer Drohbrieve bekommen. Aber noch ein anderes, ich bekomme Briefe von allen Seiten, worin mich Leute bitten, sie nicht wieder als Zeuge in dieser Sache zu laden. Das kommt von dem Terrorismus, wie er von anderer Seite geübt wird, dem Terrorismus, unter dem die Zeugen leiden, welche gegen die Polizei ausgesagt haben. Der Zeuge Trevor hat uns ja gesagt, daß er von konservativen Leuten gesellschaftlich geächtet wird, weil er wahrheitsgemäß über polizeiliche Mißhandlungen ausgesagt hat. Wir haben auf Duzende von Zeugen verzichtet, weil sie uns sagten, sie würden geradezu vernichtet werden, wenn sie ihre Wahr-nehmungen über Mißhandlungen durch Polizeibeamte vor Gericht bekunden. Ein Schankwitz hat mir erst kürzlich mitgeteilt, daß er seit dem Tage, wo er hier seine Aussage machte,

von der Polizei in auffallender Weise behandelt

wird. Die Polizei hat einen Posten vor seine Tür gestellt, der aufzuspähen hat, ob der Wirt pünktlich schließt. Dieser Wirt hat die Genehmigung zu einem Fest nachgesucht. Darauf hat ihm die Polizei geantwortet: „Bei Ihnen gibt es das nicht mehr, Sie kommen und nicht mehr!“ Ich werde übrigens wegen dieser An-gellegenheit eine Strafanzeige erstatten. Die Brutalitäten, welche der Zeuge Kunze bekundet hat, sind bereits Gegenstand einer Strafanzeige. Doch ist in diesem Falle bis jetzt noch nichts ge-schehen. Die Bemängelung der Aussagen unserer Zeugen beweist, daß die Vertreter der Anklage den Verhandlungen nicht mit der nötigen Aufmerksamkeit gefolgt sind. Der Verteidiger beweist das durch Erörterung mehrerer Einzelfälle. Insbesondere geht er auf die Aussage des Polizeileutnants Folte ein. Dieser Zeuge — sagt der Redner — hat im Falle Preuß Angaben gemacht, die — sagen wir — nicht zuverlässig sind und mit großer Fahrlässigkeit abge-gelassen wurden. Auch in dem von Frau Pflaumbaum bekundeten Falle sagte Herr Folte nicht etwa, er glaube, daß der Mann, den er festnahm, vor dem Lokal gerufen habe, sondern er sagte mit voller Bestimmtheit, er habe den Mann festgenommen, weil er unmittelbar vorher gerufen habe. Das war aber, wie sich heraus-gestellt hat, ganz unmöglich. Wenn ein gebildeter Mann, der als Beamter zu besonderer Sorgfalt in seinen Redungen verpflichtet ist, so unvorsichtig mit seiner Aussage ist, dann macht das einen sehr schlechten Eindruck. Wie ist es denn im Falle Kanserat? Hier handelt es sich um Vorgänge in einem geschlossenen Raum, die so markant sind, daß sie von keinem Augenzeugen übersehen werden können. Jeder der im Lokal war, ist geschlagen worden. Ein Schuhmann, der unmittelbar neben dem Leutnant stand, hat geschlagen. Trotzdem sagt der Leutnant Folte, er habe nichts ge-sehen. Das ist mir vollkommen unbegreiflich. Auch Polizeileutnant Oek war bei demselben Vorfall zugegen und sagte auch, er habe nichts gesehen. Von dem, was ich in dieser Hinsicht gesagt habe, ist nichts wegzumischen. Wer solchen Dingen beigezogen hat, der kann sich nicht mit einem „Ich weiß nicht“, oder „Ich habe nichts gesehen“, ausreden. Säbelhiebe in solcher Masse, die mit hoch-geschwungener Waffe ausgeteilt wurden, kann man doch nicht über-sehen. Um so weniger, da sich diese Dinge auf einem engen Raum abspielten. Das darf man auch nicht übersehen, wenn man der Kommandierende ist. Der Erste Staatsanwalt wies darauf hin, daß der Gemisshandelte unter dem Wagen gar kein Krüppel war. Ich betone nochmals, daß ja keiner der Zeugen behauptet hat, es sei der Krüppel gewesen, sondern, daß das nur eine Annahme war, die durch eine ungenaue Äußerung des Krüppels zu einer Zeugnis-entstehung ist. Doch darauf kommt es gar nicht an. Die Haupt-sache ist, daß sich der Fall so zugestanden hat, wie ihn die Zeugen dargestellt haben. Was die Augenzeugen dieses Falles so sehr er-regte, das ist nicht die Mißhandlung an sich, sondern der Umstand, daß es ein Leutnant war, der nach dem Mann unter dem Wagen schlug. Dieser Fall ist kein Beweis für die Unzuverlässigkeit, sondern gerade für die Zuverlässigkeit unserer Zeugen. Der Erste Staats-anwalt sagte, die Verteidigung habe sich bei der Vernehmung ihrer Zeugen als Anklagebehörde, als untersuchendes und erkennendes Gericht in einer Person gezeigt. Ich nehme es für mich und für meine Mitverteidiger als eine hohe Ehre an, daß wir es nicht unter-lassen haben, Personen in amtlicher Stellung anzusprechen, die schwere Verfehlungen, ja zum Teil Verbrechen, verübt haben. Wir sollen die Angegriffenen nicht gehört haben. Ja, sind sie denn nicht alle hier vernommen worden? Im allgemeinen wird der Ange-klagte nicht eiblich vernommen. Aber hier marschierten Schül-ler in großer Zahl auf, denen schwere Verfehlungen nachgesagt worden waren, und sie alle beschworen, sie hätten das, was gegen sie bekundet worden ist, nicht getan. Das ist nicht der Weg, um die Wahrheit festzustellen. Der Herr Staatsanwalt verweist auf einen Prozeß, wo nachgewiesen werden soll, daß sich Kriminalbeamte nicht als Lockspiegel beteiligt haben. Der Staatsanwalt sagte, alle Zeugen, die solche Befundungen machten, seien von Vorurteilen der Berliner Bevölkerung gegen die Berliner Kriminalpolizei in-fiziert. Soll das auch für den Zeugen Pritschau gelten, der gar kein Berliner ist, sondern in Düsseldorf wohnt und uns gesagt hat,

daß er mit Sympathie für die Polizei ausging, um Beobachtungen zu machen, daß seine Ansicht über die Polizei nachher aber eine andere geworden ist? Ich erinnere auch an die Aussagen der Zeugen Oltsh und Probst, die auch keine Gegner der Polizei sind und der Sozialdemokratie fern stehen. Man kann doch nicht be-haupten, daß das alles falsche Kriminalbeamte gewesen sein sollen, die diese Zeugen gefasst haben. Der Erste Staatsanwalt sagte, es seien vielfach Mißhandlungen vorgekommen, die besser unter-blieben wären. Gott sei dank, daß die Staatsanwaltschaft jetzt zu dieser Ansicht gekommen ist. Anfangs wurde behauptet, alle Angaben über Ausschreitungen der Polizei seien nicht wahr. Der Staatsanwalt erklärt die Mißhandlungen mit der Erregung der Schulleute über vorhergegangene Angriffe, besonders mit der Ver-lebung des Schuhmanns Köppen durch den Angeklagten Bod. Die Niedermechelung Bod's mag noch leidlich entschuldigbar sein, aber gefehlich zulässig ist sie nicht, denn der Mann ist ja noch mit dem Säbel geschlagen worden, als er bereits wehrlos am Boden lag. Wie will man aber die Hunderte von Ausschreitungen entschul-digen, die noch an den folgenden Tagen geschehen sind? Beamte müssen unter allen Umständen ruhig bleiben. Das wäre eine schöne Behörde, welche glaubt, nachdem zwei ihrer Beamten miß-handelt worden sind, könne sie sich gegen Hunderte, ja gegen Tausende so betragen, wie es die Polizei in Moabit getan hat. Das ist die merkwürdige Heberhebung, die auch an leitender Stelle bei der Polizei besteht, daß die Beamten sich einbilden: wir haben den Säbel in der Hand und können ihn gebrauchen, um uns zu-rächen, wenn wir beleidigt werden. Das sind unter allen Um-ständen grobe Ausschreitungen, wenn nicht schlimmeres, nämlich daß die Bevölkerung provoziert werden sollte. Das nehme ich für die ersten Tage nicht an. Aber für die letzten Tage läßt sich diese Annahme nicht von der Hand weisen. Von hundert Zeugen, deren Aussagen ich zusammenge stellt habe, sind

218 Fälle von Mißhandlungen und Brutalitäten der Polizei

bekundet worden. Dabei habe ich den Fall Langerat, wo zehn bis fünfzehn Leute gleichzeitig mißhandelt wurden, nur als einen Fall ge-führt. Ebenso die anderen Fälle, wo Lokale mit Waffengewalt geräumt wurden. Unter diesen 100 Zeugen sind 86, welche die von ihnen beobachteten Mißhandlungen nur als Beispiele an-führen, die ihnen im Gedächtnis geblieben sind. Außerdem sagten diese Zeugen, sind noch massenhaft derartige Fälle vorgekommen. Es sind demnach

Hunderte, ja vielleicht Tausende von Mißhandlungen

geschehen, von denen wir gar nichts erfahren haben. Der Herr Staatsanwalt sagte, es sei auch von der Bevölkerung auf die Be-amten geschimpft worden. Will der Herr Staatsanwalt nicht zu-gestehen, daß vergleichsweise entschuldigbar ist, wenn dumme Jungen und aufgeregte Weiber schimpfen? Wenn aber Beamte in Aus-übung ihres Amtes Männer und Frauen, die sich nicht dagegen wehren können, mit solchen Schimpfwörtern überfallen, so ist das doch anders zu beurteilen. Das ist ein Zeichen von absoluter mangelhafter Disziplin. Die Beamten haben beim Militär Ge-legenheit gehabt, Selbstdisziplin zu lernen. Es scheint aber, sie haben vom Militär die Neigung zu rohen und widernatürlichen Ausdrücken mitgebracht. Auf dem Kaiserhof mag so etwas vielleicht hin-gehen, aber der Zivilbevölkerung gegenüber ist jedes derartige Wort schämmer wie eine Ohrfeige. Es gehört eine maßlose Roberei dazu, wenn Beamte das Publikum in solcher Weise beschimpfen. Schlimmer ist aber noch, daß sich auch Offiziere an den rohen Schimpferien beteiligt haben. Der Verteidiger bespricht hierauf die taktischen Maßnahmen der Polizei. Er tritt den Ausführungen, welche Staatsanwalt Stelzner zu diesem Punkte machte, entgegen und schließt mit der Bemerkung, die Staatsanwaltschaft habe ihn in feiner Hinsicht widerlegt.

Rechtsanwalt Theodor Liebkecht

geht auf die Ausführungen ein, welche der Staatsanwalt über das Verhalten des Transportarbeiterverbandes machte. Der Verteidiger weist an der Hand der Zeugenaussagen darauf hin, daß der Verband alles getan hat, um den Streik ruhig und friedlich zu führen.

Die Vorstrafe des Angeklagten Liedemann sei der Streikleitung nicht bekannt gewesen. Die mehrfach erwähnte Angabe des Zeugen von Reichenstein über einen solchen Kriminalbeamten sei nicht dahin gegangen, daß der vermeintliche Kriminalbeamte irgendeine beliebige Person, sondern nach Annahme des Herrn von Reichenstein ein Polizeibeamter war, der sich nicht zu erkennen geben wollte. Weiter sagt der Verteidiger: der Staatsanwalt sprach von dunkeln Einflüssen, unter denen verschiedene Zeugen gestanden hätten. Ich kann auch etwas von solchen dunkeln Einflüssen sagen, die aber von anderer Seite ausgehen, als die, welche der Herr Staatsanwalt meint.

Bemerkungen des Verteidigers

Immer, wenn ich im Interesse meines Klienten zu Frau Pilz ging, war ein Herr hinter mir, der alle meine Schritte beobachtete. Auch vor meinem Bureau hatte er sich aufgestellt. So sucht man die Leute auszukundschaften, mit denen ich mich im Interesse des Angeklagten in Verbindung setzen muß. Das ist die Art, wie Zeugen beeinflusst werden. Davor haben unsere Zeugen Furcht, daß sie von der Kriminalpolizei hineingelegt werden, wenn sie eine der Polizei nicht genehme Aussage machen.

Vorstand: Ich muß es zurückweisen, daß die Kriminal-polizei jemanden, der hier eine Aussage macht, hineinzulegen sucht.

Rechtsanwalt Liebkecht geht nunmehr ausführlich auf den Fall Pilz ein und kommt zu dem Schluss, daß diesem Angeklagten gar nichts nachgewiesen sei und deshalb Freisprechung erfolgen müsse.

Der Vorsitzende erteilt nunmehr den

Angeklagten das letzte Wort.

Sie machen meistens nur ganz kurze Bemerkungen im Sinne der von ihrem Verteidiger gestellten Anträge.

Rechtsanwalt Heine legt noch zum Falle Pilz in längeren Ausführungen dar: er stehe vollkommen auf dem Standpunkt des Kollegen Liebkecht, besonders auch in der Hinsicht, daß er den Zeugen Welschmidt für durchaus unglaubwürdig halte. Aber eine Seite dieser Sache, die noch nicht erwähnt ist, erklärt er, möchte ich erörtern. Selbst wenn alles wahr wäre, was Welschmidt gesagt hat, dann bleibt nichts weiter übrig, als daß Pilz durch Armbewegung zu erkennen gab, Welschmidt solle nicht hinter den Ladentisch kommen. Selbst wenn also Welschmidt von anderen geschlagen sein sollte, so hat sich der Angeklagte Pilz, auch nach den Befundungen Welschmidts, in keiner Weise daran beteiligt. Er muß also freigesprochen werden. Nimmt man aber selbst an, daß sich Pilz an einer Schlägerei beteiligt habe, dann handelt es sich doch nur um einen Fall, der unter gewöhnlichen Umständen an einem bisher unbestraften Mann mit einer Geldstrafe von 30 M. geahndet zu werden pflegt. Hier aber hat der Staatsanwalt ein Jahr und vier Monate Gefängnis beantragt, wenn dieser Fall mit den Moabiter Vorgängen in Zusammenhang gebracht wird, obgleich er sich zu einer Zeit abspielte, wo seit mehreren Tagen Ruhe in Moabit herrschte. Wenn gegen Pilz wider Erwarten eine Strafe verhängt werden sollte, dann dürfte sie in keinem Falle höher sein, als daß sie durch die Untersuchungshaft, in welcher Pilz schon seit drei Monaten sitzt, für verbüßt er-achtet wird.

Rechtsanwalt Liebkecht bemerkt, er sage kein Wort über das Strafmaß, denn nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme müsse Pilz unbedingt freigesprochen werden.

Damit schließt die Sitzung. In der nächsten Sitzung, die heute nachmittag um 2 Uhr beginnt, müssen noch einige Angeklagte, die in dieser Sitzung nicht zugegen waren, das letzte Wort er-halten. Dann erfolgt, falls sonst nichts dazwischen kommt, die Beratung und Verkündung des Urteils.

Norrenmoden (Fortsetzung) S. Posner Brunnenstr. 173 Nordpark-Markn...

Heinr. Ferrester Reinkendorferstr. 8 Rosner, Max Schneidm...

77 Kottb. serdamm 77 August Schega Berth. Schw...

Joseph Warschawski Prfnzenstr. 17 Sakaltzerstr. 152 u. 127.

Hüte, Mützen u. Pelz. Antoni, Schönhauser Allee 116. Apelt, E., El., Hermannstr. 151.

Bazar Norden Braun-Straße 45 Belle, Rud., Chausseestr. 66.

Rosenthalerstr. 72 Casper, Ed., Rixd., Bergstr. 130. Cohn, Simon, Goltzstr. 32.

M. Grund Brunnenstr. 177 Hansen, H., Ostern, Koppenstr. 18.

Hut-Centrale Rixd., Berliner Str. 11. Jacob, Oskar, Schönhauser Allee 104.

Kebr-Hüte Friedr. Rich. 23 (Königsstr.) J. Kock, Kastanien Allee 60.

Alfr. Krug, Hutfabr. J. Oesch Brunnenstr. 54. IL u. Schönhauser Allee 114.

Mandel's Hutfabrik Prfk. Chasse. Pratal, A., Frank-Allee 149.

Peters, A. Nur A. Warschauer Str. 19 Prager, Hutfabr., Freund-Allee 37.

Rieck, Em. Badstr. 34. Ring, A., Rosenthaler-Str. 25.

Vester, E. Kottbuser Damm 18/19. Welter, H., Großwälderstr. 23.

Zur Flora Rixdorf, Bergstr. 27. Kaffee-Spezialgesch.

A. Kobbelt Invalidenstr. 10 Oskar Rösche Schönhauser Allee 70d.

Kaffee-Surrogate Malmö-str. 20. Kaffee-Verband n. all. Städten.

Kartoffeln, Gemüse R. Grewlich, Groß-Handlung, Brunnenstr. 118, III. 7772.

Kaufhäuser Z. Alexander & Co., Badstr. 55. Geachw. Blank, Bahngasse-Chaus. 17.

Adolf Nirsch, Ober-Schöneweide. Holz & Ascher O., Frankfurter Allee 68.

Adolph Lewinski Badstr. 16. Nitr. Nirschnel Grünwaldstr. 18.

Kaufh. Herm. Levy Brunnenstr. 40, Ecke Straß. Str. Gustav Levy, Spandau, Letz, Fr., Baumschulenweg.

Kaufhaus Gebr. Preuß Berl. NW, Bismarck-Str. 11.

Kautschukfabriken Eduard Kohn, Ob.-Schöneweide. Kenner haben nur Kautschuk von H. Carl Hagenbruch.

Kinematop.-Theater Gremadecki, F. Warschauerstr. 63.

Kohlen, Koks, Brikketta Red. Beier & Co., S. & M. Müllerstr. 15.

Perd. Gränig Jungstr. 11. Teleph. VII 7924. Aug. Grimberger Hostenstr. 40. Tel. III. 4364.

Guse & Co. Rixdorf Reuterplatz 3. M. F. Leyke Hauptkorn nur Kal. Nordbahn.

J. Ferdinand Leyke sen. Ram-Löhbell, L. Wedding. Das Beste für Offen u. Heerd.

Georg Knöpfel & Sohn Ljnarstr. Brunnenstr. 14. J. Mannhelm Filialen im Osten.

Gebr. A. & J. Podzuweit, Giehmstr. 62. Puthuserstr. 1. Swinemündenerstr. 121. Seelowerstr. 19. Schliemannstr. 27.

L. Sager & Co. Blumenstr. 52a, Gr. Frick. Str. 94. Helmr. Schupke Filialen in Mosbit u. Charlottenburg.

Herrn. Schurke & Co. G.m.b.H. Rixd., 330 Siemens, A. R., Ketschki. Wedding. Kolonialwaren

Otto Albrecht, Lychenerstr. 11. Heitarich Arndt, Fennstr. 43. E. Altknecht, N. Fehmarnstr. 7.

Theodor Anthoner, Solmanstr. 22. Gustav Bahk, Müllerstr. 163. Babel & Hauke, Wilschauerstr. 25.

Paul Bandow, Bismarckstr. 41. T. Ed. Bahrfuß, Wiesenstr. 28. Otto Ball, Winer Str. 8.

Barz, Willi, NO, Weberstr. 9. Gustav Behrens, Hauptstr. 130.

Berg, H. C. C. 33. Bickelmeier, Carl, 4 Gensch. im Nord. Val. Boenke, Muskauerstr. 26.

Pranz Bonk, R. Schillerprom. 7. Berchardt, O., Mühlenerstr. 44.

Brandt, Paul, Glogauer Str. 23. Braun & Ziegner, Usedomstr. 37a.

Budach, Franz, O., Goltzstr. 23. Georg Buraw, Stromstraße 30.

Busse, Otto, Memelerstr. 7. Clausen, Abraham, Winastr. 30.

J. R. Damm, Ketzlerstr. 19. August Dankert Carl Dähnke, H. Weyerstr. 33.

Max Ehrlich, Cöpenick. R. Ehrig, Liebenwalderstr. 47.

Gustav Eigendorfer, O. Müggelstr. 23. Joh. Eichler, Voltastr. 8.

Hermann Elias, Stephanstr. 29. Arthur Eke, Amsterdamerstr. 10.

Walter Fabro, Cöpenickstr. 10. A. Flebach Nachf., S. Schwabenstr. 254.

A. Fiedler, Eupack. Niggelstr. 41. C. E. Fink, N. Pankstr. 7.

Rudolf Fink, Turmstr. 6. Ring, A., Rosenthaler-Str. 25.

Schoer, Herm., Wilmersd. 84. L. Schoop, Skalitzer Str. 127.

Vester, E. Kottbuser Damm 18/19. Welter, H., Großwälderstr. 23.

Zur Flora Rixdorf, Bergstr. 27. Kaffee-Spezialgesch.

A. Kobbelt Invalidenstr. 10 Oskar Rösche Schönhauser Allee 70d.

Kaffee-Surrogate Malmö-str. 20. Kaffee-Verband n. all. Städten.

Kartoffeln, Gemüse R. Grewlich, Groß-Handlung, Brunnenstr. 118, III. 7772.

Kaufhäuser Z. Alexander & Co., Badstr. 55. Geachw. Blank, Bahngasse-Chaus. 17.

Adolf Nirsch, Ober-Schöneweide. Holz & Ascher O., Frankfurter Allee 68.

Adolph Lewinski Badstr. 16. Nitr. Nirschnel Grünwaldstr. 18.

Kaufh. Herm. Levy Brunnenstr. 40, Ecke Straß. Str. Gustav Levy, Spandau, Letz, Fr., Baumschulenweg.

Lutze, Herm. Kolonnenstr. 34. S. Schwedenstr. 1a. Matzochke, A., Crosseuerstr. 57.

Simon-Dachstr. 4, Boxhag.-Str. 17. Paul E. Maass, Ruppiner Str. 34.

Marnholz, W. Graetzerstr. 19. 20. Martin, Erich, Rixd., Allerstr. 30.

Wilhelm Marx, Tegeler Str. 85. Karl Meier, Thierstr. 13.

Karl Mercier, Huttenstr. 3. Meyer, Gust., Insterburger Str. 2.

Michaelis, Paul Nord-Berlin. Mielke, Max, Huttenstr. 33.

Mewes, Adolf, Warschauerstr. 55. Hugo Meißner, Glogauer Str. 33.

Mortz, Alfr., El., Weyerstr. 281. Max Moyalch, Wilhelmshav. 94.

Paul Mulack, Mariannenstr. 8. Müller, C. Kottbuser Damm 21.

Münchow, Rob. Schwedener-Str. 12. Alfr. Müller, Petersburger Str. 19.

Murmigk, G. Boxh.-Rummelstg. 12. Albert Nass, Wilmersd. 84.

Nauch, Will., R., Weyerstr. 16. Alb. Nebm, 5 Geschäfte im Nord.

R. Nerlich, Butter u. Käse. W. Niese, Schlegelstr. 54, Ecke Allee 23.

Wilh. Obly, Wilhelmshav. Str. 58. Otto Odebrecht, Eke-Soldiner Str.

Fritz Pfeiffer, Fackelstr. 6. Paul Pistor, Berlin Str. 112.

A. Plazek, Oderberger Str. 33. Julius Plotke, Reinkendorferstr. 13.

Neue Hoehstr. 21, Eng. Ballestr. 0. Pöhlke, Kottb. Str. 22.

Fritz Polk, Grotzstr. 30. Fr. E. Boxhag.-Chaussee 22.

Prochrow, F. Pankow, Wollankstr. 23. R. Fuhlmann, Woldenbergstr. 32.

Carl Quast, Prinsen-Allee 15. Herm. Radke, Cöpenick. A. Ramhold, Prinsen-Allee 18.

Landbergerstr. 93. J. F. Rauch Nfg. Elmstr. 18.

R. Rauscher, 4. E. Rettig, Straßend. 65, Husstr. 14.

F. O. Richter, Helmstr. 6. Max Richter, Löwenstr. 2.

Otto Rieckheim, Dresdner Str. 79. Willy Rieckheim, Steinmetzstr. 18.

Willy Rieckheim, T. VI, 1857. Carl Rohrs, Langhansstr. 58 u. 148.

Willy Rohne, Kreuzbergstr. 30. Fritz Rose, Goltzstr. 38.

Franz Rosenow, Yorkstr. 32. Max Rudek, Ueckerstr. 12.

Röhl, Paul, Dolzigerstr. 10. Runge, Otto, R., Hermannstr. 50.

Ruschke, Otto, Forsterstr. 4. A. Sägebarth, Fährstraße 8.

S. Schäfer, N. Neue Hoehstr. 21. Scheffler, Carl, Badstr. 16.

Schneider-Akademie Rudolf Maurer Friedrichstr. 63a, Ecke Mohrenstr.

Dir. Körsners Buchhandlung: Buchhalterbuch, Stenographie, Schreibmaschine, 125 Maschinen, Rosenthalerstr. 65 u. Seydelstr. 1.

Strahlendorffs Handels-Akademie, Bouthstr. 10 u. 11, I., III. Etage. Geheimes Institut Berlin, Ausführl. Lehrpläne unsonst.

Technikum, Bauschiale Inh. A. Werner, Prosp. feil. Berlin, Neanderstraße 9.

Licht-Hellanstalt Charlottenburg, Gauerstr. 1, am Kanal. Täglich 8-9 Uhr. Maxava Thare Brand. Bilder jeder Art.

Linoleum u. Wachs. Rausch, Rich. Linoleum-Fabrik, Niederlage Warschauerstr. 6.

Manufakturwaren Belwe Nachf., Otto, Turmstr. 60. Modbau.

Konsum-Gründer Nachf., M., Petersb.-Str. 29. Modwaren. Hoffmann, M. Ernst, Bismarckstr. 27.

Seidel, M., Grüngr. Weg 45. Mohlhandlungen Uesdomstr. 19 a.

M. Anders, Conrad Adam, Charl., Cauerstr. 26. W. Bachmann, Charl., Schlegelstr. 15.

R. Baumgärtner, Pankow, Mühlent. 79. Bethke, Georg, Straußener-Str. 44.

Rixd., Elbest. 33, Kalk-Friedr. 84. Bock, Paul, Straußener-Allee 29b.

Bordach, G. H., Kalk-Frdr.-Str. 29. C. Bosse, Reinkendorferstr. 92.

Pankow, Berlinstr. 42. H. Breest, Berlin, Kastan.-Allee 8.

Fritz Brosius, Malmerstr. 22. Kalk-Friedrichstr. 24, Richardstr. 63.

Kranoldplatz, Berl. Ordnerweg 42. O. Erhardt, Charl., Potsd. St. 13.

Knobelsdorffstr. 2. Prese, Ernst, 6 Geschäfte im SO. Lassberg Str. 71.

Neue Kämpstr. 7. J. A. Fürstberg, Lindenstr. 95.

Gaige, Otto, a. d. Markthalle, Charlottenburg. Paul Gaige, Spandau, Rixd., Hermannstr. 51.

Hugo Gessler, Grotzstr. 30. Grossein, Gebr., Rixd., F.-Allee 189.

Joh. Günther, Grotzstr. 65. Emil Güthe, Wollankstr. 54 u. 55.

Grünerweg 33, Ackerstr. 89-90. Hammerstädt, G. Eberly-Str. 10.

Herm. Hecht, Wilhelmstr. 25. Heerms, H. R., Hermannstr. 172.

Heinrich, R., Rixdorf, 144. P. Herrguth Nachf., Ketschki-Str. 7.

Hesse, Kolonnenstr. 103. Hippel, Carl, Rixd., F.-Allee 179.

Litzowstr. 31a. E. Hoffmann Nfg., Blowerstr. 23.

Gehr. Horn, Spandau. Karl Huhn, Schererstr. 2.

Janicke, F., Eck-Andreasstr. 19. Hans Keay, Baralmstr. 15.

Eugen Klatt, Cöpenickstr. 22. Willy Knobe, Pallasenstr. 29.

Korn, Hugo, Wrangel-Str. 17. B. Krüger, Schönhauserstr. 153.

Schneider, Emil Reichenbergerstr. 28. Sophie Charlottenstr. 100. Kurt Scholz, Kolonnenwaren.

Otto Schoening & Co., Friedenau Wilmersdorfer u. Charlottenburg. Schrammowald, F. Prk.-Chausseest. 1.

Schröder, Grün, Weg 114 u. 120. W. Schulenburg, Wilmersd. 91. 147.

Otto M. Schwinz, Stolpische Str. 27. Walter Seidel, Bismarckstr. 26.

F. W. Späth, Ober-Schöneweide. Fritz Starke, Giehmstr. 39.

Stegelfitzer Möbelfabrik, Liebert. 0. Steindorff, Emil, Mantuffelfeld. 53.

Thieko Nachf., Prinsenstr. 10. C. Triebel, Kolonnen, Stettin-Str. 10.

Adolf Welpke, Oranienstr. 15/17. Wohlfahrt, Ernst, Bismarckstr. 118.

F. Wohlger, Kottbuser Allee 28. Schönbauer-Allee 112.

Penzliner Allee 253. Zawacki, B., Wehst. 28, Eckelstr. 84.

O. Zemke, Friedrich-Carl-Platz 6. Möbelmagazine Julius Apelt, Adalbertstr. 6.

Berliner-Möbel-Kaufhaus Charlottenburg Wilmersdorferstr. 60. 61. abh. Estab.

Billigte Bezugsquelle für Leute, die sich die Zubehöre erleichtern, aber nicht teurer einkaufen wollen. An jedem Stück deutlich d. Preis.

Berliner-Möbel-Kaufhaus Charlottenburg Wilmersdorferstr. 60. 61. abh. Estab. Billigte Bezugsquelle für Leute, die sich die Zubehöre erleichtern, aber nicht teurer einkaufen wollen. An jedem Stück deutlich d. Preis.

Berliner-Möbel-Kaufhaus Charlottenburg Wilmersdorferstr. 60. 61. abh. Estab. Billigte Bezugsquelle für Leute, die sich die Zubehöre erleichtern, aber nicht teurer einkaufen wollen. An jedem Stück deutlich d. Preis.

Berliner-Möbel-Kaufhaus Charlottenburg Wilmersdorferstr. 60. 61. abh. Estab. Billigte Bezugsquelle für Leute, die sich die Zubehöre erleichtern, aber nicht teurer einkaufen wollen. An jedem Stück deutlich d. Preis.

Berliner-Möbel-Kaufhaus Charlottenburg Wilmersdorferstr. 60. 61. abh. Estab. Billigte Bezugsquelle für Leute, die sich die Zubehöre erleichtern, aber nicht teurer einkaufen wollen. An jedem Stück deutlich d. Preis.

Berliner-Möbel-Kaufhaus Charlottenburg Wilmersdorferstr. 60. 61. abh. Estab. Billigte Bezugsquelle für Leute, die sich die Zubehöre erleichtern, aber nicht teurer einkaufen wollen. An jedem Stück deutlich d. Preis.

Berliner-Möbel-Kaufhaus Charlottenburg Wilmersdorferstr. 60. 61. abh. Estab. Billigte Bezugsquelle für Leute, die sich die Zubehöre erleichtern, aber nicht teurer einkaufen wollen. An jedem Stück deutlich d. Preis.

Berliner-Möbel-Kaufhaus Charlottenburg Wilmersdorferstr. 60. 61. abh. Estab. Billigte Bezugsquelle für Leute, die sich die Zubehöre erleichtern, aber nicht teurer einkaufen wollen. An jedem Stück deutlich d. Preis.

Berliner-Möbel-Kaufhaus Charlottenburg Wilmersdorferstr. 60. 61. abh. Estab. Billigte Bezugsquelle für Leute, die sich die Zubehöre erleichtern, aber nicht teurer einkaufen wollen. An jedem Stück deutlich d. Preis.

Berliner-Möbel-Kaufhaus Charlottenburg Wilmersdorferstr. 60. 61. abh. Estab. Billigte Bezugsquelle für Leute, die sich die Zubehöre erleichtern, aber nicht teurer einkaufen wollen. An jedem Stück deutlich d. Preis.

Berliner-Möbel-Kaufhaus Charlottenburg Wilmersdorferstr. 60. 61. abh. Estab. Billigte Bezugsquelle für Leute, die sich die Zubehöre erleichtern, aber nicht teurer einkaufen wollen. An jedem Stück deutlich d. Preis.

Berliner-Möbel-Kaufhaus Charlottenburg Wilmersdorferstr. 60. 61. abh. Estab. Billigte Bezugsquelle für Leute, die sich die Zubehöre erleichtern, aber nicht teurer einkaufen wollen. An jedem Stück deutlich d. Preis.

Berliner-Möbel-Kaufhaus Charlottenburg Wilmersdorferstr. 60. 61. abh. Estab. Billigte Bezugsquelle für Leute, die sich die Zubehöre erleichtern, aber nicht teurer einkaufen wollen. An jedem Stück deutlich d. Preis.

Berliner-Möbel-Kaufhaus Charlottenburg Wilmersdorferstr. 60. 61. abh. Estab. Billigte Bezugsquelle für Leute, die sich die Zubehöre erleichtern, aber nicht teurer einkaufen wollen. An jedem Stück deutlich d. Preis.

Berliner-Möbel-Kaufhaus Charlottenburg Wilmersdorferstr. 60. 61. abh. Estab. Billigte Bezugsquelle für Leute, die sich die Zubehöre erleichtern, aber nicht teurer einkaufen wollen. An jedem Stück deutlich d. Preis.

Berliner-Möbel-Kaufhaus Charlottenburg Wilmersdorferstr. 60. 61. abh. Estab. Billigte Bezugsquelle für Leute, die sich die Zubehöre erleichtern, aber nicht teurer einkaufen wollen. An jedem Stück deutlich d. Preis.

Berliner-Möbel-Kaufhaus Charlottenburg Wilmersdorferstr. 60. 61. abh. Estab. Billigte Bezugsquelle für Leute, die sich die Zubehöre erleichtern, aber nicht teurer einkaufen wollen. An jedem Stück deutlich d. Preis.

Berliner-Möbel-Kaufhaus Charlottenburg Wilmersdorferstr. 60. 61. abh. Estab. Billigte Bezugsquelle für Leute, die sich die Zubehöre erleichtern, aber nicht teurer einkaufen wollen. An jedem Stück deutlich d. Preis.

Pfaff bestes deutsches Fabrikat Steinhaner, Spandau. Lindemann, S. Bismarckstr. 11, 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

Singer Nähmaschinen Läden in allen Stadtteilen. Optiker Gase, Paul, S. Müllerstr. 174.

Groß, Paul, Warschauerstr. 66. Schubert, Carl, Rixd., Bergstr. 148.

Papier- u. Schreibw. Loh, Paul, Königsbergerstr. 32.

Saffin, bester Schubputz Solano, best. Metallputz Jaeger & Klosslich, Berlin, SO. 33.

Welllederanzug Karnobin Feinste geruchlose Schuhcreme. Koch & Becker, G.m.b.H., Berlin SO 34.

Kauf nur mit Rosa-Rosa-Line-Blitzblank. Putz- u. Modwaren M. Ende, Frankfurter Allee 120.

Emmy Kahlfeld, Rixdorf, 48. König, Titus, Bergstr. 16.

Wilhelm Metzner, Spezialhaus für Damenhüte. Rosterhandlungen Carl Joch, NO, Pallasenstr. 57.

Neumann, G. Granddinerstr. 25. Retto-Spitz, Fährböllingerstr. 43P.

Schreiber, Berth., See Klipstr. 11. Schirmfabrik Berliner Schirm-Fabrik Eugen Liechtenstein.

Leipzigstr. 73. Müllerstr. 1a. Kurfürstend. 111, Wilmersd. Str. 48.

Bismarckstr. 118, Schlegelstr. 11. Turmstr. 27. Grotzstr. 30. Tegel, Berlinerstr. 4.

Schirme u. Stöcke G. Bahner, Rixd., Kais.-Friedrichstr. 19.

Reparaturen, Bezüge billig. Grotz, F., Spandau, Potsd. Str. 19.

Arth. Jung, Reichenbergerstr. 29. Joh. Plöcker, Chorinerstr. 41.

G. Schlemmer, Warschauerstr. 26. Ernst Adam, Friedrichshagen.

Herm. Adler, Steglitz, Schindlerstr. 119. Anhalt, E., Andreasstr. 68.

Ascher, Ecke Demminer Str. H. Bekkers, Mirkbacherstr. 64.

Liedt. 0. Kops-Genossenschaft Berlin u. Umgegend. Potsdammerstr. 67.

Benedik, gewährt 10% Rabatt. Damachka, Invalidenstr. 144.

Franziska Demnick, Dinsdahlstr. 1. Draeger, Warschauerstr. 74.

Rich. Deckert, Gartenstr. 7. Ed. Drechsler, Birkenstr. 92.

Engel, W., Königsbergerstr. 13. Friedr., Sparr-Str. 17.

Formanowitz, E., Yorkstr. 44 an Elm. Goldschmidt's Partikulare. Schwarzwaren, Trilochterstr. 74.

Rixdorf, Berlinstr. 74. Otto Grätsch, Chausseest. 120. 97.

H. Grunz, Elng. Bernauer-Str. 67. Heinrich, Johann, Petersb.-Str. 56.

Helse, A., Badstr. 26. Korling, C., Petersburgerstr. 20.

O. Hoffmann, Charl., Bismarck-Str. 31. Janke, Hermann, Holakstr.-Str. 60.

Janke, F., Straußener Allee 17a. 2. Herm. Jentsch, Charl., Bismarck-Str. 14. Juhnke, E. S. Prinsenstr. 168.

Bettinger, Eug., Wald-Eke, Wickel.
Conrad, Großdeffillation
 Oranienstr. 297, Ecke Skalitzerstr.
Donhardt & Schultze, Brennen 51.
 Eile m. Weyle, Librarier, Gerichstr. 18.
Groß, Zur Sonne, P. Freudenberg.
 K. Lehmann, Soziales, Grobbernd. 29.
Martin, Bruno, H. Hermannsplatz 5.
Merten, Louis, Belle-Alliancestr. 19.
Rieß, Fritz, H. Hermannsplatz 5.
Schwendy, H., Rosenthalerstr. 67.
Sello, Hermann, Stadt.
 Einzelverkauf zu Engrospreisen.

Ignatz Sello auch Liköre u. Säfte.
 Brunnenstr. 16 u. Filial.
 Einzelverk. 2. Kosprop.
Welbe, W., Hermannstr. 100.
Wein-Vertriebs-Gesellschaft v. Malottki
 G. m. b. H. Berlin, Auguststr. 60.
 Bitte Preisl. zu vorl. Tel. III, 8192.
Wermuth, Oswald, Kopenh. Str. 1.
Weiß, Wollw., Trikot.
Ahlscher, Gust., Chorinerstr. 73.
Max Bahn, Mühlentstr. 42.
H. Barts, Schönhauser Allee 107.

Bredow, Otto, H. Hermannstr. 124.
Otto Erdmann, Mühlentstr. 96.
Bauselstraße 76
Taurroggenstr. 10
M. Gardeis Gröner
 Weg 26.
Hans, A. Reichen-
 bergstr. 63.
Hugo Hecht, Chorinerstr. 65a.
Hirschfeld Reichen-
 bergstr. 63.
Hoppe, E., Scharnweberstr. 52.
Jonas, Hermann Köstrin-Pl.
 11, Mühlentstr. 61.
Juncker, H. Hermannstr. 172.

Kaufh. Kätzki, R., Kais. Friedr. Str. 113.
Carl Klein, Höchststr. 16, N.O. 18.
Robert Kutsche, Gubenstr. 96.
Adolf Küsel, R., Bergstr. 84a.
R. Lehmann, Isb. Winter, Köpenick.
Eugen Lewald Frankfr.
 Allee 157.
Ch. Loewy, Rixdorf, Bergstr. 52-53
 vis-a-vis der Kirche.
A. Lüdek, Rixdorf,
 Kais.-Friedr. Str. 177.
Luster, C., Reichenbergerstr. 61.
Hermann Meyer, Schivelbeiner Str. 21.
A. Nitschpan, Bergmannstr. 11 Heinst. 12.

Pflaume, Gebr., Friedrichstr. 205.
Müller, E., Thierstr. 45,
 Wäsche eig. Fabrikats.
Pietschmann, Marie, Jagowstr. 25.
A. Radloff, Reichenkdf., Markt 1 a. 2e.
Raehmer, C., Androasstr. 69.
Schaefer, M. Hussiten-
 str. 43.
M. Schaefer
 S.W. Hollmannstr. 43
 W. Maassenstr. 17.
Schrom, Lina, Mühlentstr. 31.

Sigmund Simon Nr., Köpenickerstr. 123.
Stawenow, Carl, Godes-Gr. 10.
L. Vierarm, Zionskirchstr. 34.
E. Voigt, Reichenkdf., Anandstr. 101.
Weber & Heynacher Gr. Frkf. Str. 96.
 Frkf. Allee 134.
Wollhaus Lucas Rixdorf,
 Bergstr. 63.
Wild u. Geflügel
C. Dittmann Rixdorf,
 Berliner Str. 42.

O. Grimm Landsberger Allee 29,
 auch Fische.
Schmidt, E., Spandau, Havest. 19.
Stenzel, L. H. Berlinstr. 59
 auch Obst.
Zimmer, H., Prinzenstr. 12.
Zahn-Atelier
E. Bode, N. Kantianenallee 106, I.
Hollbruch, Herm., Fankt. 5, pgr. 1871.
Jordan, Alfr., Feustr. 61, pgr. 1883.
Schmidt, W. Rixdorf,
 Reuterstr. 81L.
 Vorzeiger dieses 10% Rabatt.

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, 11. Januar.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Der Barbier
 von Sevilla.
Königl. Schauspielhaus. Der
 Störenfried.
Neues königl. Oper-Theater.
 Geflohen.
Deutsches. Kamlet.
 Kammerstücke. Der ver-
 wundete Vogel. (Anf. 8 Uhr.)
 Anfang 8 Uhr.
Neues Operetten. Die schöne
 Kiste.
Vertrag. Anatol.
Romische Oper. Rigeunerliebe.
Neues Schauspielhaus. Die Hofen
 des Herrn von Bredow.
 Nachmittags 3 1/2 Uhr: Maria
 Stuart.
Berliner. Bummelstudenten.
Wespen. Das Puppenmüdel.
 Nachmittags 4 Uhr: Rotkäppchen.
Neues. Der G. m. b. H.-Tenor.
Trionon. Der heilige Hain.
Residenz. Familie Bolero.
Dalia. Pölnische Wirtshaus.
Schiller & Wallner - Theater.)
Kajarenlieber.
Schae. Charlottenburg. Die
 Fee Caprice.
Friedrich - Wilhelmstädtisches.
 Die blaue Maus. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
 Nachmittags 3 1/2 Uhr: Hermanns-
 schloß.
Kleines. Verflücht Frauenzimmer.
 1. Klasse.
**Lustspielhaus. Der Feldherrn-
 hügel.**
Ausführung-Theater. Reder.
Kuffen. Rudides Reise nach Indien.
Modernes. Das glückliche Gesch.
 (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Weis. Don Carlos.
Herrnsfeld. Eine verlorene Nacht.
 Er, Sie und Er.
Volkoper. Robert der Teufel.
 (Anf. 8 1/2 Uhr.)
**Folies Caprice. Der Feldweibel-
 hügel.** (Anfang 8 1/2 Uhr.)
**Metropol. Hurra - Wir leben
 noch!**
Kaffee. Julie Wipphen.
Apollo. Spezialitäten.
Vertrag. Spezialitäten.
Voligt. Don Carlos.
Reichshallen. Stettiner Sönger.
Wintergarten. Spezialitäten.
Sandfouci. Wie werde ich reich?
 Spezialitäten. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Walhalla. Bravo! Da Capo! (An-
 fang 8 1/2 Uhr.)
Karl Haverland. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49.
 Nachmittags 5 Uhr: Stierwald-
 hütterer und St. Gotthard.
 Abends 8 Uhr: Ueber den elek-
 trischen Lichtbogen.
 Im Hofaal 6 Uhr: Die Bausteine
 des organischen Lebens.
Sternwarte. Invalidentstr. 57-62.

Urania.
 Wissenschaftliches Theater
 Taubenstraße 48/49.
 Nachmittags 4 Uhr:
**Der Vierwaldstätter See
 und der Gotthard.**
 Abends 8 Uhr:
 Dr. Simon (Wissenschaft. Verein):
 Ueber den elektrischen Lichtbogen.
 Hörsaal 8 Uhr:
 Dr. Wilhelm Berndt:
 Die Bausteine des organischen Lebens.
Kaiser-Panorama.
 Neu! II. Tour v. Chamounix
 in das Montblanc-Gebiet.
 III. Interess. Reise in Indien.
 Eine Reise 20 Pf. Kind nur 10 Pf.
 Abonnements 1 M. Tausende Abonn.

Schiller-Theater.
 Schiller-Theater O. (Wallner-Ideas).
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
Husarenlieber.
 Lustspiel in 4 Akten v. Gustav Rabelburg
 u. Richard Stowrommel. Ende 10 1/2 U.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Prinz Friedrich von Homburg.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Der Himmel auf Erden.
 Schiller-Theater Charlottenburg.
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Fee Caprice.
 Lustspiel in 3 Akten v. D. Blumenthal.
 Ende 10 Uhr.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Macht der Finsternis.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Husarenlieber.

„CLOU“
BERLINER KONZERTHAUS
 Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90-91
!!! Heute !!!
Großes Konzert.
 Eintritt 50 Pf. - Anfang 8 Uhr.
Gr. Promenaden-Konzert
 bei freiem
 Eintritt

Zirkus A. Schumann.
 Mittwoch, den 11. Januar 1911,
 abends 7 1/2 Uhr:
Der große Coup
 9 1/2 Uhr. der 9 1/2 Uhr.
Schmuggler.
 Romant. Pantomime in 4 Akten.
 Die kolossale Wasserkatastrophe.
 Vorher: Das große Programm.
 Neu! Neu!
Briff-Bruff-Broff.
Arconi-Truppe,
 4 Personen.
Foot-Ball - Push-Ball
Polo-Ball
Kreisel-Globus,
 neueste Erfindung des Direktors
H. B. Schumann sowie die
 übrigen Attraktionen.

Zirkus Busch.
 Mittwoch, 11. Jan., abds. 7 1/2 Uhr:
Extra-Gala-Abend.
5 Cliftons 5.
 Aeros, höchst kom. Trapezkünstl. -
 Ber. Reiterfamilie Frediani. -
 Gastspiel des Herrn Direktors
Pierre Althoff und Frau Direktor
Adole Althoff m. ihren eleganten
 Freiheitsdrossen. - Fr. Elisabeth
 v. Dynar, Schulleiterin. - Die
3 Gebrüder Fratellini.
 Um 9 Uhr ca. zum 30. Male:
 Die mit so gr. Beifall aufgen.
 neue Ausstattungspantomime
„Armin“!
Theater „Groß-Berlin“.
 Mittwoch, den 11. Januar.
**Neue Welt, Hasen-
 heide:**
8 1/2. Trilby. 8 1/2.
 (Ein Cypher des Hypnotismus.)
 Entree 30-100 Pf. Vorzugst. billiger.
 Dieses Anserat gilt als Vorzugskarte.

DOSE-THEATER
 Große Franzosenstr. 132.
 Anf. 8 Uhr. Ende nach 11 1/2.
Don Carlos
 Dramat. Gedicht in 5 Akten v. Schiller.
 Donnerstag: Sein Zäudenregister.
 Sonntag: Don Carlos.
 Sonnabendnachm.: Prinzessin Edel-
 traud. Abends: Der Räuber u. sein Kind.

Sport-Palast
 Entree 1 M. Potsdamer Straße 70-72a Entree 1 M.
Größter Eispalast der Welt
Feerie: „Am Nordpol“. 200 Eislauf-
 künstler.
 - Außergewöhnliche Lichteffekte. - 2 Künstlerkapellen. -
Restaurant für 6000 Personen.
 Unterricht im Eislauf. Täglich von 11-1 Uhr vormittags: KONZERT.
 Jeden Sonntag 4 Uhr: Nachmittags-Vorstellung.

Folies Caprice.
 Täglich 8 1/2 Uhr:
Die abgetrelene Frau.
 Neuer dunter Teil.
Feldweibelhügel.
LICHTSPIELE.
 Schülerversteig. zu halben Preis.
 Beginn 4 Uhr.
 Ab 6 Uhr: Abendvorstellung.
MOZART-SAAL.

Walhalla-Theater.
 Kofenick. Tor. Weinbergstr. 20
 Anfang 8 1/2 Uhr:
Januar - Allerneuestes
 in
Bravo! Da Capo!
 Eine Allwelts-Revue in
 5 Bildern mit vielen neuen
 Einlagen, Coupletts und
 Attraktionen.
 Sonntags nachm. 3 1/2 Uhr:
Unsere Don Juans.
 Boße mit Gefang u. Lang-
 meine Preise.

Apollo Theater
 8 Uhr:
 Das Weltstadt-Programm.
 9 1/2 Uhr:
Das Tagesgespräch Berlins:
Otto Reutter
 mit
 vollständig neuen Söngern.
Metropol-Theater.
 Abends 8 Uhr: Rauchen gestattet.
Hurra!
Wir leben noch!
 Große Ausstattungsbrevue in 7 Bildern
 v. A. Freund. Musik v. B. Holländer.
 In Szene geföhrt von Dir. A. Schulz.

Brauerei Friedrichshain.
 Am Königstor. Größte Sehenswürdigkeit Berlins.
 Heute sowie folgende Tage:
Großer Bock-Jubel u.
„Trubel „Auf der Alm“.
 Der beliebteste Feiertag
Schorsch Schrengruber
 mit seiner Truppe (60 Witwif.) aus München.
 Heute, Mittwoch: Elite - Tag.
 Gratisverlosung von 100 Wertgegenständen.
 Jeder Besucher erhält ein Los gratis.
 Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
 Passierkarten haben volle Gültigkeit.

Casino-Theater
 Lotbinger Straße 87. Täglich 8 Uhr:
 Das Original Berliner Volksstück
Julie Wipphen.
 Ueberlinder Humor! Ueberlinder Typen!
 Am Scille der ehem. Wallner-Bühne.
 Vorher: erklaffiger dunter Teil.
 Sonntag 3 1/2 Uhr: Oah und Liebe.

Burgtheater-
 Festsäle und Kinematograph
 norm. Groterjan. Jubab.: Rud. Morz,
 Schönhauser Allee 129. Tel. 3, 9353
Lebende Photographien.
 Eintritt 30 u. 40 Pf. Kinder die Hälfte.
 Anf. 7 U., Sonnt. 4 U. Vorzugskarten,
 nur wochent. gültig. 25 Pf. auf allen
 Plätzen. Stets wechsl. Programm.
Voigt-Theater
 Gelendbrunnen, Badstraße 58.
 Mittwoch, den 11. Januar 1911:
Der Stabstropfeter.
 Vollständig mit Gefang in 4 Akten
 von D. Kammerdt.
 Musik von G. Steffens.
 Kaffeneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Lessing-Theater.
 Mittwoch 8 Uhr: Anatol.
 Donnerstag 8 Uhr: Anatol.
 Freitag, 3. 1. Male: Die Matten.
 Berliner Tragikom. v. G. Hauptmann.
Berliner Theater.
 Heute: Bummelstudenten, 8 Uhr.
 Morgen: Bummelstudenten.

WINTERGARTEN
Neuer Spielplan!
ETHEL LEVEY
 Amerikas Favorit.
La belle Leonora
 Spaniens Stolz.
 Mile. Donarbers
Luftballonfahrt
 über den Köpfen des Publikums
 sowie weitere
12 Star-Attraktionen 12
 Rauchen gestattet!

Schwarzer Adler Lichten-
 Richard Arnold. Frank. Chaussee 5.
 Mittwoch, den 11. Januar 1911:
Gr. Bockbierfest
 unter Mitwirkung der
Leipziger Sönger.
Excelsior-Lichtspielhaus
 Rixdorf, Bergstr. 151/152. (Passage.)
Heute:
Der Todessturz des Aviatikers Laffonts
 mit seinem Passagier Pollas
 sowie das Neujahrs-Programm und Einlagen.
Anfang Wochentags 6 Uhr. X X Sonntags 3 Uhr.
 Jeden Sonnabend: Vollständig neues Programm.

Königstadt-Kasino.
 Holzmarktstr. 72. Ude Alexanderstraße.
 Die neuen Januar-Spezialitäten.
 Ellen Teuert, Miß Nelly, Gebr. Kühn,
 Gustav Sonne, Sylvester, Les Lands,
 Sport-Mit. Franz Sobanski.
„Berliner Windbeutel.“
 Schwanz mit Gefang in 1 Akt.
 Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 1/2 Uhr.

Theater des Weddings
 Müllerstr. 182/183 - Sollerstr. 35.
 Täglich vor ausverkauftem Hause:
Abgründe
 Drama in zwei Akten von Urban Gad.
 Außerdem das neue großartige
 Programm.
Karl Haverland-
 Anfang Theater. Kommandanten-
 präz. 7 1/2 u. Straße 77/79.
Januar Ein urkomisches
1911. Spezialitäten-Programm
 das Tagesgespräch im
 neuen Jahre.

Neues Theater.
 Täglich:
Der G. m. b. H.-Tenor.
 Anfang 8 Uhr.
Theater des Westens.
 8 Uhr: Das Puppenmüdel.
 Mittm. u. Sonnab. 4 Uhr: Rotkäppchen.
 Sonntag 3 1/2 Uhr: Ein Walzertraum.
Modernes Theater
 (früher Habboltheater).
 Abends 8 Uhr:
Doppelmensch.
Berliner Volksoper
 Belle-Alliance-Strasse 7/8.
 49: Robert der Teufel.

Herrnsfeld Theater
 Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-3 Uhr.
Zwei Schläger:
Eine verlorene Nacht.
Er, Sie und Er
 mit Anton und Donat Herrnsfeld in
 den Hauptrollen.

Arnold Scholz Hasenheide
 108-114
Neue Welt
 Donnerstag, den 12. Januar 1911:
Das Bockbierfest
 Im bayrischen Hochwald und im herrlichen Berchtesgaden.
*** 1. Elite-Tag. ***
 Prämierung der größten Pleureusen-Damen-Feder.
 3 bare Geldpreise: 50 M., 30 M., 20 M.
Baron Muckl's Bauernkapelle.
D' Defreggers Tiroler-Truppe.
:: :: Neue Welt-Orchester. :: ::
Anfang 7 Uhr. - 3 Kapellen. - Entree 30 Pf.

Stadt-Theater Moabit
 Alt-Moabit 47/48.
 Donnerstag, den 12. Januar 1911:
Die von Hochsattel.
 Lustspiel in 3 Aufzügen von Stein
 und Heller.
 Repertoirestück des Lustspielhauses.
 Kaffeneröffn. 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.
 Nach der Vorstellung:
Tanz.
Trionon-Theater.
 Anfang 8 Uhr.
Der heilige Hain.
Bosporus
 am Moritzplatz.
 Das Variete-Konsumsystem bleibt
 Täglich 8 Uhr:
**Das große Januar-
 Lach-Programm bleibt!**
 Nach Schluß der Vorstellung:
 Beginn des Bockbiertrubels:
Ein Bockbierfest am Bosporus
 2 Kapellen, Vergnügungspark.
Bin 2 Uhr nachts.

Reichshallen-Theater.
 Stettiner Sönger.
 Neu!
Musikanten-Weihnacht
 Genesid von Weesfel.
 Anfang
 wochentags
 8 Uhr
 Sonntags
 7 Uhr.

Friedrich-Wilhelmstädtisches
 Schauspielhaus.
 Mittwoch, 11. Jan., abends 8 1/2 Uhr:
Die blaue Maus.
 Nachm. 3 1/2 Uhr:
Die Hermannschlacht.
 Donnerstag: Die blaue Maus.
Luisen-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Rudides Reise nach Indien.
 Morgen: Rudides Reise nach Indien.

Passage-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Affe Consul
 Menschendarsteller.
P. Schneider-Duncker.
Lina Loos
 u. d. großartige Januar-Prögr.

Theater Sanssouci
 Hochbahnstation Kottbuser Tor.
 8 1/2:
**Wie werde
 ich reich?**
 10 1/2: Fédia de Féraud
 Preisgeföhnte Schönheit.
 10 1/2: Neuheit!
Lebende Schatten!

Heute, Mittwoch, 11. Januar: Zahlabend in den Bezirken Groß-Berlins.

Partei-Angelegenheiten.

Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins Zur Kaufmannsgerichtswahl!

Der Magistrat von Berlin hat den in den Wählerlisten verzeichneten wahlberechtigten Kaufleuten besondere Benachrichtigungen für die am 15. Februar 1911 stattfindende Wahl der Beisitzer für das Berliner Kaufmannsgericht zugehen lassen. Die Empfänger dieser Benachrichtigungen erfahren aus den Karten, daß sie in die Wählerlisten eingetragen sind. Alle diejenigen wahlberechtigten Kaufleute, die eine solche Karte nicht erhalten haben, wollen nunmehr die heute am 11. Januar d. J. öffentlich im Wahlbureau, Poststr. 16, II, von nachmittags 4 bis abends 7 Uhr ausliegenden Wählerlisten einsehen. Wer nicht eingetragen ist, muß den Antrag auf Eintragung stellen. Wahlberechtigt ist jeder, der das 25. Lebensjahr vollendet, in Berlin eine Handelsniederlassung hat und mindestens einen Handlungsgesellen, Gehilfen, Handlungslehrling oder Lehrling, Verkäufer oder Verkäuferin das ganze Jahr hindurch oder auch nur zu gewissen Zeiten des Jahres beschäftigt hat. Angesichts der Agitation der bürgerlichen Arbeitgeber erwächst allen Anhängern der Partei die dringliche Verpflichtung, noch an den letzten beiden Tagen für ihre Aufnahme in die Liste zu sorgen und alle, die mit uns sympathisieren, auf die Wahl und Listenaufnahme aufmerksam zu machen.

Der geschäftsführende Ausschuß.

Zweiter Wahlkreis, Friedrichstadt, III. Abteilung. Heute Gemeinschaftlicher Zahlabend bei Jul. Meyer, Dranienstr. 103. Vorsitz des Abg. Richard Fischer.

Zahlabend für Buchdrucker, Stereotypen u. s. w. heute abend 1/2 12 Uhr bei Jul. Meyer, Dranienstraße 103. Das Referendum: Referent: Albrecht Halle.

Ober-Schöneeweide. Den Parteigenossen zur Kenntnis, daß die Bibliothek vom 11. d. Mts. ab an den Wochentagen Mittwoch und Freitag nur noch von 8-9 Uhr abends geöffnet ist.

Die Bezirksleitung.

Dahlemburg bei Jossen. Am Sonnabend, den 14. d. M., Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Bericht von der Quartalsabrechnung und Verschiedenes. Außerdem am Sonntag, den 22. d. M., abends 7 Uhr, im Lokal des Herrn F. Wingen, öffentliche Frauenversammlung. Referentin: Frau Frieda Wulff-Berlin.

Königs-Wasserhausen. Heute Mittwoch, abends 8 Uhr: Zahlabend im Lokale von Heiderich, Berliner Str. 25. Der Vorstand.

Schwabe-Beuthen-Mierdorf. Der Zahlabend am heutigen Mittwoch fällt aus. Dafür findet im Laufe des Monats eine Generalversammlung statt. Gleichzeitig wird auf den am 14. Januar in Gernau bei Eckhardt, Bahnhofstr. 1, stattfindenden Kunstabend hingewiesen.

Hermendorf. Am heutigen Zahlabend erfolgt die Kontrolle der Mitglieder über die Zugehörigkeit zu ihren Gewerkschaftsverbänden. Es ist deshalb das Verbandsbuch mitzubringen.

Der Gruppenführer.

Berliner Nachrichten.

Kulturwohnungen.

Der kleine Hans stand frierend auf der Straße, die Hände in die Hosentaschen versenkt. Sein dünnes Röckchen ist vom Regen fast durchnäßt. Mit einem seltsam erstarrten Blick in den dunkel umrandeten Kinderwagen betrachtet er die Vorübergehenden, die Autos mit den hellglühenden Scheiben, und die Elektrischen, die in dieser Straße in einer fast ununterbrochenen Reihe dahinfahren. Der kleine Hans wohnt nicht in dieser Straße, denn in ihr gibt es keine Hinterhäuser mit Stube und Küche. Er ist wohl eine Viertel- oder auch eine halbe Stunde gelaufen, ganz ziellos, bis er hierher kam. Zu Hause, da hatte zum erstenmal das Grauen ein junges Kinderherz gepackt. „Großmutter liegt im Sterben, seid ruhig!“ hatte der Vater heute mittag gesagt, als er wieder zur Arbeit ging.

„Großmutter liegt im Sterben!“ wiederholte der kleine Hans leise und drückte sich furchtbar in die schmale Ecke, die am Fenster zwischen Wand und Küchenschrank gelassen war. Er sah hinaus in den kalten Regentag und überlegte, ob es nicht doch noch auf der Straße besser wäre, als hier in der engen, von Wäschedampf erfüllten Küche, wo die todtrankene Großmutter in ihrem schmalen Bett schwer stöhnte, die kleine Grete, die mit den Zähnen zu tun hatte, von Zeit zu Zeit markdurendringend in ihrem Wagen schrie, und Mutter am Waschbrett auch nicht ausgelegt schien, seine Redereien, die er sich sonst mit ihr erlaubte, gut aufzunehmen.

Das alles überlegte der kleine Hans, und sah hinaus in den kalten Regen, der die Scheiben heruntertropfte, und lauter kleine Finnsale bildete. Es mußte drauhen auch noch sehr windig sein, denn die Leute hielten sich die Hüte fest. Hans wollte sich gerade entscheiden, ganz gegen seine sonstige Gewohnheit dahier zu bleiben, — da packte die trankene Großmutter wieder ein Schmerzanzfall, daß sie laut stöhnte. Gleichzeitig fing Gretchen an zu schreien, und Mutter mußte aufstehend ihre Arbeit verlassen, um das Kind zu beruhigen. Hans bedachte sich nun nicht länger. Er konnte das wehe Stöhnen der guten Großmutter nicht hören. In der kleinen Stube nebenan, ihrer einzigen, hatte er das Stöhnen durch die dünne Wandscheibe fast ebenso deutlich gehört, wie in der Küche. Also gab's nur eins — fort, auf die Straße! Hans lief schnell hinter der Mutter Rücken vorbei, die sich über den Kinderwagen beugte, die Treppe hinunter und fort, fort, durch Wind und Regen!

Und nun stand er frierend auf der Straße und sah den Vorübergehenden nach und den hellglühenden Autos. Und dann ging er weiter, in eine stillere, sehr breite Straße mit zwei Reihen hoher, alter Bäume, deren kahle Zweige sich ächzend im Winde bogen. Hier waren lauter neue Häuser errichtet, eins neben dem anderen. Sie hatten große, breite Fenster und stattliche Portale. Und die Wohnungen darin waren noch nicht bewohnt. Vor einem der Häuser war ein großes Schild angebracht. Hans las darauf: „Kulturwohnungen für

bornehme Mieter, lichte Diele, ideale Schlafzimmer, Speisekammer, Luxusbäder, Schrankräume, Wintergarten, Plättstube, Koffkammer, Balkons . . .“

Kulturwohnungen! Der kleine Hans zergrübelte sich den Kopf über die Anpreisung. Er trat bis an die Bordschwelle zurück, und sah das Haus an, das so viel Schönes versprach „für vornehme Mieter“.

„Nur eine große Stube und eine große Küche möchte ich haben.“ sagte Hans bei sich, wie er seine Mutter so oft hatte sagen hören.

Wie er noch so dachte, kam ein Herr und eine Dame daher, die lasen alle Wohnungsschilder. Und auch das der „Kulturwohnungen“. Hans stand dabei und beobachtete ihre Gesichter, und dann war er ganz bestürzt, als sie trotz der versprochenen Pracht keine Miene verzogen.

Die Dame sagte nur obenhin: „Das könnte man sich allenfalls ansehen!“

Und dann ging sie mit dem Herrn an dem gaffenden kleinen Jungen vorbei zum Eingangsportal, und Hans hörte einen Augenblick neben sich ihre leibenen Röcke knistern, und unter den Röcken sah er ihre Füße, die steckten in hohen schwarzen Lederschuh.

„Die schönen Schuhe bei dem schlechten Wetter!“ sagte Hans vor sich hin, und seine Augen wanderten wieder zu dem Schild: „Kulturwohnungen.“

Ihn stürzte plötzlich sehr. Er wollte heim, heim in die enge, dampferfüllte Küche, wo die Großmutter im Sterben lag, und das Schwesterchen, das mit den Zähnen zu tun hatte, martererschütternd schrie.

Als der kleine Hans heim kam, war die gute Großmutter tot und lag steif und kalt in ihrem Bett, und Vater und Mutter sahen daneben und weinten, und das Schwesterchen schlief.

Hans drückte sich wärmesuchend an den Kochherd, er hatte zu sehr gefroren. Und als mit seinen erstarrten Gliedern auch seine Gedanken ein wenig auftauten, da konnte er nur immer grübeln über das eine rätselhafte Wort: „Kulturwohnungen!“

Aus der Schenkenviertel-Kommission.

6 300 000 zum ersten, 6 700 000 zum zweiten, 6 850 000 zum . . . 7 Millionen. 7 Millionen zum . . . 7 Millionen und Gewinnanteil bei Gewinnen über 10 Millionen . . . bah! 7 800 000 M. — 7 850 000 M. — 7 600 000 M. — 7 800 000 M. — 8 Millionen, 8 Millionen zum ersten, zum zweiten und dritten. So stellt sich etwa das Bild dar, das die Angebote in dem von der Stadtverordnetenversammlung eingeleiteten Ausschuss zur Vorberatung der Vorlage betreffend Verkauf des Schenkenviertelgeländes wiedergibt.

Die ursprüngliche Magistratsvorlage lautete auf 6 700 000 M., aber unter Abzug der Verzichtwachssteuer, mit geringer Anzahlung und schlechter Verzinsung, so daß etwa 6 300 000 M. den Preis im ersten Gebot der Neuen Boden-Aktiengesellschaft darstellen. Die Herren Rippmann und Ludner holen mehr, dann wieder die Neue Boden-Aktiengesellschaft. Als in der letzten Stadtverordnetenversammlung das Angebot der genannten Herren mit 7 600 000 M. vom Ausschuss empfohlen war, machte bekanntlich der Oberbürgermeister die Mitteilung, daß die Neue Boden-Aktiengesellschaft ein neues Gebot abgegeben habe. Sie hat, wie in der gestern abgehaltenen Ausschuss-Sitzung mitgeteilt wurde, nun proponiert 7 Millionen und einen in Höhe von 350 000 garantierten Gewinnanteil von 30 Proz. bei einem Erlöse über 10 Millionen oder 7 300 000 M. und einen mit 100 000 M. als Mindestgewinn garantierten Gewinnanteil in Höhe von 15 Proz. 1 100 000 M. sollten bei der Auffassung gezahlt werden, der Rest vom 1. April ab mit 4 Proz. verzinst werden. Das letzte Gebot der Herren Rippmann und Ludner ging auf acht Millionen. Hieron sollen 1 800 000 M. bei der Auffassung gezahlt, die Kaution soll auf 500 000 M. erhöht, das Restkaufgeld mit 4 Proz. verzinst werden. Außerdem ist die Verpflichtung übernommen, das Terrain spätestens zur Hälfte in den ersten drei, den Rest in sechs Jahren bebaut zu haben. Unsere Genossen (Wagner, Dr. Lohn, Ewald, Stadthagen) legten dar, daß das durch ihren Einspruch gegen die erste Vertragsofferte erzielte Reibrangebot von rund 1 1/2 Millionen die Herren dazu veranlassen sollte, den von ihnen gestellten Antrag auf Bebauung des Baugeländes in städtischer Regie zuzustimmen. Dieser Antrag wurde jedoch abgelehnt und sodann der Antrag angenommen, die letzte Vertragsofferte der Herren Rippmann und Ludner der Stadtverordnetenversammlung zur Annahme zu empfehlen.

Die Nobelbahnen, die an einigen Stellen der Stadt, wie beispielsweise am Kreuzberg und im Humboldtthain zur Freude von Alt und Jung eingerichtet worden, werden infolge der eingetretenen mildernden Witterung sein langes Leben haben. Es dürfte aber jetzt schon darauf hinzuweisen sein, daß in Zukunft einige Maßnahmen zu treffen wären, die eine geordnetere Abwicklung der Benutzungsmöglichkeit verbürgen als das bisher der Fall war. Aus unserem Leserkreise wird angeregt, daß am Ende der Bahn Sand gestreut werde, damit die Fahrer nicht in das zuckende Publikum fahren, und daß ferner zu beiden Seiten der Bahn ein Strich zur Abgrenzung der Fahrbahn gezogen werde. Ferner werden Wünsche geäußert dahingehend, der Magistrat möge bei der Verwendung des Anmarschgeländes am Kreuzberg auf die dauernde Einrichtung einer Nobelbahn Bedacht nehmen. Es sind ja leider in den letzten Tagen auf den Nobelbahnen verschiedene Unfälle vorgekommen, vielleicht lassen sich dieselben durch entsprechende Maßnahmen auf ein bescheidenes Maß zurückführen. Die außerordentlich große Manpoweraufnahme der Bahnen haben bewiesen, welch großes Bedürfnis für diesen gesunden Sport vorhanden ist. Unsere Gardedeputation hatte eine glückliche Hand gehabt, indem sie zur Befriedigung dieses Sportbedürfnisses ihr Teil beitrug; vielleicht benutzt sie obige Anregungen, um auf diesem Gebiete fortzufahren.

Die Verkehrszunahme beim Omnibus 1910. Die Allgemeine Berliner Omnibus-Gesellschaft hatte im Jahre 1910 gegen das Vorjahr eine Verkehrszunahme von rund 10 Millionen Personen zu verzeichnen. Im Jahre 1909 waren 134 602 913 Fahrgäste befördert worden, im Jahre 1910 dagegen 144 654 310. Interessant ist, daß etwa der

vierte Teil der beförderten Personen auf die wenigen Automobillinien entfällt. In Automobilen wurden allein 31 574 688 Personen befördert. Auf Zeitkarten saßen im letzten Jahr 1 647 224 Personen. Mit der Zunahme des Verkehrs wegen der Betriebseinnahmen von 9 214 954 M. auf 10 002 021 M. Die Mehreinnahme beträgt also mehr als drei Viertel Millionen. Zur Beförderung dieser Massen müßten die Pferdewagen der Gesellschaft über 19 1/2 Millionen Kilometer, die Automobilkommissure 5,36 Millionen Kilometer zurücklegen. Von 645 Pferdewagen der Gesellschaft waren 490 in Betrieb, von den 151 Automobilen nur 105. Die Zahl der Pferde stieg im Laufe des Jahres von 4808 auf 4960. Gleichzeitig stieg die Zahl der beschäftigten Personen von 2787 auf 2987. Sämtliche Pferdewagen haben jetzt eine Länge von 143 Metern, die Automobillinien eine solche von 49 Kilometern. Die Länge der Pferdewagen ist um nicht ganz 2, die der Automobillinien dagegen um fast 17 Kilometer im letzten Jahre gewachsen.

Zur Luftfahrtssteuer.

Der mit der Vorberatung der Luftfahrtssteuerordnung betraute Ausschuss trat in seiner siebenten Sitzung am Montagabend in die zweite Lesung der Vorlage ein. Nach längerer Beratung wurden die §§ 1-4, die die steuerpflichtigen Veranstaltungen und die Steuerformen behandeln, nach dem Beschluß der ersten Lesung mit nur unwesentlichen Veränderungen angenommen.

Sie behalten uns vor, nach Abschluß der zweiten Beratung ausführlicher auf die Beschlässe der zweiten Lesung zurückzukommen.

Der Anschluß Tempelhof an die Nord-Südbahn.

Gestern fand im Polizeipräsidium unter Vorsitz des Polizeipräsidenten zwischen den Vertretern der Regierung, des Eisenbahnministeriums und der städtischen Verkehrsdeputation und der Gemeinde Tempelhof eine Besprechung über den Antrag Tempelhof statt, ihr den Bau einer Anschlussbahn an die von der Stadt Berlin beschlossene Nord-Südbahn zu ermöglichen. Die Vertreter der Stadt Berlin haben erklärt, daß man bereit sei, mit Tempelhof, von dem erst in der letzten Woche ein entsprechender Antrag bei der Stadt eingegangen sei, zu verhandeln, aber die Erwartung ausgeprochen, daß die Konzession für den Bau der von Berlin in Aussicht genommenen Linie nicht bis zum Abschluß der schwierigen, wahrscheinlich länger dauernden Verhandlungen mit Tempelhof, das eine Übernahme des Betriebes der Anschlussbahn durch Berlin wünscht, abgeschlossen seien.

Deutscher Heimarbeitertag am Donnerstag, den 12. Januar, in Berlin, Kellers Neue Philharmonie, Köpenicker Str. 96/97. Die Verhandlungen beginnen morgens 9 Uhr. Der Zutritt zur Galerie ist für jedermann frei.

Die Sprengkatasrophe in der Alten Jakobstraße, bei der, wie wir meldeten, mehrere Frauen und Mädchen verletzt wurden, ist allem Anschein nach durch einen unglücklichen Zufall herbeigeführt worden. Es wird darüber berichtet: Seit mehreren Tagen war eine Abteilung der Gardedeputation, bestehend aus einem Leutnant, einem Sergeanten und vier Mann, beschäftigt, die gewaltigen Fundamente, auf denen die Kesselanlage gestanden hatte, zu sprengen. Die Grundmauern waren in einem Abstand von 1 1/2 Meter von den Erdmassen befreit worden, und in diesen so entstandenen Gräben arbeiteten die Mannschaften. Die Sprengungen wurden so vorgenommen, daß die Dynamitpatronen, die übrigens durchaus keine sehr starke Ladung enthielten, etwa 1 bis 1 1/2 Meter oberhalb der Grundsohle in Kanäle eingeführt wurden, die vorher von den Soldaten mit Bohren in das Mauerwerk getrieben waren. Vor dem Entzünden der Lunte, eine Handhabung, die von dem Feldwebel ausgeführt wurde, waren alle Mieter rechtzeitig davon verständigt worden, daß in der nächsten Viertelstunde eine Sprengung erfolgen werde. Obwohl die Hausbewohner gewarnt worden waren, sich in der Nähe der Fenster aufzuhalten, wurde doch mehrfach beobachtet, daß die Arbeiterinnen an die Fenster traten, um die Sprengung beobachten zu können. Am Montagmittag um 12 Uhr war an dem südlichen Teil des Grundstücks eine zwei Meter breite und drei Meter tiefe Grundmauer durch zwei Dynamitschüsse umgelegt worden. Die Pioniere beachteten nun, die Fundamente des großen Schornsteins der Fabrik zu sprengen und trieben in die etwa einen Meter dicke Grundmauer drei Bohrlöcher hinein. Die Lunten waren ordnungsmäßig gelegt, so daß die drei Explosionen nacheinander erfolgen mußten. Durch einen unglücklichen Zufall sind bei dieser Sprengung alle drei Dynamitpatronen gleichzeitig explodiert. Obwohl über die Ursachen der Entzündung noch nichts Genaues bekannt ist, nimmt man an, daß die zweite und dritte Patrone durch einen allzu heftigen Stoß des sich verschiebenden Gemäuers zur Explosion gebracht wurden. Während bei einer einfachen Sprengladung für gewöhnlich Mauerstücke nicht durch die Luft geschleudert werden, war die Expansionskraft des Dynamits diesmal doch so groß, daß ein etwa faustgroßes Mauerstück 30 Meter fortgeschleudert wurde, eine Fensterhebel des daneben gelegenen Fabrikgebäudes durchschlug und eine Arbeiterin am Arm nicht unerheblich verletzte. Etwa 20 kleinere Stücke zertrümmerten andere Scheiben, doch ist der Schaden nicht allzu beträchtlich. Die Sprengarbeiten wurden vorläufig eingestellt. Von den Arbeiterinnen der Fabrik erkrankten gestern morgen 30 junge Mädchen nicht, die durch den ausgestandenen Schrecken so deprimiert waren, daß sie ihre Arbeit noch nicht wieder aufnehmen vermochten. Das Befinden der Frau Blum, die durch den Aufprall des Mauerstückes einen Armbruch erlitten hat, ist befriedigend.

Unfälle auf dem Müggelsee. Seit einigen Tagen ist der Müggelsee zugestoren, und obwohl die Eisfläche für den Sport noch nicht vollständig freigegeben worden ist, kann man schon jetzt zahlreiche unvorsichtige Schlittschuhläufer auf der spiegelglatten Fläche beobachten. Gestern brachen eine ganze Anzahl dieser Leichtsinningen auf der Eisdecke, die noch nicht die notwendige Stärke hat, ein. In drei Fällen gelang es nur unter den größten Schwierigkeiten, die Verunglückten wieder aus den kalten Fluten herauszubolen. Auch auf dem Weichensee schwebten vier Personen in Lebensgefahr. Dort hatten sich ebenfalls viele Waghalsig auf die Eisdecke begeben, die plötzlich an einer Stelle einbrach. Vier junge Männer versanken in der Tiefe. Erst als vom Ufer aus Laufbretter angelegt worden waren, konnten die Gefährdeten geborgen werden.

Der Frauenmord in der Blumenhalsstraße. In der Nordstadt in der Blumenhalsstraße werden durch den Untersuchungsrichter die Vernehmungen fortgesetzt. Unter anderen wurde der Gastwirt aus der Mödenstraße vernommen und mit dem verhafteten Sattler dieses kontrahiert. Wie bekannt, ist in dem Lokal jenes Gastwirtes das Telefongespräch mit der Portierfrau Mieska geführt worden. Der Gastwirt gab an, daß Mieska nicht der Mann sei, der bei ihm telefoniert habe. Nach seiner Erinnerung sei der Fremde ein Mann

mit dunklem Haar und einer ganz breiten Stirn gewesen. Mielke dagegen hat ganz blondes Haar und eine schmale Stirn. Ferner ist jetzt der Schuhmacher ermittelt worden, der am 7. Dezember mittags 1 1/2 Uhr in der Gastwirtschaft von R. gesehen hat, daß Mielke dort zu Mittag aß.

Knechtlings haben sich Personen gemeldet, die bei Mielke Hand- schuhe gefehen haben wollen. Ob der bei Frau Hoffmann gefundene Handschuh einer von denen ist, die Mielke angeblich getragen hat, wird nachgeprüft.

Die Leiche eines Mannes wurde gestern morgen im Hausflur des Hauses Vintenzstr. 29 gefunden. Wie uns berichtet wird, habe der Mann, der den Eindruck eines Arbeiters machte, bereits am Abend vorher im Fortweg gelegen. Da man annahm, er sei betrunken, ließ man ihn liegen und kümmerte sich nicht weiter um ihn. Es ist nicht recht verständlich, warum in der langen Zeit, als der Mann im Hausflur lag, sich niemand um ihn bekümmert hat. Wie wir hören, soll in einem ähnlich liegenden Falle früher von der Polizei gefagt worden sein, die Polizei könne erst nach Einwilligung des Wirtes eingreifen.

Für Angler. Alle Gesuche der in Berlin wohnhaften Personen um Erteilung der Erlaubnis zum Angeln mit der Rute während der wöchentlichen Schonzeit sind unter Verfügung der für das Jahr 1911 gültigen Angelliste direkt bei dem Polizeirevier anzubringen, in dessen Bezirk der Antragsteller wohnt. Gesuche ohne Verfügung der Angelliste für das Jahr 1911 sind zwecklos. Nicht in Berlin wohnende Personen haben ihre Anträge bei der Polizeibehörde ihres Wohnortes einzureichen.

Bestgenommen wurde eine Schwindlerin, die seit einiger Zeit in Moabit, Lichtenberg und Berlin, besonders im Osten und Südosten, Uhemacher brandschätze, indem sie ihnen unter alterhand Vorpiegelungen ihren absichte, die andere Leute zur Ausbesserung gegeben hatten. Sie gab sich als Beauftragte der Eigentümer aus und fing es so geschickt an, daß sie in der Regel ihr Ziel erreichte. Jetzt wurde sie endlich erwischt und als eine 34 Jahre alte, aus Leipzig gebürtige ehemalige Buchhalterin Margarete Bornmann festgestelt.

Durch einen Sturz vom Balkon tödlich verunglückt ist gestern vormittag um 10 Uhr der 34 Jahre alte Kaufmann Schaler in der Jerusalemstraße 4-5 an der Ecke der Zimmerstraße. Schaler kam vor acht Tagen als Leiter einer englischen Wohnhandlung nach Berlin, um hier ein Zweigeßchäft aufzumachen. Für dieses be- stätigte er gestern vormittag in dem Neubau an der Ecke der Zimmer- und Jerusalemstraße Räume im dritten Stock. Dabei trat er auch auf einen schmalen Balkon hinaus, der mit einem niedrigen Gitter versehen ist. Um hinaufzugehen lehnte er sich wahr- scheinlich zu weit über die Brüstung hinaus und verlor das Gleichgewicht. Plötzlich lag er mit zerstückelten Gliedmaßen auf dem Bürgersteig der Jerusalemstraße. Der Verunglückte wurde mit einer Autodrosche nach der Unfallstation in der Kronenstraße gebracht, starb aber schon auf dem Wege dorthin. Eine große Blut- lache, die das Unglück auf dem Bürgersteig hinterlassen hatte, wurde von der Feuerweh, von der ein Mannschaftswagen erschien, ab- gewaschen.

In erster Lebensgefahr schwebten gestern mittag vier kleine Kinder in dem Hause Jablonstr. 15. Im vierten Stock wohnt dort der Maurer K r e s e r mit seiner aus Frau und vier Kindern bestehenden Familie. Die Frau besorgt nebenbei die Portierarbeiten, während der Mann auf einem Bau beschäftigt ist. Auch gestern hatten die Eheleute die Wohnung verlassen und die vier Kinder im Alter von 5, 4, 3 und 2 Jahren eingeschlossen. Beim Spielen in der Küche rissen die Kleinen den Verbindungsschlauch von dem Gaslocher, so daß das Gas ausströmte. Nach einiger Zeit machte sich in dem Hause ein starker Gasgeruch bemerkbar. Als der Ver- walter dem Geruch nachging, stellte sich heraus, daß er aus der Wohnung der Familie Kresser kam. Beim Öffnen der Korridortür fand man die vier kleinen Kinder bewusstlos in der Wohnung vor. Man benachrichtigte sofort die Feuerweh, die bald mit mehreren Sauerstoffapparaten zur Stelle war. Nach längeren Bemühungen gelang es, die Kinder sämtlich wieder ins Leben zurückzurufen. Allerdings werden die Kleinen noch auf längere Zeit krank bleiben, da sie durch die Gaseinatmung schon arg mitgenommen waren.

Der mysteriöse Leichenfund in der Ederwalder Stadtfors, über den wir vor kurzem berichteten, hat nunmehr seine Aufklärung ge- funden. Der Tote ist als der 17jährige Handlungsgehilfe Emil Blauenburg aus Vorhang-Nummelsburg rekonozitiert. Der junge Mann, der in einer Berliner Fabrik angestellt war, hatte sich am 18. Dezember gegen 1/8 Uhr morgens aus der elterlichen Wohnung entfernt, um sich angeblich nach seiner Arbeitsstätte zu begeben, ist dort jedoch nicht eingetroffen. Seit diesem Tage war er spurlos verschwunden. Was ihn zu dem Selbstmord — denn ein solcher ist zweifelsfrei festgestellt — veranlaßt hat, ist vollkommen unbekannt und den Eltern und Angehörigen des Verstorbenen unerklärlich.

Ein Arbeitsloser hat am Montag ein Vortemnomale mit zirka 20 M. Inhalt, 2 Vadelarten und einem Gutschein für zwei Theater- billette in der Berliner Straßenbahn 78 verloren. Der ehrliche Finder wird gebeten, daselbe bei Krug, Kopernikusstraße 2, ab- zugeben.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Zunächst berichtete der Referent Friedemann (lib.) über die Benutzung der Schulhöfe während der großen Ferien. Die Freigabe dieser Plätze für die Kinder zum Spielen, habe sich sehr gut bewährt. Auf einigen Schulhöfen spielten 70, auf anderen Schulhöfen bis 120 Kinder trotz des schlechten Wetters im vergangenen Sommer. Einigen kleinen Un- lieschamkeiten sei soweit wie möglich sofort abgeholfen worden. Es sei erforderlich, daß alle Schulhöfe zum Spielen freigegeben werden. Dem wurde zugestimmt. — Bei Angelegenheiten, die das höhere Schulwesen betreffen, soll in Zukunft eine sachmännlich gebildete Frau mit beratender Stimme zu den Sitzungen der Deputation für das höhere Schulwesen hinzugezogen werden. — Im Juni v. J. wurde beschlossen, den Finanzminister um eine Erhöhung der für die Wahr- nehmung der Auftragsarbeiten durch die Stadtkassen an die Militärsoldaten und Witwen sowie an Offiziere, Beamte und deren Witwen, zu eruchen und zwar von 10 000 auf 13 000 M. Wenn dem nicht zugestimmt werde, sollte die Kündigung ausgesprochen werden. Der Finanzminister hat die Erhöhung abgelehnt und die Kündigung angenommen und gleichzeitig verfügt, daß familiäre Zahlungen nunmehr durch die Kreisassen Nieder-Barnim und Teltow zu erfolgen haben.

Genosse O h t wies auf die Schwierigkeiten und Scherereien hin, die nun für die Pensionäre entstehen, wenn dieser Zustand aufrechterhalten bleibt, jedenfalls müsse auf die Empfänger Rücksicht genommen werden; man möge versuchen, es bei dem früheren Zustand zu belassen. — Kammerer M a c h o w i e z betont, daß es ausgeschlossen wäre, jetzt nachzugeben. Der Staat würde dann den Kommunen noch viel mehr aufhalten, als es bisher der Fall ge- wesen. Um die Zahlungen erledigen zu können, müßten an jedem Ersten gegen zehn Beamte, die zu den tätigen gehören, aus dem Dienst entnommen werden. Die eigentlichen Arbeiter dieser Beamten bleiben liegen, wodurch das Publikum erheblich benachteiligt werde. Auch sei die Zusammenfassung des Betrages eine ungleichmäßige. Wilmersdorf habe gegen 2000 Zahlungen weniger zu leisten, erhalte aber denselben Zuschuß vom Staat wie Schöneberg. Die Pensionäre sollen sich beim Staat beschweren und Abhilfe verlangen. — S e f f i g (Unabh. Fr.) hält von der Beschwerde des einzelnen nichts und meint, die Angelegenheit müsse im kleineren Kreise im Ausschuß

besprochen werden. — Die Angelegenheit wurde dem Stadtausschuß überwiesen.

Wegen Errichtung einer städtischen Turnhalle teilt der Magistrat mit, daß die Angelegenheit noch nicht spruchreif sei, da die für den Bau erforderlichen Anleihemittel bei der Regierung zwar beantragt, aber noch nicht genehmigt worden sind. Die wegen Ermittlung eines geeigneten Grundstücks schwebenden Verhandlungen seien außerdem noch nicht zum Abschluß gelangt, so daß zurzeit sich nicht übersehen lasse, wann eine Vorlage gemacht werden könne.

Ein provisorischer Sozial- und Spielplatz soll an der Wilmers- dorfer Gemarkungsgrenze zwischen Ringbahn und Stadtpark errichtet werden.

Genosse H o f f m a n n verlangt, um Verzögerungen zu ver- meiden, die Sache gleich der Deputation zur Ausführung zu über- weisen, die die notwendigen Kräfte zur Verfügung stehen. Der Magistrat schweig sich aus. Die erforderlichen 1750 M. wurden be- willigt. — Bei Nachbewilligungen für die Volksbadanstalt legte Genosse B ä u m l e r dar, daß die Badanstalt in der Ebersstraße den Anforderungen nicht mehr entspricht, die man an eine Volks- badanstalt stellen muß. Die Anstalt ist ständig überfüllt. Abhilfe werde nicht geschaffen, obwohl vor einigen Jahren schon von dem Bau einer zweiten Anstalt die Rede war. Genehmigt wurde die Einreichung der Zeichnungen in die Kategorie der technischen Zeichnungen auf eine Beschwerde der städtischen Körperschaften bei dem Unterrichtsminister, so daß die Ortszulagen in gleicher Höhe genehmigt sind.

Dann erfolgte die Wahl der st ä n d i g e n Ausschüsse.

Stetig.

Eine in diesen Tagen vielbesuchte Rodelbahn hat der Ort auf dem Fichteberg. Zur ersten Hilfeleistung bei vorkommenden Unglücks- fällen hat die Freiwillige Sanitätskolonne vom Roten Kreuz einen Gruppensführer mit acht Sanitären nach dem Fichteberg be- ordert, wo in einem Vorgarten der Kaiser-Wilhelm-Straße eine Sanitätswache eingerichtet wurde. Bei 10 Unglücksfällen wurde Hilfe geleistet.

Kaulsdorf.

In befremdlichem Zustande wurde vorgestern abend in einem Abteil dritter Klasse eines Vorortzuges ein junger Mann auf der hiesigen Station aufgefunden. Neben dem Bewußtlosen stand eine Flasche, deren Inhalt — Ethol — er austrunk hatte. Es wurde sofort ein in der Nähe wohnender Arzt hinzugerufen, vor dessen Eintreffen der Lebensmüde jedoch verstarb. Wiederbelebungsversuche waren erfolglos. In dem Verstorbenen wurde der 16jährige bei der Bahnhofserei in Eickner angestellte Schreiber Karl Langisch fest- gestellt.

Nowawes.

Am heutigen Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, findet die erste wichtige Gemeindevertretung im Sitzungssaale des Rathhauses, Priester- straße 82, statt. Da jedem Einwohner das Recht zusteht, soweit er zu diesem Zwecke verfügbare Raum es zuläßt, den Sitzungen bei- zuwohnen, sollten es sich diejenigen Arbeiter, denen es die Zeit erlaubt, nicht nehmen lassen, die Sitzungen zu besuchen, um sich so über die Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten wie über die Tätigkeit der von ihnen gewählten Vertreter aus eigener Anschauung ein klares Urteil bilden zu können.

Potsdam.

Ein Cyper des Rodelsportes wurde auf dem Ruinenberg der Polizeiwachtmeister Claasen vom Revier Bornstedt, der in Aus- übung seines Dienstes auf der Rodelbahn weilte und plötzlich von einem herankommenden Schlitten erfaßt und rücklings zu Boden ge- schleudert wurde. Der Verunglückte hatte eine schwere Gehirn- erschütterung und eine Leber- und Lungenquetschung erlitten. Gestern wurde er nach dem Krankenhaus Hermannswerder trans- portiert. Der Unfall wurde durch die beiden Söhne des Rechnung- rates Weider, Viktorstraße, herbeigeführt.

Zusätzlich erlitt ein Mädchen schwere Verletzungen im Gesicht. Das Mädchen fuhr gegen einen Baum und zerstückerte sich die Nase, Nabel und wurde, sie vom Blah geschafft. Am Brauhäuser- lamen mehrere Knochenbrüche, jedoch nicht bedenklichen Charakters, vor.

Ende im Schwachsinn. Im Potsdamer Bürgerstift hat sich gestern der 75 Jahre alte Schiffseigner Stolle, der als Sonderling bekannt war, in seinem Stübchen offenbar in einem Anfall von Schwachsinn erhängt.

Aus Industrie und Handel.

Ein Rück- und Ausblick.

In der am Montag abgehaltenen Sitzung des Zentralaus- schusses Berliner Kaufmannsvereine, gewerblicher und industrieller Vereine erstattete Generalsekretär Dr. Koppel den Jahresbericht, aus dem wir folgendes hervorheben. Zunächst betonte der Bericht- erstatter, daß die von einzelnen Wirtschaftspolitikern für das Jahr 1910 gehegten Erwartungen sich nicht erfüllt und das neue Jahr nur wenig Hoffnung auf weiteren gewerblichen Aufschwung gestalte. Als ein Hemmnis der Entwicklung bezeichnete Dr. Koppel den Rückschlag in den Vereinigten Staaten als Folge der Schutzpoli- tistik mit ihrer die Lebenshaltung verteuernenden Wirkung. Er bemerkte dazu:

Die Vereinigten Staaten sind mit Hochschutzzoll begnadet wie wir, mit einer Verteuerung der Lebenshaltung wie wir, mit einer künstlich und staatlich geschwächten Konsumkraft der breiten Massen wie wir; es zeigte sich, daß der forcierte Export des Vorjahres weit eher ein ungünstiges, denn ein günstiges Symptom war; es zeigte sich, daß die führenden Kräfte die Kapitalkraft des Landes über- schätzten, als sie in der ersten Hälfte des Jahres ihre Produktion in einem Umfang steigerten, daß z. B. der Stahlwerksverband mit 27 Millionen Tonnen gegen 25 Millionen im Vorjahre und 15,9 Millionen 1908 einen Rekord erreicht hat. Die Folge davon war lediglich, daß der Stahlwerksverband in der zweiten Hälfte des Jahres gezwungen wurde, einen Teil seiner Werke, zuletzt so- gar sein größtes Schienenwerk, still zu legen, daß der Bestand seiner Aufträge am 1. Dezember über 110 000 Tonnen niedriger war als 4 Wochen vorher, daß die großen Eisenwerke Betriebs- reduktionen bis zu 50 Proz. vornehmen mußten und daß die Koh- eisenpreise bis zu dem Niveau von 1908 gefallen sind. . . .

Als wesentlichstes Moment, das Zurückhaltung auferlegt, er- scheint die Unsicherheit der Verhältnisse in der Romanindustrie. Sie ist heute beherrscht von der Sorge um ihre zukünftige Organi- sation und damit von einem a u ß e r h a l b der reinen Konjunktur- erwägungen stehenden Moment. Zwar läuft der Syndikalismus der Stahlwerksverbandes erst 1912, der des Kohlenyndikates erst 1915 ab, aber all die Betriebsweiterungen, Zusammenlegungen und Verschreibungen in den Romanrevieren stehen unter dem Zeichen der Erneuerung der Verträge. An die Stelle des Kampfes um den Abjag ist der Kampf um die Quote getreten, und die im Hinblick hierauf vorgenommenen Erweiterungen der Betriebe haben zu einer Erweiterung der Produktion über den Bedarf ge- führt, zu einer Verwirrung des Marktes, zu einer Forcierung des Exports durch Wiederherstellung der am 1. April aufgehobenen Ausfuhrvergütung. Zwar hat der Kohlenbergbau die größte jemals erreichte Produktionsziffer zu verzeichnen, zwar hat die Kohleenerzeugung wieder einen Rekord aufzuweisen, aber die Notlage der Leberproduktion zugleich. Weist doch allein die Aus- fuhr des Stahlwerksverbandes gegenüber den ersten 11 Monaten des Vorjahres ein Plus von 777 000 Tonnen auf, darunter fast 300 000 Tonnen Roheisen. . . .

Die Kauf- und Kapitalkraft der deutschen Bevölkerung er- scheint durch Teuerungen, Lohnbewegungen, Zunahme der Frauen- arbeit gemindert. Wieder und immer wieder muß auf die Wir- kungen unserer Volksgesetzgebung sowie der Reichsfinanzreform hin- gewiesen werden. Soweit eine Befertung und ein Fortgang der Konjunktur zu verzeichnen sind, verdanken wir sie der gesteigerten

Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes, nicht aber des heimischen Marktes. Der Verlauf des Weihnachtsgeschäftes dürfte dies belegt haben. Die Finanzreform hat die in allen Ländern zu beobachtende Verteuerung der Lebenshaltung kumuliert. Dazu kam in der Baumwollindustrie die Knappheit und Teuerung des Rohmaterials und eine weitere Schwächung der Konsumkraft durch die Fleischsteuerung und ihre Folgeerscheinungen. Die erhöhten Kosten der Lebenshaltung setzen sich in das Streben der Arbeiter nach höheren Löhnen um, und die hierher gehörende beginnende Gärung im Ruhrrevier verdient ernste Beachtung. Die Gefahr großer Arbeitskämpfe hat sich im vergangenen Jahre, abgesehen vom Baugewerbe, nicht realisiert, aber sie besteht weiter und es gilt von ihr das, was von künftigen Kriegen gilt, daß sie immer seltener werden, aber wenn sie eintreten, dann um so verheerender in ihren Folgen. Die ausschlaggebende Bedeutung des Arbeits- marktes für unsere Volkswirtschaft kann nicht stark genug betont werden, und wenn hier auch im vergangenen Jahre eine weitere geringe Befertung zu konstatieren ist, so darf doch nicht übersehen werden, daß wiederum 300 000 Menschen ausgewandert sind, wie denn durch kein anderes Moment unsere Wirtschaft derartig beein- flusst wird, wie durch die Tatsache einer Bevölkerungsvermehrung von jährlich 900 000 Menschen. Sind doch heute bei uns 65 Mil- lionen gezwungen, auf engem Spielraum zu konkurrieren, während die Hoffnungen, die in dieser Hinsicht auf unsere Kolonien gesetzt werden, sich im besten Falle nur langsam erfüllen können und tatsächlich durch den Rücktritt Dernburgs eine nicht zuzugewen- nende Abschwächung erlitten haben.

So zeigt sich auch auf dem Gebiete der Wirtschafts- und Sozialpolitik kein allzu erfreuliches Bild: nach außen haben wir einen schlechten Handelsvertrag mit Portugal und Zollrückführungen in Frankreich und den Vereinigten Staaten zu konstatieren, wäh- rend Schweden und Japan dabei sind, ihre Zollmauern zu erhöhen. Im Innern ist uns das Kaltegeß besetzt worden, das inzwischen bereits Fiasco gemacht hat, während die sozialpolitischen Vorlagen, vor allem das Arbeitslammengesetz und die Reichsversicherungso- rdnung noch der Verabschiedung harren und wohl kaum mehr von dem gegenwärtigen Reichstage erledigt werden. . . .

In wirtschafts- und sozialpolitischer Be- ziehung steht das neue Jahr im Zeichen der kommenden Reichstagswahlen. Handel und Industrie müssen ihnen mit besonderem Interesse entgegensehen, müssen ihren Ausfall mit allen Mitteln in ihrem Sinne mitzubestimmen suchen. Wenn jemals Wahlen nicht so sehr politische als vielmehr wirt- schaftspolitische waren, so werden es diese nächsten Wahlen sein. In dieser Hinsicht hat die Reichsfinanzreform eine wohlthätige Wirkung ausgelöst; der heimische Gewerbetreibende ist erwacht, ist politisiert worden. Er hat sich eine Organisation geschaffen in dem Hansabund; diese Organisation ist erstarkt und hat bereits erhebliche Erfolge zu verzeichnen. Die Schläge, die Handel und Industrie verfehlt worden sind — zuletzt noch ein kleiner Wadenstreich in Form der Telephonebührenvorlage — waren denn doch zu nachdrücklich und hageldicht, als daß sie sich nicht fest in das Gedächtnis eines jeden einzelnen hätten ein- geprägt haben sollen. Und wehe jedem einzelnen, wehe der ge- samten Volkswirtschaft, wenn sie es wieder vergessen sollten, wenn nicht jeder Kaufmann, jeder Industrielle, jeder Gewerbetreibende die Forderung des Tages erfüllen würde, die zur Forderung dieses Jahres geworden ist: seine Pflicht zu tun und bereit zu sein! Dieses Jahr wird zum Schicksalsjahr für den deutschen Gewerbetreibende; verläßt er diese Gelegenheit, die sich ihm bietet, sich die Rechte zu erobern, die ihm gebühren, sich Licht und Luft zu erobern, die er gebraucht, die Schranken zu sprengen und sich die Bewegungsfreiheit zu schaffen, die mit ihm auch dem Vater- lande notwendig ist zu seiner Fortentwicklung, so wird sie ihm ein zweites Mal so bald nicht wiederkehren — und das von Rechts wegen! —

Wir möchten hierzu jetzt nur bemerken, daß man jedenfalls arge Enttäuschungen erleben wird, wenn die Beteiligten auf den offensichtlich immer mehr in das Rahmwasser der hochschutzzöl- nerischen rheinisch-westfälischen Großindustriellen streuenden Hansabund große Hoffnungen setzen.

Aus der Frauenbewegung.

Emma Ihrer.

Der Besten eine ist von uns gegangen! Eine von denen, die mit zu den Pionieren der proletarischen Frauenbewegung gehören, und die bis an ihres Lebens Ende ihr bestes Können und all ihr warmes Empfinden in den Dienst dieser Bewegung stellten.

Als unsere Genossin Ihrer begann, die Müheligsten und Be- lastetsten, die Frauen, um das Banner des Sozialismus zu scharen, da waren die Hindernisse noch schier unübersehbar, die es zu über- winden galt. Die ganze Arbeiterbewegung war noch verhältnis- mäßig jung, unentwickelt und schwach. Der kleinere Druck des Sozialistengesetzes hemmte die Bewegungsfreiheit und die öffent- liche Agitation. Und wo sich doch hier und da die Bewegung wieder zu regen begann, da griffen Polizei und Justiz rüchichtslos und brutal ein, um jedes neue Aufsteigen im Keim zu ersticken. Es gehörte ungemein viel Geduld, Ausdauer, Kraft und Mut dazu, immer und immer von neuem wieder anzufangen und geordnet Zertrümmertes wieder aufzubauen. Um so mehr, da es gleich- zeitig noch den Kampf zu führen galt gegen die vielen Wider- stände, gegen Rückständigkeit und Unbestand in den Kreisen der Arbeiterchaft selbst. Denn im Beginn der Arbeiterbewegung schleppten auch die Proletarier, männliche und weibliche, noch einen ganzen Sad alter Ueberlieferungen und Anschauungen mit einher, besonders gegenüber der Frau, ihrer Stellung in Staat und Gesell- schaft und ihrer Betätigung im öffentlichen Leben. Und mochte auch gerade unsere Emma solche rückständigen Anschauungen begreiflich finden, mochte sie ihre geschichtliche Bedingtheit voll erfassen, da sie ja selbst sich hatte erst frei machen müssen aus orthodox-kirchlichen und Kleinbürgerlichen Anschauungen, furchtbar mühsam und — bitter waren diese Kämpfe darum doch, denn sie hemmten das Vor- wärtkommen der Bewegung und waren für sie selbst ein permanentes Golgatha: Unverständnis zu sein und bekämpft zu werden von denen, für die sie ihr Herzblut hergab!

Doch auch das ward überwunden mit dem Erstarken der Be- wegung, und sie selbst hat durch ihr treues Ausharren, wogu ihre Begeisterung für die Bewegung und ihre Frohnatur ihr die Kraft gegeben, nicht wenig dazu beigetragen.

Nach dem Fall des Sozialistengesetzes, als überall unter den Proletariern es sich kraftvoller zu regen begann, da war es in erster Linie unsere Emma, die in Nord und Süd, in Ost und West be- müht war, neben den Männern auch die Frauen zum Massenkampf aufzurufen. Und wenn auch fast überall die neuangelegten Frauenvereine den reaktionären Bestimmungen der vielgestaltigen Vereinsgesetze zum Opfer fielen, so war auch diese Arbeit gewiß keine vergebliche. Der Gedanke: „Ihr Frauen müßt selber um eure Befreiung aus Geschlechts- und Lohnsklaverei kämpfen“, er war unter die Massen geworfen. Und mochte auch, wie beim Säemann, manches Samen Korn auf steinigem Boden gefallen, manches vom Unkraut überwuchert, manches zertritten sein, gar viele Samen- körner hatten fruchtbaren Boden gefunden, sind aufgegangen und haben tausendfältige Frucht getragen!

Nachdem die eine Form der Organisation für die Frauen zer- schlagen war, galt es eine neue zu finden, und gemeinsam mit anderen Genossinnen ward beraten und beschlossen, die lose Form der Organisation, das Vertrauenspersonensystem zu wählen. Die erste Frauenkonferenz in Mainz, an der auch die Genossin Ihrer teilnahm und mit ihrem klugen Rat und ihrer reichen Erfahrung

viele gute Anregungen gab, brachte diese Form der Organisation erneut in Vorschlag und der Parteitag stimmte dem zu. Auf neuer Grundlage, aber im alten Geiste ward nun von Genossin Ihrer in gemeinsamer Arbeit mit den übrigen Genossinnen die Werberarbeit fortgesetzt, und als nach dem Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes die gemeinsame politische Organisation für Mann und Frau geschaffen war, da hat die Genossin Ihrer in einer Anzahl von Touren und Einzelveranstaltungen zahlreiche Arbeiterinnen der Partei zugeführt. Gebietet Genossin Ihrer also zu denen, die die Grundsteine für die proletarische Frauenbewegung in Deutschland legen halfen, ja zu denen, die nicht weniger erfolgreich im Auslande wirkten, so in der Schweiz, in Oesterreich, und die während des internationalen Kongresses auch in Kopenhagen zu den Proletarierinnen sprach, so gehört sie aber auch zu denen, die unausgesetzt weiter Stein um Stein zu dem Bau unserer proletarischen Frauenbewegung herbeitrugen, und wenn wir zurzeit circa 100 000 weibliche Parteimitglieder zählen, so steht in dieser Zahl ein beträchtliches Stück der erfolgreichen Propagandaarbeit unserer Genossin Ihrer. Frühzeitig erkannte Genossin Ihrer, daß die mündliche Werberarbeit unter den Frauen unterstützt und verbreitet werden müsse durch eine entsprechende Schriftliche.

Daß es nicht genüge, die Frauen auf die sozialistische Tagespresse zu verweisen, die zudem in der damaligen Zeit gar nicht imstande war, den speziellen Fraueninteressen die genügende Aufmerksamkeit zu widmen; daß vielmehr eine Zeitung, die sich speziell an die Frauen wende, sie bei ihrem ureigensten Interesse pade und alle sonstigen Fragen immer zwar im Sinne des Sozialismus, aber doch vom Gesichtswinkel der Frau aus betrachte, für die politische Werberarbeit unter den Arbeiterinnen überaus wertvolles leisten müsse. Und Genossin Ihrer wußte es durchzuführen, allen materiellen und persönlichen Hemmnissen zum Trotz, daß Anfang 1891 die erste Nummer der „Arbeiterin“ herausgegeben werden konnte, deren Redaktion sie bereitwilligst übernommen hatte. Ein Jahr später übernahm die Partei die Zeitung, die natürlich unausgesetzt mit großen finanziellen Schwierigkeiten während der ganzen Zeit ihres Erscheinens zu kämpfen hatte, denn so schnell vermehrte sich der Leserkreis bei dem derzeitigen niedrigen Stande der ganzen Arbeiterbewegung, nicht. Als die Partei die Zeitung übernahm, schlug Genossin Ihrer die Genossin Zellin als Redakteurin vor, die seitdem die Redaktion der Zeitung, deren Namen in „Gleichheit“ umgewandelt wurde, in Händen hat. Der Genossin Ihrer danken wir es also dann, wenn wir heute eine sozialistische Frauenzeitung haben, die uns bei unserer Agitations- und Schulungsarbeit unentbehrlich geworden ist.

Ebenso eifrig wie in unserer Partei- und Frauenbewegung war die Genossin Ihrer tätig für die Gewerkschaftsorganisation. Ihr klarer Blick und scharfer Verstand hatte früh erkannt, daß ein geistiger und intellektueller Aufstieg der Massen nur dann von Bestand sein könne, ja nur dann möglich sei, wenn sie wirtschaftlich emporgehoben würden, und daß die wirtschaftliche Besserstellung der Ausgebeuteten auch die Vorbedingung für ihre Kampffähigkeit um eine endgültige Befreiung sei. Diese ihre Erkenntnis, verbunden mit dem lebhaften Wunsch, die Leiden der Arbeiterinnen möglichst schnell lindern zu helfen, ließ sie zu einer unermüdbaren Agitatorenin und Organisatorin werden. Es wird wohl schwerlich eine deutsche Gewerkschaft geben, für die Genossin Ihrer nicht tätig war, der sie nicht Mitglieder gewonnen, für deren Organ sie nicht Beiträge geliefert hätte. Seit Jahren aber leitete sie mit gutem Erfolg die Organisation der Blumen- und Blätterarbeiter

und Arbeiterinnen und verbliebte deren Verbandsorgan. Seit zwei Jahren war Genossin Ihrer auch als Mitglied der Jugendzentrale in der Jugendbewegung tätig. Ihr warmes Herz und ihr lebhaftes Mitgefühl für die Leiden ihrer Mitgeschwestern trieb sie in unzähligen Fällen zu hilfreicher Tat, soweit nur immer ihre Mittel es erlaubten. Und was diese Hilfe für die Empfänger so angenehm machte, sie in ihrer Vergantheit so aufrechtete, das war die feine, liebe Art, wie sie gewährt ward.

Das konnte bei Genossin Ihrer auch nicht anders sein! Sie selbst, eine kraftvolle, charakterfeste Persönlichkeit, die große Willensstärke mit persönlicher Lebenswürdigkeit verband, sie hat immer alles getan, um auch bei anderen das Selbst- und das Persönlichkeitsgefühl zu wecken und zu stärken. Nimmer hätte sie die Hand geboten, es zu verletzen oder zu unterdrücken. Dieser Charakterzug hat ihr neben der Anerkennung, die sie sich durch ihre Tätigkeit erworben hatte, viele persönliche Freundinnen verschafft.

Sie alle, alle die unsere Emma kannten, die Zeuge ihrer erfolgreichen Tätigkeit waren, die ihre Persönlichkeit schätzen und lieben gelernt, sie stehen heute in tiefer Trauer an ihrem Grabe. Und indem sie einen vollen frischen Kranz auf ihr Grab legen, werden sie sich geloben, ihr Andenken dadurch zu ehren, daß sie mit vereinten Kräften an dem herrlichen Werk der Menschheitsbefreiung weiterarbeiten, an dem Werke, dem die Lebensarbeit unserer Toten gast.

Louise Zieh.

Veranstaltungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Mittwoch, den 18. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 70. Vortrag des Parteisekretärs Hermann Müller über das Thema: „Die Wertung der Frauenarbeit einst und jetzt.“ Gäste willkommen.

Aus aller Welt.

Grubenbrand auf Zeche Königin Elisabeth.

Durch einen gestern nachmittag gegen drei Uhr im Schacht „Wilhelm“ der Zeche „Königin Elisabeth“ bei Essen a. Ruhr ausgebrochenen Grubenbrand schwebte eine Zeitlang die Belegschaft der Zeche in Lebensgefahr. Es gelang den Mannschaften jedoch, sich rechtzeitig durch den Schacht „Hubert“ zu retten. Der Brand griff sehr schnell um sich; ein Teil des Schachtes stürzte nach kurzer Zeit ein. Das Feuer zerstörte das Innere des steinernen Förderturms, so daß die Fördereinrichtung zusammenfiel. Die Weiterverbreitung des Feuers nach dem Schachtinnern wurde durch Abdecken verhindert. Der Betrieb ist vorläufig gestoppt. Die Belegschaft des Schachtes wird von den anderen Belegschaften der Gewerkschaft übernommen.

Explosion einer Pulverfabrik in Argentinien.

Ein Kabeltelegramm aus Buenos Aires berichtet über eine schwere Katastrophe, die sich in der Nähe des argentinischen Ortes San Martin zutrug. Aus bisher unbekannter Ursache erfolgte in einer Pulverfabrik eine gewaltige Explosion, durch die die gesamte Fabrikanlage zerstört wurde. Aus den Trümmern wurden bisher zwölf Leichen geborgen, jedoch wird befürchtet, daß noch mehr Menschen der Explosion zum Opfer gefallen sind. Der durch die weithin hörbare Detonation angerichtete Sachschaden ist groß.

Keine Spur vom Ballon „Hildebrandt“.

Wie wir gestern berichteten, sind von Kiel aus zwei Torpedoboote abgeleitet worden, um nach dem vielleicht auf der Ostsee treibenden Ballon „Hildebrandt“ zu suchen. Die Bemühungen sind leider vergeblich gewesen. Die von der Streife zurückgekehrten Boote haben weder eine Spur des Ballons noch seiner beiden Insassen finden können. Es ist mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß die Luftschiffer, Rechtsanwalt Dr. Walter Rohrs und Privatist Reidel, bei der Fahrt ums Leben gekommen sind.

Ein Polizeibeamter als Mörder.

Großes Aufsehen erregte in der französischen Stadt Lille die Verhaftung des Polizeigenerals Dufour, der am Montagabend unter dem dringenden Verdachte des Mordes in Untersuchungshaft genommen wurde. Am Montagmorgen wurde in ihrem Zimmer die Leiche einer Dirne, namens Leonie Camery aufgefunden. Die sofort vorgenommene Untersuchung ergab, daß an dem Mädchen ein Mord verübt worden war. Noch im Laufe des Tages häuften sich die Verdachtsgründe gegen den Polizeibeamten, der zu der Prostituierten in näheren Beziehungen gestanden hatte, so daß auf Anordnung der Gerichtsbehörden seine Festnahme erfolgte.

Kleine Notizen.

Eine schwere Baukatastrophe ereignete sich in der Hemmstraße in Bremen. Dort stürzte ein im Hochbau fertiggestelltes zweistöckiges Wohnhaus in sich zusammen und begrub fünf Arbeiter unter sich. Einer der Verschütteten wurde als Leiche geborgen, zwei wurden schwer und ein Arbeiter leicht verletzt.

Unfälle beim Robeln. Auf einer Robelfahrt bei Charlottenbrunn in Schlesien in der Einjährig-Freiwillige Hein vom Schweißnitzer Artillerieregiment verunglückt und hat sich lebensgefährliche Verletzungen zugezogen. — In der Nähe von Junsbrud fuhr ein neunzehnjähriges Mädchen beim Robeln gegen eine Mauer. Die Verunglückte war sofort tot. Auch bei einem Kreisrobeln im Halltale in Steiermark ereigneten sich zahlreiche schwere Unfälle. Eine Anzahl schwer Verletzte mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Ein Unteroffizier als Defraudant. Der beim Bezirkskommando in Höchst a. M. diensttuende Unteroffizier Moll ist seit einigen Tagen verschwunden. Wie sich jetzt herausgestellt hat, hat Moll einige tausend Mark aus der Kasse der Militärverwaltung unterschlagen und ist geflüchtet. In der Rapsische Meer abgetrieben. Eine große Gischolle, auf der 55 Fischer aus Astrachan mit 28 Pferden ihrer Beschäftigung oblagen, ist in das Rapsische Meer hinausgetrieben worden. Zur Rettung der Fischer ist ein Dampfer ausgesandt worden.

Schweres Brandunglück in Spanien. Nach einer telegraphischen Meldung wurde am Dienstag beim Einzug eines Neubaus in der Nähe von Castro Urdiales eine Anzahl Arbeiter verschüttet. Vier Mann wurden getötet und fünf verletzt.

Antilcher Marktbericht der städtischen Marktballen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Marktbällen. Marktlage: Fleisch: Zufuhr genügend, Geschäft regt, Preise unverändert. Wild: Zufuhr sehr reichlich, Geschäft (schleppend), Preise unverändert. Geflügel: Zufuhr mäßig, Geschäft still, Preise unverändert. Fische: Zufuhr mäßig, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise für Fischlinge anziehend. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemälte, Obst und Gemüse: Zufuhr genügend, Geschäft flau, Preise wenig verändert.

Arbeiter-Bildungsschule.

Donnerstag, den 12. Januar 1911, abends 8 1/2 Uhr, im Schullokal, Grenadierstr. 37.

Generalversammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes, des Lehrerkollegiums und der Revisoren. 2. Anträge. 3. Neuwahl des zweiten Schriftführers, eines Unterrichtsvertreters und eines Hilfsbibliothekars. 4. Schulangelegenheiten und Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.
Beiträge müssen bezahlt werden.

Deutscher Buchhändler-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Achtung! Die für Donnerstag, den 12. Januar, festgesetzte Generalversammlung findet nicht statt.

Die Ortsverwaltung.

Meinen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich das

Restaurant Bouché-Str. 20/21

Edle Grün-Strasse in Treptow

übernommen habe. Gustav Flöting.

übernommen habe.

übernommen habe.

Kolonie Nonnendamm.

Die Märkische Bodengesellschaft, Berlin W, Leipziger Straße 123 a (Amt I, 2156), bietet in ihren Häusern zwischen Nonnendamm und Siemens-Straße allen Wohnungsuchenden günstige Wohngelegenheit.

Billige Mietpreise, geräumige, luftige, helle Zimmer, nur Vorderwohnungen, Ersparnis der erheblichen Fahrspesen.

Auskunft bei den Verwaltern und im Bureau, Nonnendamm, Reis-Straße 24. 24197.*

Orts-Krankenkasse

für das

Barbieregewerbe

zu Berlin.

Nach Verfügung des Herrn Oberpräsidenten in der durchschlüssliche Tageslohn für männliche Mitglieder über 16 Jahren, ausschließlich der Lehrlinge, auf 3,60 Mk. erhöht. Diese Verfügung tritt mit dem 16. Januar 1911 in Kraft.

Aus Grund dieser Verfügung ist eine Erhöhung des Krankengeldes und der Beiträge erforderlich. Zu diesem Zwecke findet eine

General-Versammlung

der Delegierten am Donnerstag, den 19. Januar, abends 9 1/2 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthalerstraße 11/12, statt.

Tagesordnung: Wänderung der §§ 12, 13 und 28 des Statuts.

An Inbetracht der wichtigen Tagesordnung erwartet zahlreiches Erscheinen.

Der Vorstand.

H. A. Paul Scholle, Vor.

Orts-Krankenkasse

der

Stadt Schöneberg.

In der Vorstandssitzung vom 6. Januar d. J. sind für das Jahr 1911 die Herren

H. Krulow, Mühlentstr. 8, als Vorsitzender,

H. Wölter, Kolonnenstr. 20, als stellv. Vorsitzender, 270/4

G. Pablich in Schöneberg, Straße R, als Schriftführer,

H. Jahn, Brunnenstr. 2, als stellv. Schriftführer gewählt worden.

Der Vorstand.

Kreuzberg - Festsäle,

Besitzer: Otto Ernst,

SW., Kreuzbergstr. 48.

Jeden Mittwoch u. Freitag:

Großer Frei-Tanz.

Jeden Sonntag:

Großer Ball.

Im März noch Sonnabende zu vergeben.

Germania-Pracht-Säle

Carl Richter,

N., Chaussee-Straße 110.

Heute

Mittwoch,

Paul Mantheys

lustige Sänger.

mit Ernst Walters neuest. Schlager!

Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Vorzugskart. gelt. Anschl. Freitanz.

Jeden Donnerstag:

Gr. Bockbier-Konzert.

Hochedle

Kanarienvögel!

Original-Stamm Seifert,

versende unter Garantie

für Wert u. Leb. Kauf zum Preise von

8-25 Mk. Weibchen 3 Mk. Breitl. frei.

Christ. Sondermann,

Reudorf bei Zeitzungen (Harz),

Welstele u. größte Züchterei d. Umgeg.*

Frack-Institut:

Friedrichstr. 115/1, a. Orabg.

Lot. Eleg. Frack, Gebrod

1,50, 2,00, 2,50, 3,00, 3,50, 4,00, 4,50, 5,00, 5,50, 6,00, 6,50, 7,00, 7,50, 8,00, 8,50, 9,00, 9,50, 10,00.

Bestbewährte

gesunde

und

magen-

darmkranke

-Kinder-

nahrung

Kufeke

-Krankenkost

Nahrung für:

sowie

schwächliche,

in der Entwicklung

zurückgebliebene

Kinder.

Ein neuer Weg

zu einer guten Fleischbrühe.

Ein Aufguss heißen Wassers auf einen

OXO Bouillon-Würfel

der Comp^{te} LIEBIG,

Preis 5 Pfg.

Wir empfehlen sich die Verwendung von Liebig's Fleisch-Extract, das den Eigengeschmack der Speisen nicht verdeckt.

Wir empfehlen sich die Verwendung von Liebig's Fleisch-Extract, das den Eigengeschmack der Speisen nicht verdeckt.

Wir empfehlen sich die Verwendung von Liebig's Fleisch-Extract, das den Eigengeschmack der Speisen nicht verdeckt.

Wir empfehlen sich die Verwendung von Liebig's Fleisch-Extract, das den Eigengeschmack der Speisen nicht verdeckt.

Wir empfehlen sich die Verwendung von Liebig's Fleisch-Extract, das den Eigengeschmack der Speisen nicht verdeckt.

Wir empfehlen sich die Verwendung von Liebig's Fleisch-Extract, das den Eigengeschmack der Speisen nicht verdeckt.

Wir empfehlen sich die Verwendung von Liebig's Fleisch-Extract, das den Eigengeschmack der Speisen nicht verdeckt.

Wir empfehlen sich die Verwendung von Liebig's Fleisch-Extract, das den Eigengeschmack der Speisen nicht verdeckt.

Wir empfehlen sich die Verwendung von Liebig's Fleisch-Extract, das den Eigengeschmack der Speisen nicht verdeckt.

Wir empfehlen sich die Verwendung von Liebig's Fleisch-Extract, das den Eigengeschmack der Speisen nicht verdeckt.

Wir empfehlen sich die Verwendung von Liebig's Fleisch-Extract, das den Eigengeschmack der Speisen nicht verdeckt.

Wir empfehlen sich die Verwendung von Liebig's Fleisch-Extract, das den Eigengeschmack der Speisen nicht verdeckt.

Wir empfehlen sich die Verwendung von Liebig's Fleisch-Extract, das den Eigengeschmack der Speisen nicht verdeckt.

Wir empfehlen sich die Verwendung von Liebig's Fleisch-Extract, das den Eigengeschmack der Speisen nicht verdeckt.

Wir empfehlen sich die Verwendung von Liebig's Fleisch-Extract, das den Eigengeschmack der Speisen nicht verdeckt.

Wir empfehlen sich die Verwendung von Liebig's Fleisch-Extract, das den Eigengeschmack der Speisen nicht verdeckt.

Wir empfehlen sich die Verwendung von Liebig's Fleisch-Extract, das den Eigengeschmack der Speisen nicht verdeckt.

Wir empfehlen sich die Verwendung von Liebig's Fleisch-Extract, das den Eigengeschmack der Speisen nicht verdeckt.

Wir empfehlen sich die Verwendung von Liebig's Fleisch-Extract, das den Eigengeschmack der Speisen nicht verdeckt.

Wir empfehlen sich die Verwendung von Liebig's Fleisch-Extract, das den Eigengeschmack der Speisen nicht verdeckt.

Wir empfehlen sich die Verwendung von Liebig's Fleisch-Extract, das den Eigengeschmack der Speisen nicht verdeckt.

Wir empfehlen sich die Verwendung von Liebig's Fleisch-Extract, das den Eigengeschmack der Speisen nicht verdeckt.

Wir empfehlen sich die Verwendung von Liebig's Fleisch-Extract, das den Eigengeschmack der Speisen nicht verdeckt.

Wir empfehlen sich die Verwendung von Liebig's Fleisch-Extract, das den Eigengeschmack der Speisen nicht verdeckt.

Wir empfehlen sich die Verwendung von Liebig's Fleisch-Extract, das den Eigengeschmack der Speisen nicht verdeckt.

Josefetti

JUNO

BESTE 2 Pfg. CIGARETTE

